

MEMO-FORUM

**Zirkular
der
«Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik»**

Nr. 12

**Entwicklungsperspektiven
der Landwirtschaft**

Bremen, August 1988

Nach über einjähriger Pause erscheint mit dem vorliegenden Heft eine neue Ausgabe des MEMO-FORUM. Entgegen einiger Unkenrufe ist die Herausgabe des MEMO-FORUM keineswegs eingestellt. Es wird allerdings auch weiterhin in Abhängigkeit von vorliegenden Diskussionsbeiträgen, Aufsätzen sowie Stellungnahmen und Sondermemoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in unregelmäßigen Abständen erscheinen. Bemühen wollen wir uns allerdings in Zukunft, die zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Ausgaben nicht wieder so groß werden zu lassen.

Bereits jetzt können wir ankündigen, daß die nächste Ausgabe des MEMO-FORUM im Oktober dieses Jahres erscheinen wird.

Das vorliegende Heft befaßt sich ausschließlich mit dem Themenbereich Agrarpolitik. Eine Bestandsaufnahme des Agrarsektors sowie die Ausarbeitung von Alternativen für diesen Bereich sind bisher innerhalb der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik noch wenig diskutiert worden. Zuletzt wurden einige diesbezügliche Überlegungen im MEMORANDUM '87 (S. 191 ff.) veröffentlicht. Die Beiträge in diesem Heft sollen daher in erster Linie auch zu einer Intensivierung der Diskussion beitragen.

Neben drei Einzelaufsätzen besteht der größte Teil dieses Heftes aus einem Tagungsbericht sowie einer Analyse von Mitgliedern der Gustav-Heinemann-Initiative. Einiges zum Selbstverständnis dieser Initiative ist den Seiten 75 ff. zu entnehmen. Auch wenn wir nicht in allen Punkten die dort entwickelten Positionen teilen, bilden sie doch eine interessante Grundlage für die weitere Diskussion.

Die nächste Wochenendtagung der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik findet vom 4. bis 6. November statt. Alle diejenigen, die eine Einladung zu dieser Tagung erhalten möchten, sollten uns dies kurz mitteilen.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Postfach 33 04 47, 2800 Bremen 33

Redaktion: Axel Troost

Preis: Einzelheft (auch im Abonnement) jeweils DM 3.-
ab 10 Exemplare DM 2,50

Bankverbindungen: Axel Troost-Sonderkonto, Postgiroamt Hamburg (BLZ 200 100 20)
Konto-Nr.: 1000 11 - 203
für Daueraufträge zur Finanzierung der Mitarbeiterstelle:
Axel Troost-Sonderkonto, Postgiroamt Hamburg (BLZ 200 100 20)
Konto-Nr.: 2184 74 - 201

Inhalt

Seite

Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft - Tagungsbericht
und Analyse

(Irmgard Pickerodt, Jens Rannenberg, Jürgen Wolf)

2

Die Agrarfrage in der BRD heute - Marxistische Erkenntnisse und
Positionen überholt?

(Helmut Arnold)

82

Einzelbetrieblicher Entwicklungsweg und Zukunft der bäuerlichen
Landwirtschaft

(Matthias Sauer)

99

Zum Problem der Landwirtschaft und der Agrarpolitik in der BRD und EG

(Willem Günnemann)

110

1.	Einleitung	3
2.	Probleme des Strukturwandels - Strategien des Überlebens	5
2.1	Zum Hintergrund	5
2.2	Gerd Coldewey: Strukturwandel in der Wesermarsch	9
2.3	Eberhard Schulz: Neue Märkte erschließen	12
2.4	Norbert Meyer: Kraft durch Zusammenschluß	13
3.	Verlauf und Schwerpunkte der Diskussion	16
3.1	Vorbemerkung	16
3.2	Die europäische Komponente	16
3.3	Der "Megatrend" - die Folgen der EG-Beschlüsse von 1988	19
3.4	Der bäuerliche Betrieb: Leitlinie für die Strukturpolitik	22
3.5	Betriebsgrößen - Möglichkeiten der Antikonzentrationspolitik	24
3.6	Das Eingreifen der Landespolitik	25
3.7	Suche nach der Wunderwaffe oder politökonomische Realität: Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften	27
3.8	Innovation tut not: Der neue bäuerliche Betrieb	29
3.9	Einordnung in die Weltwirtschaft	29
3.10	Regionale Betrachtung	32
3.11	Politischer Konsens - Überblick	33
3.12	Die Landwirtschaftspolitik aus der Sicht des Bauernverbandes	35
3.12.1	Vorbemerkung	35
3.12.2	Zusammenfassende Darstellung verschiedener Redebeiträge von R. Kickel, Vertreter des Deutschen Bauernverbandes, Landvolk Niedersachsen	35
3.12.3	Diskussion um die industrielle Landwirtschaft	40
3.13	Staffelpreise - Prüfung eines alternativen Konzepts	42
3.14	Marktwirtschaft - oder was sonst?	45
4.	Die politischen Konzepte von AbL, Bauernverband und SPD	47
4.1	Vorbemerkung	47
4.2	Der Bereich der Gemeinsamkeiten	47
4.3	"Markt" als zentrales Konzept	50
4.4	Die Leistungsfähigkeit der Konzepte	52
4.5	Aspekte einer zukünftigen Politik	54
5.	Politik - Landespolitik - Landwirtschaftspolitik	56
5.1	Vorbemerkung	56
5.2	Hessische Erfahrungen	59
5.2.1	Zusammenfassung des Referats: Ausgangslage und Ergebnisse	59
5.2.2	Erfahrungen mit den Grünen und er SPD	62
5.3	Auszüge aus dem Referat	62
5.3.1	Vorbemerkung	62
5.3.2	Götz Schmidt: Vom Milchpfennig zum Landesmilchrentner	63
5.3.3	Götz Schmidt: Ich würde es wieder tun...	64
5.4	Die Möglichkeiten der Politik am Beispiel Hessens	66
5.4.1	Landwirtschaftspolitik auf Landesebene	66
5.4.2	Der Stellenwert der Verwaltungen	67
5.4.3	EG und Landespolitik	69
5.4.4	Die politische Mehrheit als Handlungsträger	69
5.4.5	Politikverflechtung	70
5.4.6	Ansätze einer neuen Strukturpolitik	71
6.	Nachlese: Grundlegende Problemzusammenhänge aus der Sicht der Gustav-Heinemann-Initiative	75

1. Einleitung

Am 27. und 28. Februar 1988 veranstaltete die Gustav-Heinemann-Initiative (GHI) zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Springe ein Seminar zu dem Thema "Entwicklungsmöglichkeiten der niedersächsischen Landwirtschaft". Das Seminarprogramm sah dabei vor, daß sich die Teilnehmer die Problematik ohne besondere Vorgaben erdiskutieren sollten. Die Veranstalter haben nur zwei Akzente gesetzt: Ein Referat zu den weitreichenden Beschlüssen der EG vom Februar 1988 und einen Erfahrungsbericht zur Landwirtschaftspolitik in Hessen zu Zeiten der rot-grünen Koalition. Allerdings war durch gezielte Einladung der Teilnehmer dafür Sorge getragen, daß profilierte und kontroverse Positionen im Raum stehen würden. Dabei ist so etwas wie ein Problemaufriß der Landwirtschaftspolitik zustandegekommen (Teil 3), der auch grundlegende Einsichten in die politischen Konzepte gewährt (Teil 4). Dabei zeigt sich, daß Landwirtschaftspolitik kein spezieller Bereich mit ganz eigenen Problemen ist, sondern alle ökonomischen Grundsatzfragen unserer Zeit finden sich wieder. Umso mehr muß die Frage nach der politischen Gestaltbarkeit (Teil 5) interessieren: Auch hier gibt es exemplarische Aufschlüsse über die Aussagen der Tagungsteilnehmer und besonders des Referates. Daneben gab es natürlich spezifische Sicht- und Denkweisen für die Teilnehmer gerade dieser Tagung; über sie mochten wir nicht berichten in Form eines Tagungsberichtes, weil jeder Bericht schon wieder eine Umformung darstellt. Im Teil 2 kommen daher Bauern besonders ausführlich zu Wort. Wir hoffen, daß wir mit diesem Vorgehen dem Leser ein wenig helfen, sich in diese Welt hineinzudenken und ein eigenes Verständnis zu entwickeln, falls er der Landwirtschaft fremd gegenübersteht. Für Leser, die mit Landwirtschaft vertraut sind, mögen die wiedergegebenen Zeugnisse die Möglichkeit eröffnen, die eigene Position zu überdenken.

Der ganz eilige Leser mag daher die Teile 2 oder 3, die eigentlichen Tagungsberichte oder -dokumentationen, überspringen. Die folgenden Teile sind in Form eines eher systematischen Abrisses gefaßt. Allerdings gehören in unseren Augen beide Hälften zusammen.

Eines muß noch zur Eigenart der hier verwerteten Äußerungen gesagt werden: Die Tagung war nicht in dem Sinne "ausgewogen", wie es heute üblich ist. Die GHI hatte Teilnehmer geladen, von denen sie sich erhoffte, daß sie profilierte und zukunftsorientierte Beiträge liefern könnten, die nicht Positionen markierten oder Lagermentalitäten bestätigten, sondern die das eigene Denken anregten. Diesem Gesichtspunkt sind dann Vertreter konventionell-konserva-

tiver Positionen zum Opfer gefallen, da die Ödheit ihrer Darlegungen wertvolle Tagungszeit kostet.

Eine andere Lücke ist dagegen überhaupt nicht gewollt: Die Vertreter der sogenannten Nahrungsmittelindustrie oder der quasi-industrialisierten Großabnehmer landwirtschaftlicher Produkte fehlten. Sie sind selbstverständlich geladen worden (Hansano, Pfanni, Wasa). Zum Teil hatten sie triftige Gründe zum Fortbleiben, zum Teil waren sie einfach mißtrauisch. Ein ausgeprägtes Bedürfnis nach öffentlicher Diskussion hatten alle drei nicht. Es muß einer Folgetagung vorbehalten bleiben, hier den Dialog zwischen dem industriellen Bereich, der Bauernschaft und den Politikern zu fördern.

Die GHI hat einen lebhaften und kontroversen Dialog zwischen Grünen und SPD erwartet. Die Grünen haben sich ihm entzogen. Hierzu trug bei, daß die Grünen meinten, Anhänger verschiedener Richtungen zu sein und vor der SPD ihren Richtungsstreit verbergen zu müssen. Diese Scheu hatten die SPD-Vertreter nicht. In einer für die übrigen Teilnehmer spannenden und aufschlußreichen Diskussion gerieten sie über Grundsatzfragen der Markttheorie aneinander, ohne die gebotene Einigkeit missen zu lassen. Wenn Parteidiskussionen immer diese Qualität hätten, wäre es wohl um unsere Zukunft besser bestellt. Schwer hatte es der Vertreter des Bauernverbandes; aber er konnte durch die Qualität seiner Beiträge überzeugen. Außenstehende müssen freilich davor gewarnt werden, seine Darlegungen für den Diskussionsstand des Bauernverbandes schlecht-hin zu halten. Die GHI hat seine Position als aufgeklärt-konservativ wahrgenommen. Als solche hat sie ihre unbedingten Stärken. Ein unter dem Gesichtspunkt der Repräsentativität übergroßes Kontingent stellte die 'Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft' (AbL): die kleine, aber durchaus interessante "Bauernopposition", wie sie sich selber gern nennt. Die GHI vermutet, daß auf ihrer Seite die größten Zukunftspotenzen liegen, wenn es denn um eine Neuorientierung ernsthaft gehen sollte. Allerdings hat die Tagung diese Annahme nicht bestätigen können hinsichtlich der Stimmigkeit und Realisierbarkeit der politischen Perspektive. Weiterführend sind die Beiträge von dieser Seite aber allemal. Daneben gab es noch Bauern, die sich selber nicht als Repräsentanten einer Organisation auffassen würden. Es war den Veranstaltern eine wichtige Bestätigung, daß sie der Grundrichtung bei der Tagungsdis-kussion zustimmen konnten. Die Probleme sind offenbar so zur Debatte gestellt worden, wie sie die Betroffenen empfinden.

Es liegt auch in der Sache, daß eine solche Tagung, die durch eine lebendige Diskussion gekennzeichnet ist und von den Veranstaltern sehr wenig gelenkt werden mußte, nicht leicht wiederzugeben ist. Auswahl der Originalbeiträge

und Zusammenfassung der Dokumentation liegen einzig und allein in der Verantwortung der GHI. Wir haben uns bemüht, alle Richtungen und alle Denkanstöße darzustellen. Die Beiträge der Teilnehmer konnten nicht ganz gleichmäßig berücksichtigt werden. Viele gerade der anregendsten fehlen deswegen, weil Nachredner es leichter hatten, die Dinge klarer auszuformulieren. Aber das spricht nicht zuletzt für die Qualität der gesamten Diskussion.

2. Probleme des Strukturwandels – Strategien des Überlebens

2.1 Zum Hintergrund

Für denjenigen Leser, die sich mit den Problemen der Landwirtschaft vertraut machen möchte, ist es sicherlich hilfreich, die folgenden Berichte von Landwirten zur Kenntnis zu nehmen. Sie weisen eine Besonderheit auf: Alle drei Landwirte haben auf ihre Weise den Strukturwandel bewältigt, mit jeweils verschiedenen Strategien. Insofern sind sie nicht "normal" angesichts der vielen Betriebe, die aufgeben.

Allerdings zeigt sich schnell ein Problemgefälle je nach Betriebsgröße. Die Existenz des kleinsten – G. Coldewey – ist mit erheblichen Risiken behaftet. Dabei ist Coldewey eigentlich ein "dynamischer Jungunternehmer", wie er im Moment als Vorbild gepriesen wird. Auf die Existenzbedrohung seines Betriebes reagiert er mit Diversifizierung und Flexibilisierung: Er beteiligt sich am Fremdenverkehr. Zugleich wird damit ein Grundproblem des heutigen Strukturwandels in der Landwirtschaft deutlich: Die Nahrungsmittelproduktion wird immer stärker industrialisiert. Vor diesem Hintergrund paßt der kleine Betrieb nicht mehr in die Landschaft. Da aber aus soziopolitischen Gründen der Erhalt des Klein- und Mittelbetriebes erwünscht ist, wandelt sich der Betriebszweck. Dabei werden Nebenzwecke der Landwirtschaft zu zentralen Aufgaben umstilisiert: Landschaftspflege, Naturerhalt, sogar Produktion von Agrarromantik werden wichtig. Für letzteres gibt es erstaunlicherweise einen Markt; für die beiden ersten Zwecke muß er politisch noch geschaffen werden. Es liegt auf der Hand, daß diese Entwicklung die Bauern in ihrem "Selbstbewußtsein" trifft; das wird auch aus den Darlegungen Coldeweys deutlich.

Die beiden anderen hier vorgestellten Betriebe sind aus der Gefahrenzone heraus. Bei ihnen werden zwei Strategien der Fortentwicklung deutlich: 1.) Das Auftun von neuen Märkten; 2.) Der kooperative Zusammenschluß.

Zu 1.) Schulz setzt auf den Drang zu naturreinen Produkten. Ganz offensicht-

lich kommt er damit betriebswirtschaftlich zurecht.

Zu 2.) Meyer vertritt die Idee der Genossenschaft. Durch Zusammenschluß schalten die Betriebe zum Teil Zulieferer und Abnehmer aus und können so ihre Kosten verbessern.

Das Beispiel Meyers hat noch eine wichtige allgemeine Komponente. Insgesamt kann Niedersachsen - entgegen regierungsoptimistischen Parolen - als Land im Abstieg betrachtet werden (vgl. Teil 6). Allerdings ist eine solche Sichtweise ungenau: Im großen und ganzen rückt das Land an den Rand des wirtschaftlichen Geschehens; aber es gibt Regionen, die können mit der europäischen Entwicklung mithalten. Dazu gehört Süoldenburg als Agrarraum. Selbstverständlich fallen einem zunächst zu dieser Region die verschiedenartigen Greuel ein: stinkende Gegend, quälische Hühnerhaltung, unkontrollierte Gülleeinleitung, antibiotikahaltiges Fleisch. Das alles sind Folgen einer durchindustrialisierten und EG-fiten Landwirtschaft. Dennoch kann man sagen: Der Raum hat Zukunft im Vergleich zum übrigen Land. Nun kann Meyer aufzeigen, daß sich ökonomische Leistungsfähigkeit und qualitative Ausrichtung der Produktion zusammenführen lassen. Offensichtlich hat die genossenschaftliche Organisation viele Entwicklungsmöglichkeiten. Folglich muß man die hochmodernen Regionen - dazu zählt nun einmal Süoldenburg - nicht "als den Teufel" verbuchen. Es kommt auf das Ringen um eine vernünftige Entwicklung an.

In Meyers Darstellung werden etliche allgemeine Probleme der heutigen Landwirtschaft offenbar:

- Er zeigt den Zusammenhang zwischen Bestandsobergrenzen, Extensivierung und Staffelpreisen auf. Voraussetzung dieser Betrachtung sind die landwirtschaftlichen Überschüsse. Vor diesem Hintergrund ist zu überlegen, ob Produktionsbeschränkungen die landwirtschaftliche Produktion wirklich aufhalten können. Schon die Erfahrungen mit der Milchquote (vgl. 3.2) weisen in eine andere Richtung. Daher die Bestandsobergrenzen: Fläche oder Bestand an Vieh werden begrenzt. Daher auch die Extensivierung: Verzicht auf intensive Anbaumethoden wird subventioniert. Das kann bedeuten, daß eine Fläche als Wiese gehalten wird und nicht noch mit Getreide bebaut wird (Grünlandplan). Daher schließlich die Staffelpreise: Sie sollen durch Ungunstzuschläge die Produktion in benachteiligten Gebieten erhalten und damit die Konzentration auf die Gunstgebiete bremsen.

- Schließlich wird bei Meyer noch deutlich, daß der Einzelbetrieb in der Kette von Zulieferern und Abnehmern betrachtet werden muß. Beide können eine solche Macht erlangen, daß sie dem bäuerlichen Betrieb die Preise diktieren.

Bei Coldewey wird das sehr drastisch am Beispiel der Molkereien aufgezeigt. In diesem Beispiel wird auch deutlich, daß die EG nur eine begrenzte Macht hat, Preise festzusetzen. Durchaus im Sinne des Brüsseler Markt-Credos können Molkereien jenseits der Vorgaben der hohen Behörde Preise "machen". Diesen Sachverhalt kann man auch anders ausdrücken: Die EG schaltet durch ihre Vorgaben eine Preisbildung am freien Markt keineswegs aus. Wenn ein Preis vorgegeben ist, dann kann unter dieser Decke ein erbarmungsloser Preiskampf tobten. Die Doppelbödigkeit dieses Systems ist beeindruckend. Bei Coldewey kommen diese Aspekte gut heraus.

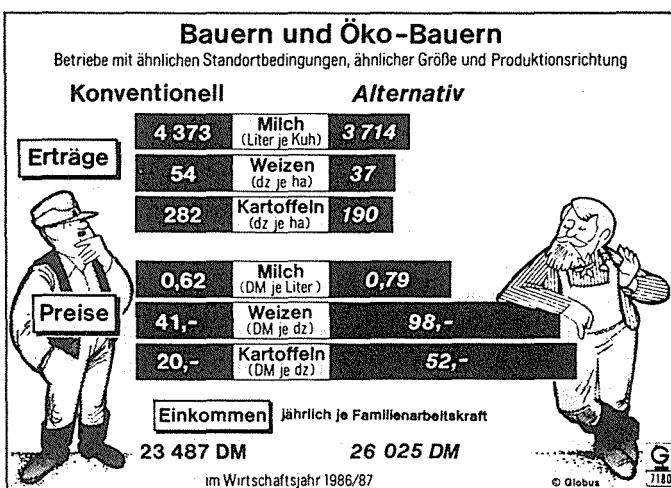
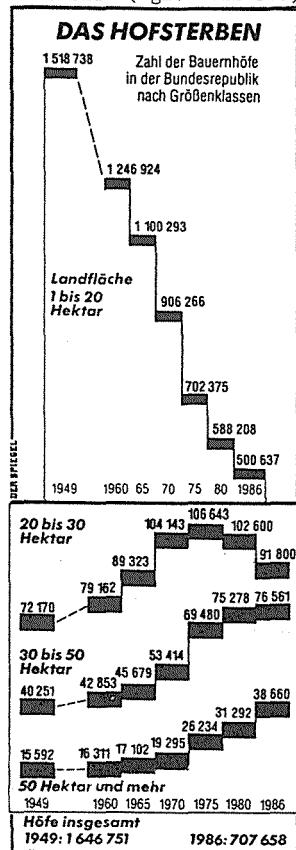
Die Milchquote der EG (vgl. 3.2) hat sicherlich beschleunigend auf die Entwicklung gewirkt. Bei Coldewey wird das sehr deutlich, wie darum alle Gedanken der Betroffenen kreisen. Es geht für das Überleben darum, wie man an eine anständige Milchquote herankommt. Zukauen!: würde man sagen. Das kann aber nur der kapitalstarke und "verschuldungsfähige" Betrieb. Bei Coldewey zeigt sich aber zugleich, daß die Brüsseler Regelungen nur bedingt etwas fruchten. Durch die "Härteregelung" wird die Milchquote unterlaufen, allerdings nur im Sinne der größeren Betriebe. Das ist wiederum erwünscht. Die Milchquote besagt, daß jemand Vieh zukaufen kann oder über der ihm zustehenden Quote liegen kann, der kurz vor Einrichtung der Milchquote in die Milchproduktion investiert hat. Das hört sich vernünftig an, ist aber de facto eine Regelung, mit der kleine Betriebe endgültig abgehängt werden. Hier wird konkret deutlich, daß die Schwerkraft der Verhältnisse auf die Konzentration in der Landwirtschaft zuläuft. Wenn die Verwaltung dem entgegenwirken will, muß sie sich tauglichere Instrumente als die Härteregelung ausdenken. Immerhin muß man sehen, daß die Härteregelung auch kleinere Betriebe schützen sollte. Für deutsche Verhältnisse paßt sie trotzdem nicht. Insofern läuft der EG-Trend den deutschen Verhältnissen insgesamt zuwider.

Aus seiner Sicht muß sich Coldewey gegen den Nebenerwerbsbetrieb aussprechen. Er ist ein Instrument zur vermehrten Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Diskussion auf der Tagung eröffnet dazu andere Aspekte (vgl. 3.4). Allerdings wird gerade bei Coldewey eine Doppeldeutigkeit sichtbar: Sein "zweites Standbein" mit dem Aufbau eines Ferienhauses weist einen aufschlußreichen Übergang zu den Dienstleistungen auf. Sollte das die Zukunft sein?: Bauern vermarkten ihre Lebensweise.

Bei Schulz ist offensichtlich, daß er darauf setzt, daß die Mittelschichten in den Großstädten ein hohes Einkommen haben und dieses in die Dienstleistung Gesundheit einbringen. Man kann natürlich auch einer entgegengesetz-

ten Sicht anhängen: Mit dieser Haltung wird die uralte Struktur bestätigt, daß das Land die Stadt ausbeutet. Denn immerhin scheint der Arbeitsaufwand im Zweige des biologischen Anbaus hoch. Sei es, wie es sei: Schulz holt sich das Geld zurück für seinen erhöhten Arbeitsaufwand, indem er die Sehnsucht des Städters nach einer intakten Natur befriedigt. Allerdings wird in seinem Bericht deutlich, daß der Bauer aufgeschlossene Partner im Vertriebssystem finden muß, wenn er diesen Weg gehen will. Dies sei vorgebracht gegen eine Euphorie hinsichtlich der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (vgl. 3.7).

Die drei Berichte weisen verschiedene Alternativen hinsichtlich der Zukunft der Landwirtschaft. Es handelt sich hier in der Tat um politische Optionen. Im bestehenden Ordnungsrahmen sind alle drei gleich aussichtsreich. Sie schließen einander auch nicht aus. Vielleicht ist es die Aufgabe einer zukünftigen Landespolitik, alle drei Varianten zu ermöglichen. Der Gegensatz zur Brüsseler Politik wäre allerdings unumstößlich. Ginge es nach dem "Mega-trend" (vgl. Teil 3.3), dann gäbe es diese Alternativen alle nicht.



Sie ernten weniger und verdienen mehr – so unterscheiden sich die Betriebsergebnisse der Ökobauern von jenen der konventionell wirtschaftenden Landwirte. Hinzufügen sollte man noch: Die alternativen Landwirte arbeiten mehr. So geht es aus einer Vergleichsrechnung hervor, die der Agrarbericht der Bundesregierung nun schon zum zweiten Mal unternimmt. Die alternativen Landwirte sind davon überzeugt, daß Mineraldünger, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel so weit wie möglich vermieden werden sollten, daß ein vielfältig wechselnder Anbau von Feldfrüchten der Bodenqualität zugute kommt und daß Massentierhaltung abzulehnen ist. Sie haben ent-

sprechend geringeren Aufwand für Düngungs- und Pflanzenschutzmittel, für Viehzüchter und Futtermittel. Aber sie müssen erheblich mehr für Löhne zahlen, weil ihre Produktionsweise arbeitsaufwendig ist. Und sie erzielen trotz Mehrarbeit geringere Hektarerträge und Literleistungen ihrer Kühe. Aber die Verbraucher, die Liebhaber von Vollwertkost oder biodynamisch erzeugten Lebensmitteln, zahlen alles und noch mehr. Freilich, der lukrative Markt, der sich hier für die Landwirtschaft zu öffnen scheint, wird sicherlich nur eine Marktnische bleiben. Denn die Zahl der Verbraucher, die sich die hohen Preise für alternative Lebensmittel leisten können oder wollen, ist begrenzt.

aus: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 10.6.1988

2.2 Gerd Coldewey: Strukturwandel in der Wesermarsch

"Ich komme aus dem Landkreis Wesermarsch. Dieser Landkreis wird auf der einen Seite von der Weser begrenzt, und auf der anderen Seite ragt ein wenig der Jadebusen hinein. Der Landkreis Wesermarsch hat etwa 60.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, wovon etwa 98 % Grünland sind. Der Landvolkverband betont 'natürliches Grünland', ich sage aber nur Grünland, weil es nicht 'von Natur aus' unbedingt grün sein müßte. Unser Landkreis ist also sehr viehstark, sticht durchaus auch gegenüber anderen Landkreisen hervor. In unserem Landkreis gibt es 55.000 Kühe. In den letzten zwanzig Jahren, also konkret von 1963 bis 1984, hat die Zahl der Kühe um 20.000 zugenommen, und im gleichen Zeitraum die Zahl der Bauern um 3.000 abgenommen. Wir haben jetzt in der Wesermarsch noch 2.100 Bauernhöfe, und davon sind 1.600 milcherzeugende Betriebe. Wenn man sich aber die Struktur anschaut, dann gibt es etwa 400 Bauernhöfe, die über 50 Milchkühe und mehr haben, und dieses Viertel aller milcherzeugenden Betriebe hat über die Hälfte aller Kühe in der Wesermarsch. Das bedeutet für bundesrepublikanische Verhältnisse einen durchaus hohen Konzentrationsprozeß.

Nun zu meinem eigenen Betrieb. Ich habe nach der Schule eine landwirtschaftliche Lehre gemacht, bin dann aber 1971 aus der Landwirtschaft ausgestiegen, weil damals wie auch heute eine ganz schöne Entmutigungspropaganda um sich griff. Es wurde dargestellt, daß Leute, die kleinere Betriebe haben, rechtzeitig ans Aussteigen denken sollten, daß es ganz natürlich sei, daß jeder Bauer auch noch einen zweiten Beruf hat usw. Diesen Parolen bin ich gefolgt, indem ich sagte, unser Betrieb habe keine Entwicklungschancen, stieg aus und schulte um zum Betriebsschlosser. Nun ist unser Landkreis aber auch nicht unbedingt ein industrieloser Landkreis...

... und die Ländereien an einzelbetrieblich geförderte Betriebe auf zwölf Jahre verpachtet waren, um die Landabgaberente zu bekommen.

Die Landabgaberente – um das hier einmal kurz zu erwähnen – war auch so ein Mittel, um den Strukturwandel voranzutreiben. Mein Vater mußte zuerst an die förderungswürdigen Betriebe verpachten, und nur, wenn die im Ort abgelehnt hatten, konnten auch andere Betriebe zapachen. Und so ist es dann gekommen, daß die förderungswürdigen Betriebe, die auch einzelbetrieblich gefördert wurden, das gute Marschenland genommen haben, und das schlechtere Moorland bekamen dann die kleineren Betriebe, die nicht förderungswürdig waren, d.h. die Landabgaberente ist auch schon ein starkes Mittel des Strukturwandels gewesen. Unser Landkreis besteht zu 60 % aus Marschland und zu 40 % aus Mooren, und man kann anhand dieser Tatsache auch ungefähr ahnen, wo so die größeren Betriebe sitzen und wo die kleineren.

Wir haben uns dann also entschlossen, den elterlichen Hof wieder zu übernehmen, und weil das Bargeld knapp war, haben wir das ganz langsam betrieben, so mit Kälberkaufen, Kälberaufziehen. Das dauert seine Zeit, und am 5. Oktober, das Datum habe ich noch heute im Gedächtnis, gab unser erstes Kalb Milch. Dann kalbten sie alle, und am 1. April 1984 hatten wir dann 18 Kälber. Das war auch das Datum der Milchquotenregelung. Diese sagt aus, daß die Anlieferung des Jahres 1983 maßgeblich sei für die festzusetzende Milchquote, und die erste Milchquote, die wir bekamen, war nur 7.200 Liter, also noch nicht einmal eineinhalb Kühe. Da gab es dann Gott sei Dank eine Regelung, die besagte, daß nicht nur die Anlieferung vom Oktober, sondern die Anlieferung an die Molkerei für das ganze Jahr hochzurechnen sei, und da kamen wir auf stolze 40.000 Liter, also ungefähr 8 Kühe. Ich mußte also abstoppen von 18 auf 8 Kühe. Mein Nachbar wurde zum Härtefall erklärt und bekam die Milch von 20 Kühen dazu. In solchen Verhältnissen 'kommt natürlich tüchtig Freude auf', aber das waren nur die größten Auswirkungen der Milchquotenregelung. Die

grundätzliche Kritik, die wir in der Wesermarsch von Anfang an an der Milchquotenregelung hatten, war, daß die Bauern, die kleine Betriebe hatten und entsprechend wenig Milch angeliefert hatten, also mit anderen Worten, am wenigsten zu den Milchüberschüssen beigetragen haben, in ihrem Bestand festgeschrieben wurden. Die haben sogar Abzüge gehabt in der Wesermarsch. Man kann sagen, daß die, die 30 Kühe und weniger gehabt haben, die bekamen Abzüge und gute Worte von der Landesregierung. Und die Betriebe von 40 bis 70 Kühen hatten in der Regel die notwendigen Investitionen getätigt, um in die Härtefallregelung zu kommen, und die bekamen dann Milch dazu. Und so ist also die Milchquotenregelung durch die Härtefallregelung zu einer Umverteilungsregelung von unten nach oben geworden. Aber auch ohne diese Härtefallregelung wäre es zu einer Umverteilung gekommen, weil nämlich die kleinen Betriebe festgeschrieben waren auf ihren Viehbestand; das traf für die großen Betriebe zwar auch zu, aber sie konnten die notwendigen Gelder aufbieten, um im Pachtmarkt mitzuhalten. Und die Pachtpreise, die bis dato je nach Land 500 DM, Moorland vielleicht auch 450 DM, maximal aber bis 600 oder 650 DM betragen, schnellten bei einer vernünftigen Quotenausstattung auf 1.000 bis 1.100 DM hoch. So waren also kleinere Betriebe ökonomisch überhaupt nicht in der Lage, sich Land mit Milchquoten dazupachten. Dies hat zu einem sehr starken Konzentrationsprozeß geführt.

Das Perverse der Härtefallregelung in unserem Landkreis war, daß wir nach Abschluß der Durchführung der Härtefallregelung mehr Milchkühe hatten als je zuvor. Wir hatten genau 2.700 Kühe mehr, als wir jemals im Landkreis gemolken hatten, aber eben nicht gleichmäßig aufgeteilt, sondern, wie gesagt, in den größeren Ställen. Die 400 Betriebe mit über 50 Kühen, die sich in der Regel alle in den letzten zwei, drei Jahren die Milchkühe gekauft hatten - das waren nun schon 25.000 DM -, die wurden dann Härtefall. Die kleineren Bauern hatten auch investiert, sie mußten auch investieren: das Dach erneuern usw. Aber das war nichts für die Härtefallregelung. Da wurde nur anerkannt, wenn jemand nachweisen konnte, daß er vorgehabt hatte, die Milchproduktion noch in aggressiver Weise zu steigern.

Die Behauptung, die wir damals schon aufgestellt haben, daß die Milchquotenregelung auf die Vernichtung der kleineren und mittleren Betriebe in der Wesermarsch abziele, wurde damals besonders hartnäckig auch von Seiten des Landvolkverbandes dementiert, indem gesagt wurde, sie sei vor allem dazu da, diese Betriebe zu schützen. Das haben wir von Anfang an nicht glauben können, und die Tatsachen zeigen ja auch, daß es eher umgekehrt ist. Auch die Ankündigung, daß ein höherer Milchauszahlungspreis durch die Quotenregelung herauskommen würde, hat sich nicht bewahrheitet, sondern die Auszahlungspreise der Molkereien sind im Gegenteil abgesunken und sind nur durch die 5-prozentige Mehrwertsteuererhöhung verschleiert worden. Ansonsten haben wir einen 2 bis 2,5 Pfennige geringeren Auszahlungspreis seit der Einführung der Milchquotenregelung. Von daher hat es in unserem Landkreis von Anfang an einen sehr breiten Widerstand gegen die Milchquotenregelung gegeben. Sehr viele Betriebe haben eine Forderung unterzeichnet, die wir damals von der AbL aufgestellt haben bzw. damals noch 'Schutzgemeinschaft gegen die Milchkontingentierung'. Sie lief praktisch darauf hinaus, zu fordern, daß auf jedem ha Grünland theoretisch eine Milchmenge von 5.000 Litern liegen dürfte, das heißt also die Forderung nach einer flächengebundenen Quote. Diese Forderung wurde von 800 der 1.600 Bauern der Wesermarsch unterschrieben, obwohl wir gar nicht systematisch Unterschriften gesammelt haben. Dann hätten bestimmt 90 % der Bauern unterschrieben. Die traurige Aufgabe des Landvolkverbandes war dann, dem mit solchen Äußerungen wie: 'Das ist in der EG nicht durchsetzbar' und 'Die kleineren Betriebe müßten sehr viel mehr Milch auf der Fläche haben, nur die größeren könnten sich das leisten' entgegztreten, aber das Merkwürdige war eben, daß gerade die kleineren Bauern unterschrieben haben und die größeren sich eher ablehnend verhielten.

Jetzt sieht die Realität so aus, daß wir in der Wesermarsch ein Bauernsterben ohnegleichen zu verzeichnen haben, das sich in den nächsten fünf Jahren noch rasant steigern wird, weil sehr viele Betriebe zwar noch von den Alten geführt werden, die jetzt so 55 bis 60 Jahre als sind, die aber dann aufgeben werden, und es wird kein Hofnachfolger da sein. Man muß kein Prophet sein, um zu sagen, daß in den nächsten sieben bis acht Jahren die Hälfte aller Betriebe in der Wesermarsch zumindest als Vollerwerbsbetriebe verschwunden sind.

Dieses Bauernsterben löst ein starkes Molkereisterben aus. Viele Molkereien machen inzwischen an einer Konzentration der Betriebe mit. Bei uns werden sich z.B. im Augenblick sechs kleinere Molkereien zu einer Großmolkerei zusammenschließen, obwohl alle sechs kerngesunde Betriebe sind. Dies ist so, obwohl es solche Betriebe laut Gutachten der Milchwirtschaftlichen Vereinigung schon seit 20 Jahren nicht mehr geben dürfte, weil nur in der Größe die Stärke liege. Aber solche Molkereien, die nur 10 Mio. Liter Anlieferung haben, haben hier die höchsten Auszahlungspreise und noch Geld auf der hohen Kante. Aus welchen Gründen auch immer sehen sich solche Betriebe jetzt zu einer Konzentration gezwungen.

Dies wird wiederum ein weiteres Bauernsterben nach sich ziehen, weil in dem Maße, in dem die Molkereien sich konzentrieren, der Auszahlungspreis absinken wird. Das haben uns die Niederländer vorgemacht: die haben nur noch vier Molkereien, und der Auszahlungspreis liegt etwa 10 bis 12 Pfennig unter unserem. Das heißt, wenn der Konzentrationsprozeß abgeschlossen ist, wird der Milchauszahlungspreis sinken, weil es keine Preisvergleichsmöglichkeiten mehr gibt. In den Niederlanden sind Bauern jetzt schon gezwungen, mit 40 Kühen in den Nebenerwerb zu gehen.

Am Beispiel der Wesermarsch kann man also aufzeigen, daß es nicht einen begrenzten Strukturwandel gibt, sondern einen Strukturwandel an sich, der keine Grenzen erkennen läßt. Wenn wir also vom Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft reden, müssen wir uns Gedanken auch über ein Einsteiger-Programm machen. Es gibt eine Reihe von kleineren Betrieben, die in den letzten Jahren von der Substanz gelebt haben und die notwendigen Investitionen nicht tätigen konnten, auf denen zum Teil arbeitslose Kinder sitzen, die trotzdem den Betrieb nicht weiterführen können, weil die notwendigen Mittel fehlen. Auch ein Betrieb mit 30 ha muß eine Chance haben und die Agrarpolitik entsprechend geändert werden. Auch gegen die hausgemachte Resignation müssen wir angehen, eine Resignation, wie sie uns zum Beispiel aus der Zeitung des Landvolkes entgegenkommt, wenn erzählt wird, der Bauer X sei mit soundsoviel ha in den Nebenerwerb gegangen und dem gehe es jetzt blendend, oder der Bauer in Holland mit 300 Mastschweinen könne vier Wochen Urlaub machen.

Was nun unser Einkommen betrifft: Von 73.000 DM können wir nicht leben. Wir haben zwar jetzt eine Perspektive, das restliche Land dazuzubekommen, die 12 Jahre sind jetzt im September um, und je nachdem wie das Landwirtschaftsgericht entscheidet, können wir dann das Land mit erheblichen Quoten oder mit geringen Quoten wiederbekommen, das ist heute ein Lotteriespiel. Wir werden dann also etwas stärker Milchkuhhaltung machen können, doch haben wir beschlossen, uns ein zweites Standbein zu machen, und ich habe in 7 Monaten ein Nebengebäude umgebaut als Ferienhaus. Das läuft ganz gut hier in Küstennähe, brutto so im letzten Jahr 12.000 DM, mehr als meine ganzen Kühe zusammen. Das Atomkraftwerk in der Nähe hat allerdings in diesem Jahr zu Einbußen geführt. Urlaubsangebote sind eine echte Möglichkeit hier in der Gegend, und zwar durchaus andere, als sie die Küstenorte anbieten, gemütlicher Urlaub auf dem Bauernhof ohne großen Luxus."

2.3 Eberhard Schulz: Neue Märkte erschließen

"Wir sollten dazu Stellung nehmen, was wir als Landwirte und Betriebsleiter von der Agrarpolitik erwarten. Dabei sind mir ein paar Dinge eingefallen. Ich hatte vorhin schon hingewiesen auf das Mißverhältnis von Arbeitszeit und Entlohnung und auf die Tatsache, daß die soziale Organisation der Arbeit auf den Höfen unzureichend ist. Das gilt vor allem in einer Zeit der Tarifverhandlungen über den Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Das ist für die meisten Landwirte ein Schlag ins Gesicht, wenn selbst im Agrarbericht festgestellt wird, daß im landwirtschaftlichen Bereich durchschnittlich über 60 Stunden pro Arbeitskraft und Woche gearbeitet wird. Das führt dazu, daß die Eltern zuwenig Zeit für die Kinder haben, um etwas Vernünftiges miteinander zu machen. Das ist insgesamt eine Beeinträchtigung des Familienlebens.

Ich will kurz Stellung nehmen zu meinem Betrieb. Ich habe vor 9 Jahren auf einen Familienbetrieb hingeheiratet. Vorgefunden habe ich einen 35 ha Gemischtbetrieb mit Bullen- und Schweinemast. Ich hatte bereits etwas Erfahrung mit biologischem Landbau und konnte die Familie relativ schnell davon überzeugen, daß der ökologische Landbau die Zukunftsalternative ist. Meine Frau bekam den Hof überschrieben. Wir konnten in der Folgezeit noch einiges dazupachten, so daß wir den Betrieb auf 45 ha erweitern konnten. Das entscheidende war die richtige Einschätzung der Agrarpolitik 1982. Als ich den Hof übernommen habe, habe ich trotz einiger negativer Erfahrungen mit Milchkühen die anderen Tiere abgeschafft und dafür kurzfristig 40 Milchkühe hingestellt. Das war der beste Einfall, den ich in 10 Jahren hatte. Ich brauchte dafür nicht viel umzubauen. Diese Kühe sind das einkommensmäßige Rückgrat unseres Betriebes.

Diese Lage wurde noch durch den biologischen Landbau dahingehend verbessert, daß wir sehr viel Feldfutteranbau machen in Form von Kleegras und eine 6jährige Fruchtfolge haben mit Hafer, Weizen, Roggen, Rote Bete, Kartoffeln, Ackerbohnen und eben Stroh-Mist-Kette, mit der wir unseren eigenen Dünger produzieren. Wir haben jetzt auch etwas Grünbrache in unser Produktionsprogramm aufgenommen, in diesem Jahr 7 ha. Im Jahre 1987 konnte ich noch einmal 25 ha dazupachten mit einer Milchquote von 40.000 Litern, die dann aber um 20 % gekürzt wurde, so daß wir jetzt eine 225.000-Liter-Milchquote haben, wofür wir 41 Kühe brauchen, um das zu bedienen.

Der für uns wichtige weitere Schritt voran war die Möglichkeit des Verkaufs von Brotgetreide (Roggen und Weizen) an Bäckereien zu Biolandpreisen, d.h. 100 DM pro Dezitonnen gegenüber sonst 45 DM. Wir ernten natürlich auch weniger, das ist klar.

Der bedeutendste letzte Schritt in die richtige Richtung war der, daß wir mit unserer Genossenschaftsmolkerei in Hameln, die 10 km von uns entfernt ist, und in Zusammenarbeit mit einem Großhändler in Steinheim an der westfälischen Grenze (30 km entfernt) eine Milchvermarktung aufbauen konnten. D.h. die Molkerei holt morgens um 5 Uhr unsere Milch alle 2 Tage extra ab und füllt sie in Biolandbehälter, macht jetzt auch schon Sauermilch und demnächst Quark und Joghurt. Hinzu kommen noch 2 Betriebe, so daß wir der erste Biolandmilchanbieter in Niedersachsen sind, und zwar zu einer außerordentlich günstigen Kondition sowohl von den Verarbeitungskosten her als auch von dem, was die Landwirte extra bekommen: Unsere Milch wird von der Genossenschaftsmolkerei ganz normal abgerechnet zu den gültigen Konditionen, und dann bekommen wir von dem Großhändler einen Biolandbonus. Das günstige daran ist, daß wir durch eine günstige Erfassungs- und Verarbeitungsstruktur in der Lage sind, die Milch mit 1,59 DM pro Liter im Laden anzubieten. Dazu sagen uns noch die

Händler und Kunden, daß die nichthomogenisierte Milch mit 4,3 % Fettgehalt und bei einer Fütterung ohne zugekaufte Futtermittel rund und voll schmeckt. Wir sehen deshalb darin unsere Zukunft.

Ein Problem ist darin zu sehen, daß wir einen Anbindestall haben und aufgrund der Struktur unseres Betriebes relativ wenig Grünland. Das paßt zwar zum Biolandorganisationsprinzip relativ gut, weil das Kleegras in der Fruchtfolgerotation Unkrautprobleme und Humusaufbau positiv beeinflußt, aber es hat den Nachteil, daß wir unsere Kühe über Sommer nicht austreiben, was natürlich nicht artgerecht ist. Deswegen bin ich auf der Suche nach einer anderen Lösung. Ein Umbau zum Laufstall würde 250.000 DM kosten. Selbst mit Beihilfe des einzelbetrieblichen Förderprogramms müßte ich mit 18.000 DM jährlichen zusätzlichen Kosten rechnen ohne zusätzliche Einnahmen. Von daher ist meine Überlegung, ob man nicht bei Umwandlung in art- und menschengerechte Tierhaltung ein Landesprogramm benötigt. Menschengerecht ist der Anbindestall deswegen nicht, weil bestimmte Vorstellungen von Sicherheit am Arbeitsplatz im gewerkschaftlichen Sinne nicht eingehalten werden können. 80 Kniebeugen gehen in meinem Alter von 40 Jahren noch relativ gut. Nach der Statistik erreicht nur die Hälfte aller Landwirte das Rentenalter. Das Aussehen von Bäuerinnen, die einige Jahrzehnte 40 Kühe gemolken haben, ist auch bekannt. Von daher ist es sicher wünschenswert, einen Boxenlaufstall zu bauen, wo man im Stehen melken kann, weil die Kühe 60 cm höher stehen und auch die Verletzungsgefahr niedriger ist. Auch die Kühe haben mehr Bewegungsmöglichkeiten usw. Hier könnte die Ökobank Hilfestellung leisten, oder es müßte ein Landesprogramm für artgerechte Tierhaltung geben mit stark zinsverbilligten Krediten.

Durch die positiven Zusammenhänge kommt der Hof einigermaßen voran. Trotzdem sind wir nicht in der Lage, Rücklagen zu bilden, um z.B. in die umweltgerechte Produktion mehr investieren zu können, etwa für einen Heuturm. Die ganze Futterlagerung findet bei uns noch in Behelfssilos statt, was ökologisch falsch ist. Man müßte eine Siloanlage bauen, was auch 50.000 DM kosten würde. Von daher habe ich zwar kleinere Sorgen als die Kollegen, die existenziellere Probleme haben. Die konventionellen Kollegen schauen auf uns. In den ersten Jahren warteten sie förmlich darauf, daß unser Betrieb pleite geht. Das ist anders geworden. Ich würde mir daher wünschen, daß man aus diesem Betrieb eine Art Vorzeigebetrieb machen kann, auch in ökologischer Hinsicht. Man müßte zeigen können, wie man z.B. vorbildlich mit seiner Silage umgeht. Insgesamt müßte bei Versorgung und Entsorgung noch einiges getan werden, um diesen Vorzeigekarakter zu erreichen."

2.4 Norbert Meyer: Kraft durch Zusammenschluß

"Wir haben einen Hof im Kreis Vechta. Der Kreis zeichnet sich insgesamt dadurch aus, daß hier eine sehr hohe Viehhaltung vorliegt. Etwa 1/3 der Fläche ist Ackerland, 2/3 Grünland mit Mooreinschlüssen. Seit drei, vier Jahren hat die Tierhaltung immer mehr zugenommen. Sie hatte durch vor- und nachgelagerte Bereiche schon immer Rentabilitätsvorsprünge gegenüber anderen Tätigkeitsbereichen, so daß viele Bauern in der Tierhaltung ihr betriebliches Wachstum gesehen haben und auch eine Zeitlang damit Geld verdienten. Auf unserem Hof war das beispielsweise so, daß wir in den 60er Jahren die Hühnerhaltung von damals 500 Stück auf 2.500 ausgedehnt haben. Das ist zwar nach heutigem Maßstab nicht viel, aber da war schon Käfighaltung dabei, und man hatte einiges zu tun. Man hat aber auch 1.000 DM im Monat damit verdient. Durch das Steuergesetz, nach dem es Gewerbebetrieben möglich war, Tierhaltungskosten in einem Jahr abzuschreiben, ist damals sehr viel außerlandwirtschaftliches Kapital in die Hühnerhaltung gegangen und hat die Preise innerhalb kurzer Zeit soweit heruntergebracht, daß eine bäuerliche Haltung sich

nicht mehr gelohnt hat. Eine Zeitlang haben wir die Hühnerhaltung noch mit Verlust weiterbetrieben, sind dann aber auf Putenmast umgestiegen, damals eine ziemlich neue Sache, hatte nur den Nachteil, daß die Vermarktung schlecht war. Wir haben das dann auch aufgegeben und sind verstärkt zur Schweinehaltung übergegangen. 100 Mastplätze hatten wir schon immer, die haben wir auf 300 erhöht. 1969 war dann die Diskussion in der Agrarindustrie ähnlich wie heute, nur war da im Zuge der allgemeinen gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung das Modell der Kooperation weiter verbreitet, als das heute der Fall ist. Wir haben damals zusammen mit sechs Bauern einen Sauenstall gegründet mit anfangs 600 Sauen. Das führte dazu, daß sich unser Betrieb noch stärker auf die Schweiinemast konzentrierte. Heute haben wir 800 Schweiinemastplätze und 50 Bullenplätze, die die ehemaligen Milchkuhställe füllen.

Die Kooperation bringt uns heute mehrere Vorteile. Zum einen haben wir den Zwischenhandel ausgeschaltet, das macht pro Ferkel 2 DM aus und für ein Mastschwein noch einmal 7 bis 8 DM. Damit erzielen wir allein schon einen Gewinn in der Höhe, wie er heute in der Schweiinemast üblich ist. Dann haben wir noch diese hygienischen Sachen, ein geschlossenes System mit minimalen Krankheiten, wir brauchen also keine sogenannten Einstalmischungen anzuwenden, wenn wir die Ferkel kaufen, die kommen ja alle aus einem Bestand, haben keine Viruskrankheiten, keine Würmer, so daß wir auch da eine etwas günstigere Produktion haben.

Insgesamt hat sich allerdings im Kreis Vechta die Tierhaltung mittlerweile so stark ausgedehnt, daß die tierischen Exkremeante, die erzeugt werden, nur schwer auf den Flächen im Kreis Vechta untergebracht werden können bzw. nicht mehr sinnvoll untergebracht werden können. Aus diesem Grund hat sich ein sehr hoher Maisanbau entwickelt, weil der die Güllemengen unbeschadet aufnehmen kann. Dieses Problem wurde nicht immer gesehen, wohl auch deshalb, weil es sich langsam entwickelte. Es kamen immer wieder Ställe dazu. Ein großer Teil der Gülle kommt aus den gewerblichen Hühnerställen, die aber mittlerweile, weil die Bauern ihnen keine Flächen mehr zur Verfügung stellen, ihre Ställe umbauen und etwa Düngetrockenkot-Verfahren benutzen. Das Endprodukt kann dann mit dem Streuwagen verteilt werden statt mit dem Düngefaß, was den Vorteil hat, daß es hochkonzentriert und als Dünger so wertvoll ist, daß es bis zu 100 km rentabel zur Verwertung transportiert werden kann. Diese Grenze liegt bei normaler Gülle bei 20 km.

Es hat wegen dieser Gülle-Probleme negative Schlagzeilen über den Kreis Vechta gegeben, weil die Grundwasserbelastung durch Nitrat in einigen Gemeinden bis 200 mg geht. Von kommunaler Seite wird deshalb versucht, so eine Art Gülle-Gemeinschaft auszubauen, die den Weitertransport organisiert bzw. die Weiterverarbeitung durch neue Verfahren fördern soll. Es gibt da allerhand Pilotprojekte, doch ist noch keines ausgereift. Die Kosten sind auch sehr hoch, etwa 12 DM pro Mastschwein, was die Rentabilität in Frage stellen könnte. Die Vorteile dieses Intensivgebietes Vechta liegen in der Vermarktung, Schlachtereien, Futtermittel usw. Durch das Gülle-Problem werden die Vorteile nun langsam zu Nachteilen, weil die Konzentration einfach zu hoch ist.

Zur Einkommensproblematik der Bauern im Kreis Vechta möchte ich soviel sagen: Mein Betrieb liegt durch seine Größe von 50 ha - Durchschnitt ist 27 ha - und durch die Übereinstimmung der Ackerfläche mit dem Ausmaß der Tierhaltung, ich muß nicht überdüngen, recht gut. Das ist bei vielen Bauern mit kleineren Flächen anders, doch ist auch für sie die Tierhaltung ein Ausweg, um ein höheres Einkommen zu erzielen. Flächengebundene Produktion würde flächenkleine Betriebe einkommensmäßig behindern, wenn pro Stück immer die gleiche Summe gezahlt wird. Dies wäre nur durch Staffelpreise - höhere Preise für kleinere

Mengen - zu verhindern. Realistischer ist es aber sicherlich, die Flächenbindung der Produktion nicht auf den einzelnen Betrieb auszurichten, sondern auf einen Bereich, in dem sich in sinnvoller Entfernung z.B. Gülleüberschüsse verwerten lassen. Es gibt ja schließlich auchviehlose Betriebe. Wenn da nichts geschieht, müssen wir die kleinen Betriebe sicherlich auch hier abschreiben.

Weitere Möglichkeiten der Einkommenssicherung von Landwirten liegen im Bereich der Verarbeitung und Vermarktung. Zwei Wege sollten wir uns vor Augen führen und weiter bedenken. Die Marktwirtschaft, ich bitte, das nicht falsch zu verstehen, war in den letzten Jahren das einzige zuverlässige, und sie wird wohl auch noch weiter existieren. Man kann mit ihr kalkulieren; ob sie richtig ist, ist eine andere Sache. Ich meine das nicht, aber sie ist eine verlässliche Größe. Und wenn wir die ganzen Maßnahmen, die wir heute besprochen haben, umsetzen, dann müssen wir uns immer dabei vor Augen halten, daß wir diese Marktwirtschaft außer Kraft setzen müssen, sonst sind wir nur noch Reparaturbetrieb, dann wird die Produktion von den 'Marktkräften' gemacht und die 'Landwirte' machen die ökologischen Begleitmaßnahmen. Auch die AbL hofft noch auf die soziale Marktwirtschaft, wie sozial sie ist und wie lange das durchzuhalten ist, ist dann aber eine andere Sache. Entweder soll Marktwirtschaft Marktwirtschaft sein, und dann auch mit allen Konsequenzen für die Produktion in der Landwirtschaft, oder wir verabschieden uns von der Marktwirtschaft, dann können wir andere Maßnahmen durchführen."

Verzeichnis der Teilnehmer

Brunn, Klaus-Peter	Landwirt	MdL, Min. a.D., SPD
Coldewey, Gerd	Bauer	AbL
Dettmer, Jochen	Wiss. MA	AbL
Funcke, Karl-Heinz	Landwirt	MdL, SPD
Hebel, Arnim	Lehrer	
von Hofe, Erich	Haussmann	Grüne
Kickel, Reinhard	Landwirt	NLv (DBV)
Langendorf, Ursula	Dipl.Ing.agr.	MdL, Grüne
Langwost, Axel	Student(rer.nat.)	GHI
Meyer, Norbert	Landwirt	AbL
Pickerodt, Irmgard	Lehrerin	GHI
Prilop, Heinrich	Landwirt	
Rannenberg, Jens	Student(rer.agr.)	GHI
Rottmann, Barbara	Dipl.Ing.agr.	
Schmidt, Götz	Wiss.MA	AbL
Schrembs, Edigna Dr.	Reg.Dir.	GHI
Schulz, Eberhard	Landwirt	Bioland-Bauer
Stender, Hansi	Buchhändlerin	GHI
Stender, Otto	Buchhändler	GHI
Vogler, Egbert	Dipl.Ing.agr.	NLv (DBV)
Werner, Helmut	Landwirt	ehem. MdB, Grüne
Wettig, Klaus		MdEP, SPD
Wolf, Jürgen	Stud.Dir.	GHI

3. Verlauf und Schwerpunkte der Diskussion

3.1 Vorbemerkung

Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, einen Überblick zu den auf der Tagung angeschnittenen Themen zu geben. Diese Zusammenstellung kann möglicherweise den Anspruch erheben, die Brennpunkte der Landwirtschaftspolitik zu erfassen.

Die angeführten Positionen werden mit den jeweiligen Hauptvertretern verbunden. Anhand der Teilnehmerliste kann der Leser feststellen, welcher Organisation die jeweiligen Vertreter zuzurechnen sind. Wer sich dafür interessiert, kann auf diese Weise die jeweiligen Kernpunkte und die jeweilige Bandbreite bei den Verbänden erschließen. Die Position des Bauernverbandes, wie sie sich auf der Tagung darbot, wird eigens dargestellt, weil sie insgesamt den Kontrapunkt zum Hauptstrom der Diskussion darstellt.

Die Tagung wurde eröffnet mit einem Referat von Klaus Wettig (MdEP), das in die Beschlüsse des EG-Gipfels vom Februar 1988 einführte. Sie brachten neue und bestimmende Vorgaben für die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft.

3.2 Die europäische Komponente

Eine Betrachtung der Landwirtschaftspolitik ist ohne Rückgriff auf die Vorgaben der EG nicht möglich. Sie seien kurz in Erinnerung gerufen.

Die Vorträge heben im Bereich der Landwirtschaft vier Ziele hervor:

1. Verbesserung der Produktivität;
2. Einkommenssicherung der Erzeuger;
3. Marktgleichgewicht;
4. Versorgungssicherheit bei vernünftigen Verbraucherpreisen.

Diese vier Ziele, eine Art magisches Viereck der Landwirtschaft, stehen untereinander in einem spannungsreichen Verhältnis und bergen Zielkonflikte. Tatsächlich ist die Lage durch zunehmende Überproduktion bei zurückgehenden Einkommen in Teilen der Landwirtschaft gekennzeichnet. Die landwirtschaftlichen Preise werden durch die EG gestaltet, indem sie jährlich festgelegt werden. Auch für die Funktion des Preises gibt es zwei Leitvorstellungen: Herstellung des Marktgleichgewichts und Einkommenssicherung. Die Preise orientieren sich grob an den Weltmarktpreisen. Der "Schwellenpreis" gibt den Importpreis aus Drittländern der Gemeinschaft an; er zieht eine Abschöpfung

nach sich, da der Weltmarktpreis stets niedriger ist. Als zusätzliches Instrument tritt der "Interventionspreis" hinzu: Er soll den Preisverfall auf dem Binnenmarkt der EG verhindern. Die EG kauft daher Überschüsse auf. Diese "Intervention" verursacht hohe Kosten. Dabei ist nicht nur an die Lagerung der überschüssigen Produkte, die berüchtigten Berge und Seen, zu denken, sondern an fällige Subventionen: Damit die Überschüsse wieder abgebaut werden können, werden sie auf das Weltmarktniveau wieder heruntersubventioniert und gehen in den Export; oder aber sie werden verbilligt auf dem Binnenmarkt abgesetzt.

Diese Preisgestaltung hat zunächst die Importe aus Osteuropa, dem Mittelmeerraum und der Dritten Welt stark eingeschränkt oder qualitativ verändert. Das führte zum einen zur Süderweiterung der EG, zum anderen zum Abkommen von Lomé. Die in Lomé assoziierten Staaten haben bei Agrarprodukten freien Marktzugang, sofern diese nicht mit Gemeinschaftsprodukten konkurrieren. Die Folgen der EG müssen daher auch weltweit gesehen werden; die Betrachtung des EG-Binnenmarktes reicht allein nicht aus (vgl. 3.9).

Nach innen traten freilich für das Funktionieren der Gemeinschaft noch spürbare Folgen auf: Insbesondere der Interventionsmechanismus drängt zur Produktionssteigerung. Dieser wird durch Einsatz von Technik und Chemie im wesentlichen erzielt. Damit ist aber zugleich die Großproduktion begünstigt, da sie produktiver bei einem Mitteleinsatz ist, wie ihn die Kleinen sich nicht leisten können. Die Konzentrationsentwicklung wird auf andere Weise noch verschärft: Die Preise für landwirtschaftliche Produkte fallen entweder relativ zu Industrieprodukten, also auch z.B. zu den benötigten technischen Geräten, oder aber sie fallen sogar absolut. Die Verteilung der EG-Mittel stellt ein Zusatzproblem dar: Da sie zu einem erheblichen Teil in Lagerhaltung und Preissubventionen fließen, kommen sie bei den Erzeugern nicht an, sondern fließen weitaus mehr den Erstabnehmern oder Wiederverkäufern zu. Dies wird von Bauern auch immer wieder beklagt.

Das Anwachsen der Produktion hat zu einer ständigen Ausweitung der "Intervention" und damit des Agrarfonds geführt. Dieser umfaßt nunmehr zwei Drittel des gesamten Gemeinschaftshaushaltes. Die gesamte Problematik läßt sich noch schärfer fassen, wenn man sich die Art der Finanzierung der EG vor Augen führt. Schon seit Jahren verschiebt sich die Finanzierung des EG-Haushaltes auf den Anteil der Gemeinschaft an der Mehrwertsteuer. Die Außenzölle, eine weitere wichtige Einnahmequelle der EG, gehen in ihrem Anteil zurück; das ist

im Rahmen der GATT-Verhandlungen durchaus erwünscht. Auch die Agrarabschöpfungen gehen in ihrem Anteil zurück. Beide, Zölle und Agrarabschöpfung, tragen immerhin zwei Fünftel des EG-Haushaltes. Angesichts der zurückgehenden Bedeutung dieser Einnahmequellen wurde 1984 der Grundsatzbeschuß gefaßt, den Anteil der EG an der Mehrwertsteuer zu erhöhen. Dieser Beschuß ist wiederum vor dem Hintergrund zu sehen, daß sich die Aufgaben der Gemeinschaft ständig ausweiten. Aus verschiedenen politischen Gründen heraus müssen daher die Agrarausgaben unbedingt gesenkt werden oder zumindest langsamer wachsen als der übrige Haushalt.

Einen spürbaren Schritt in diese Richtung brachte die Milchquote. Dem steigenden Pegel des Milchsees sollte dadurch Einhalt geboten werden, daß jedem Erzeuger eine bestimmte Menge an Litern zugeteilt wurde, differenziert nach Größe des bestehenden Betriebes. Aus der Sicht der EG bezweckte die Regelung, daß die Gesamtmenge fortan konstant bleiben sollte, also keine Ausweitung der Produktion und damit erhöhter Finanzbedarf vorkommen sollten. Diese nur scheinbar einfache Maßnahme brachte erhebliche strukturelle Veränderungen. Unter den Betrieben brach ein Run auf Quoten aus. Angesichts der Brüsseler Vorgabe handelte es sich im großen und ganzen aber um ein Nullsummenspiel, in dem der Gewinn des einen genau dem Verlust des anderen entspricht. So entwickelte sich ein Handel mit Milchquoten unter den Höfen. Dabei war die Härtefallregelung noch eine besondere Finesse: Sie sollte denjenigen Landwirten helfen, die vorher kräftig in die Anlage einer Milchproduktion investiert hatten. Damit zielte diese Regelung von vornherein auf die größeren Betriebe. Es nimmt nicht wunder, daß aufgrund dieser Vorgabe die Produktion nachhaltig bei den Kleineren eingeschränkt wurde, während sie sich bei den Großen unter Umständen sogar noch ausweitete (vgl. 2.2). Der Verlauf bei der Einführung der Milchquote zeigte deutlich, daß die Brüsseler Regelungen ordnungspolitisch relativ neutral zu sein scheinen, aber immer Konzentration begünstigen. In der Folge wurde für viele die im Sinne der Modernisierung notwendige Vergrößerung unerschwinglich. Eine wichtige Komponente kam sofort hinzu: Auch bei den Molkereien setzte ein Konzentrationsprozeß ein, der seinerseits wieder Großproduzenten voraussetzt (vgl. 2.2). Im Rahmen dieser Konzentration kämpfen die Molkereien um "Einzugsgebiete", das natürlich auch über die Preisgestaltung (sog. Richtpreise). Haben sie sich erst durchgesetzt, dann greifen Kostensenkungsprogramme, also auch Preissenkungen. In diesem diffusen Feld kam die Brüsseler Regelung zupaß: Sie löste bei den Bauern die erwünschte Konzentration aus. Die Folge war, wie gesagt, ein lebhafter Handel mit Quoten, die von vornherein auch veräußerbar waren. Man wird jedoch nicht

sagen können, daß die Entwicklung zum Großbetrieb in dieser Form geplant war. Dagegen spricht die ergänzende Regelung, daß eine Quote um 20 % gemindert wird, wenn sie verkauft wird. Man kann hier sehen, daß die "Eurokraten" in ihrem Sinne einfache Regelungen treffen, daß die Durchführung aber infolge des Geflechts von Bedingungen eine Reihe von Nebenwirkungen zeitigt. Es muß offenbleiben, ob die Milchquotenregelung vom Wunsche der Beamten nach Konsolidierung des Haushalts bestimmt war, ob die Interessen der Abnehmer (Molkereien und andere Verwerter) vorrangig waren, schließlich, ob es sich um Fehlentwicklungen bundesrepublikanischer Machart handelt.

Die Beantwortung der aufgeführten Fragen ist durchaus von Interesse: Es ist nicht auszumachen, ob die Brüsseler Bürokratie mehr von Imperativen der Verwaltung und ihren besonderen Sicherheitsbedürfnissen beherrscht wird oder ob es sich um eine Politik im Interesse der Nahrungsmittelindustrie handelt. Natürlich wird die Grundlinie immer durch soziale Zusätze verwässert, die wohl über die Politiker eingespeist werden. Vermutlich sind in der Brüsseler Landwirtschaftspolitik Experten tonangebend, die aus den Hochschulen kommen und mit einer gewissen Starre marktwirtschaftliche Programme verfolgen.

Die Folgen der Milchquotenregelung ließen allerdings schnell den Wunsch auftreten, dieses Gestaltungsmuster auf andere Bereiche auszudehnen: Ein nicht geringer Teil der Bauern wichen aus auf Getreideanbau. Damit wuchsen hier die Überschüsse. So wurde deutlich, daß eine Gesamtlösung fällig war. Der sogenannte Gipfel ging im Februar 1988 das Problem an.

3.3 Der "Megatrend" – die Folgen der EG-Beschlüsse von 1988

In seinem Referat legte Klaus Wettig (MdEP) Ursachen und Folgen der Beschlüsse dar. Der Kern seiner Ausführungen lautet:

"... Es geht heute nur darum: Wie hält man die Agrarausgaben einigermaßen stabil? Der Grundgedanke des Grünbuches und aller folgenden Schritte der EG-Kommission ist die Begrenzung der Agrarausgaben – inzwischen etwas modifiziert unter den vielfältigen politischen Einflüssen. Das heißt in der EG-Philosophie: Die Agrarstrukturen in der Europäischen Gemeinschaft müssen sich so verändern, daß die Haushaltsbelastung für die Preispolitik, die von der EG ja finanziert werden muß, stabil gehalten werden kann; wenn nicht sogar in einem längeren Zeitraum zurückgeht. Dies heißt Strukturwandel, weil das anders nicht möglich ist; und dies heißt, daß die Kommission an dem Gesichtspunkt festhält, daß die Agrarstrukturen effizienter werden müssen. Daß sie effizient werden müssen, heißt, daß die Landwirte zwar bei weiterhin fortbestehendem Außenschutz durch die Gemeinschaft am Markt ihr Einkommen erlösen

können, aber das heißt nach der Auffassung der Kommission: Es müssen deutlich größere Einheiten her, um ein effizientes Wirtschaften zu ermöglichen.

... Die Spanier sind trotz ihrer Probleme, die sie im Norden haben, also auch in der Milchproduktion, daran interessiert, effizientere Agrarstrukturen zu haben, die sich am Markt behaupten können und die ihren Beitrag zum Bruttosozialprodukt leisten, und die also weitgehend von öffentlichen Subventionen unabhängig sind. Die deutsche Position, die in diese Diskussion dann eingebracht worden ist, ist sehr stark unter einem anderen Blickwinkel betrachtet und hat an einigen Stellen zur Korrektur der Kommissionsauffassung geführt. Wer das Grünbuch gelesen hat, weiß, daß die Kommission in den Grundzügen und in den Fortsetzungen auch den Gedanken direkter Einkommensübertragung aufgenommen hat, obwohl sie in den Jahren vorher eigentlich außerordentlich strikt gegen solche Gedanken sich ausgesprochen hat. Dieses ist wesentlich unter den Einfluß deutscher Vorstellungen hineingekommen, weil auch in der Bundesrepublik es einen Wandel der Position bei der jetzigen Regierung oder bei der jetzt regierenden Christlichen Partei gegeben hat nach anfänglich großem Widerstand gegen direkte Einkommensbeihilfen. Mittlerweile sehen sie diese als einen unverzichtbaren Bestandteil an, um einkommenspolitisch und umweltpolitisch im Agrarbereich überhaupt etwas machen zu können. In der Praxis ist das an mehreren Stellen in Beschlüsse der Kommission eingebracht worden. Der bedeutsamste Beschuß, der zu einer Verbesserung der Einkommenslage in den benachteiligten Gebieten beigetragen hat - wir sehen das an Ergebnissen von zwei Agrarberichten - war der Beschuß, die benachteiligten Gebiete in den Genuß der Ausgleichszulage kommen zu lassen und gleichzeitig dergestalt auf das Bundesgebiet auszuweiten, daß bis zu 50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche davon erfaßt sind. Der Folgebeschuß, der noch nicht in deutsches Recht umgesetzt ist, ist der zur Extensivierung; er ermöglicht es, über direkte Einkommensbeihilfen in bestimmten Bereichen dann einen Einkommensaustausch zu schaffen, wenn extensiviert wird. Dieses ist jetzt ergänzt worden durch die Beschlüsse des Gipfels vom vorletzten Wochenende.

... Es ist ein Element von stärkerer Umverteilung der Mittel eingetreten. Bisher war das wesentlichste Umverteilungsinstrument der Gemeinschaftsmittel die Agrarpolitik. Dieses ist nun ergänzt worden durch die Verdoppelung der Regionalfonds bis '92. Damit kommt ein Element des Finanzausgleichs in die Gemeinschaft hinein, ein echtes bundesstaatliches Element. Dies nur zu der allgemeinen Seite der Beschlüsse. Der zentrale Beschuß für die Agrarpolitik ist, daß durch die Agrarstabilisatoren, als wirklich wichtiges Wort: Stabilisatoren, der Haushalt stabil gehalten werden soll. So bei den Agrarausgaben! Die Agrarausgaben dürfen nur auf 80 % des Wachstums des Bruttosozialprodukts zunehmen. Bei den Ausgaben für die Flächenstillegungen, die vorher abgezogen werden müssen, ist das ein reales Wachstum von 74 % der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts. An dieser Stelle gibt es eine entscheidende Korrektur der bisherigen Auffassung der EG-Kommission. Ursprünglich ging man davon aus, daß man die Agrarausgaben würde stärker herunterbringen können; ursprünglich ging man von einer Senkung aus. Dieser Beschuß bedeutet hingegen: Es wird weiterhin zu einem Ansteigen der Agrarausgaben kommen. Und da man nun kein automatisches Aussetzen der Intervention bei Übersteigung bestimmter Mengen beschlossen hat, kann dieses Anwachsen sogar dazu führen, daß diese Grenze von 74 % nicht eingehalten werden kann. Was man ergänzend beschlossen hat, damit dieses System funktionieren kann: Es sind schon in den vergangenen zwei Jahren bei einigen Produkten, z.B. Tomaten, also Industrietomaten, Garantieschwellen beschlossen worden, um dort ein Wachstum abzubremsen. Dieses System der Garantieschwellen ist jetzt auch - mit wenigen Ausnahmen - auf alle Marktordnungsprodukte ausgedehnt worden. Der Außenministerrat hat inzwischen beschlossen, daß das auch für andere Produkte, wie z.B. Schafffleisch, gilt. Der Gipfel selber hat sich nur mit Getreide und Ölfrüchten befaßt und hier

eine automatische Preissenkung beschlossen, wenn eine bestimmte Menge überschritten wird. Die Preissenkung, die dann eintritt, ist bei Getreide mit 3 % relativ gering, bei den Ölsamen ist sie relativ hoch und kann bis zu 20 % gehen, wenn hier bestimmte Mengen überschritten werden. Dieses ist der Kern der Beschlüsse, die für die nächste Zeit auch den Abschluß der Bemühungen um die Reform der Agrarpolitik bedeuten. Die Deutschen haben aus ihrer Sicht durchgesetzt, daß es erstens zu einem obligatorischen Angebot eines Flächenstillegungsprogramms in der Gemeinschaft kommen muß. Die Ausgestaltung haben Sie sicherlich der Fachpresse entnommen. Das will ich hier nicht weiter vortragen. Es müssen also alle Mitgliedstaaten anbieten, aber eben nicht mehr als anbieten. Sie müssen es auch mitfinanzieren. Und es ist zu einem Beschuß gekommen, daß die Mitgliedstaaten, die das wollen, eine Vorruestandsregelung anbieten können. Diese Vorruestandsregelung wird eben dann von der Gemeinschaft mitfinanziert. Beide Beschlüsse, insbesondere die Vorruestandsregelung natürlich, gehen in die Richtung Veränderung der Agrarstrukturen, Abfedern des Strukturwandels; sie stützen indirekt die Kommissionspolitik ab. Und wenn man alles zusammennimmt - die verschiedenen Beschlüsse zur Extensivierung, die Versuche, Umwelleistungen der Landwirtschaft stärker mit direkten Einkommensbeihilfen zu entgelten, dann ist das, was hier jemand andeutete, völlig klar erkennbar: Daß in der Europäischen Gemeinschaft es zu zwei Formen von Landwirtschaft kommen wird. Die erste Form: landwirtschaftliche Betriebe, deutlich vergrößert gegenüber den jetzigen Maßstäben, die mit einer Abdeckung durch staatliche Subventionen im wesentlichen ihr Einkommen am Markt erwirtschaften. Zweitens: Betriebe, die ihr Einkommen zwar auch noch durch den Verkauf von Agrarprodukten erwirtschaften, die aber wesentlich darauf angewiesen sind, durch Subventionen für Leistungen, die sie erbringen, z.B. im Umweltbereich oder einfach nur durch Subventionen zum Auffangen von sozialen Problemen überhaupt, noch weiterwirtschaften zu können. Diese Spaltung wird am stärksten in der Bundesrepublik sein. Sie wird in den anderen Ländern entweder aus grundsätzlichen Erwägungen so nicht vorhanden sein. Da ist das Paradebeispiel Großbritannien, aber auch die Niederlande; Dänemark muß man da auch zurechnen. In Frankreich ist das nicht ganz zu beurteilen, in welche Richtung das nun wirklich geht. Meine Auffassung ist die, daß die Franzosen doch mehr darauf setzen, aufgrund ihrer volkswirtschaftlichen Situation die effiziente Landwirtschaft, die sich also am Markt behaupten kann, zu fördern. Und in vielen anderen Ländern der Gemeinschaft wird dieses System kaum um sich greifen, da es sich nur bestimmte Länder leisten können, weil der Eigenbeitrag ja relativ hoch ist. Die anderen werden das System aus ihren nationalen Haushalten nicht mitfinanzieren können und andere Aufgaben nach wie vor für wichtiger halten. In diese Richtung wird das gehen! Und da es nach der Kompetenzverteilung nun mal so ist, daß 60 % der Agrarpolitik in Brüssel entschieden werden, 30 % von den nationalen Regierungen und Parlamenten und höchstens 10 % in den Bundesländern, wird dieses im wesentlichen so kommen; und die Möglichkeiten, hier durch nationale Politik an dem Megatrend sehr viel zu korrigieren, sind relativ gering. Trotzdem gibt es sie. Sie haben ja einen Aspekt angesprochen. Ich will jetzt nicht näher darauf eingehen. Es wäre aber sicherlich nützlich, wenn man sich auf diese Aspekte konzentrieren würde. Man muß sich aber vor einigen Illusionen hüten und darüber im klaren sein, daß es aufgrund der Entscheidungsstruktur der Gemeinschaft nicht möglich sein wird, an diesem Megatrend irgendwelche bedeutsamen Korrekturen vorzunehmen. ..."

Zusammengefaßt ergibt sich:

- Das Instrumentarium der Gemeinschaft wird erweitert durch die "Garantieschwellen": Bei Überproduktion kommt es nicht mehr zu einer automatischen

Intervention (vgl. 3.2). Besonders im Visier sind dabei Getreide und Ölfrüchte.

- Da der zu erwartende Preisrückgang von den großen Betrieben besser aufgefangen werden kann, wird diese neue Regelung eine Konzentrationswelle auslösen. Diese enthält obendrein einen selbstverstärkenden Mechanismus, da die Großen Ertragseinbußen durch Steigerung der Produktion ausgleichen werden und damit den Kleinen verschärfend Konkurrenz machen.
- Damit wäre zu erwarten, daß eine große Anzahl kleiner Betriebe aufgibt. Diese Folgen sollen zum einen durch eine Vorruhestandsregelung aufgefangen werden. Zum anderen sind als soziale Komponente aber auch Ausgleichszahlungen und Förderung extensiven Wirtschaftens (Ausweitung von Grünland und Brachflächen) zu zählen. Vor allem die Extensivierung soll das Problem der Überschüsse mildern. Beide Maßnahmen sollen das Überleben bestimmter Betriebe sichern. Allerdings bleibt das Problem der Untergrenze offen.
- Damit ist strukturell eine Spaltung der Landwirtschaft verbunden in alimentierte "Staatsrentner" und freiwirtschaftende Großbetriebe. Wenn in den ärmeren EG-Ländern die Förderbetriebe ausgedehnt werden, ist das politökonomisch gesehen dasselbe, nämlich der Beginn eines Konzentrationsprozesses, um mit den Kernräumen der EG mithalten zu können. Weder die Bundes- noch die Landespolitik können diesen Megatrend aufhalten, Wettig zufolge.

3.4 Der bäuerliche Betrieb: Leitlinie für die Strukturpolitik

In mehreren Beiträgen versucht K.-P.Bruns, auszuloten, welche politischen Spielräume angesichts der von K.Wettig aufgezeigten Perspektiven noch übrigbleiben. Im Rahmen der sozialdemokratischen Überlegungen geht er davon aus, daß alle Maßnahmen EG-konform sein müssen. In diesem Zusammenhang ist er skeptisch gegenüber der Reichweite des Konzeptes der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (vgl. 3.7). Selbst bei ihrer jetzigen Betriebsstruktur sei die niedersächsische Landwirtschaft auf überregionale Märkte angewiesen und bleibe es auch. Gleichwohl gilt seine besondere Sorge dem Erhalt des Kleinbetriebes. Zur Verblüffung mancher Tagungsteilnehmer illustriert er das am Beispiel des Nebenerwerbsbetriebes. Diese Betriebsart ist, Bruns zufolge, durch den sozialen Wandel begünstigt. Die Herabsetzung der Arbeitszeit im gewerblichen Bereich eröffnet neue Chancen. Die vorherrschende Arbeitsweise kommt auch der wachsenden Gleichstellung von Mann und Frau entgegen. In dieselbe Richtung weist die Entwicklung der Technik: Sie bringt die Unterschiede von Männer- und Frauenarbeit in der Landwirtschaft zum Verschwinden. Mit anderen

Worten: Möglicherweise hält der Nebenerwerbsbetrieb eine interessante Entwicklung der Frauenarbeit bereit, die sich positiv von anderen Wirtschaftsbranchen unterscheiden könnte. Die Extensivierungsprogramme der EG sind daher ein wichtiger Ansatzpunkt, um die Lage derartiger Betriebe zu verbessern. Hier sei noch einmal an seine Skepsis gegenüber regional begrenzten Märkten erinnert: Auch diese Art von Betrieb muß sich folglich gegen die Konkurrenz der Großen bewähren. Darin liegt für ihn ein wichtiger Wert des Extensivierungsprogramms. Zusätzlich sieht er, daß der Kleinbetrieb ökologisch sinnvoller wirtschaftet. Eigentlich will Bruns mit den Mitteln der EG selber den Megatrend unterlaufen. Seine Hoffnungen auf ein Gelingen dieses Vorhabens sieht er in der sozialpolitischen Vernunft, die für den Erhalt moderner Formen des Kleinbetriebes spricht.

Diese Sichtweise von K.-P.Bruns bleibt nicht ohne Widerspruch. Der Vertreter des Bauernverbandes (R.Kickel) weist darauf hin, daß es darum gehen müsse, den Erhalt des Bauernbetriebes in einem Strukturrahmengesetz zu verankern. Für den Bauernbetrieb sei konstitutiv die materielle und soziale Unabhängigkeit, die es jeweils auch politisch durchzusetzen oder zu verteidigen gelte. Ein Bauernhof in diesem Sinne werde betrieben von einer wirtschaftenden Gemeinschaft, in der Regel die Familie. Ihr müsse der Betrieb ein Auskommen bieten. Zugleich müsse der Einzelbetrieb dem Erfordernis der Rentabilität standhalten. Kleinbetriebe, wie Bruns sie fordert, entsprechen nicht den genannten Erfordernissen. Ziel müsse die Absicherung der bäuerlichen Landwirtschaft vor dem Zugriff der industriellen sein. Daher ergibt sich als vorrangige Aufgabe der Landespolitik, "bäuerliche Strukturen" zu fördern. Allerdings: Der bäuerliche Betrieb entfalte sich am besten in einem politikfreien Raum. Dazu gehört die Lebensfähigkeit aus sich selbst heraus. Somit kann eine bestimmte Größe nicht unterschritten werden.

In mehreren Beiträgen greifen die Vertreter der AbL (G.Coldewey, N.Meyer) und der Grünen (E.v.Hofe) wiederum diese Perspektive an. Sie befürchten, daß bei der Realisierung dieser Vorstellung eine Konzentration ohne Ende zu erwarten sei und sehen beim Bauernverband keine deutliche Abgrenzung zwischen industrieller und bäuerlicher Landwirtschaft. Da es ihnen aber um "bäuerliche Landwirtschaft" als besondere Lebensweise geht, können sie K.-P.Bruns hinsichtlich des Nebenerwerbsbetriebes nicht zustimmen. Er ist für sie eine wenig sinnvolle Mischform. Für den Kleinbetrieb, der Bruns so wichtig ist, besteht natürlich Konsens.

Für den kleineren Betrieb spricht, nach Bruns, die ökologische und ökonomische Vernunft. Kleinbetriebe sind vielfältig wirtschaftende Gebilde mit sta-

bilen internen Betriebskreisläufen, die kostengünstig und besonders umweltschonend zugleich sind. Großbetriebe sind dagegen auf Ergänzungsleistungen von außen angewiesen. Sie verschaffen sich diese Zusatzleistungen, indem sie die Preise der Zulieferer drücken, die Natur ausbeuten oder sich billige Quellen von Arbeit erschließen. Das beste Beispiel für alle drei Strategien ist der Futtermittelzukauf aus der Dritten Welt. Sie verursachen sicherlich den meisten Schaden im Bereich der Folgekosten durch die Umweltbelastung infolge ihrer Produktionsweise. Alle Gesichtspunkte hindern K.-P.Bruns nicht an der Forderung, daß Kleinbetriebe sich auf überregionalen Märkten in Konkurrenz zu den Großen sehen müssen. Aus sozialpolitischen Gründen muß man sie in diesem Überlebenskampf stärken. Das Kernproblem läßt sich wohl folgendermaßen ausformulieren: Inwiefern kann der ländliche Raum für die jüngere Generation eine Existenzgrundlage bieten bei Arbeitsmöglichkeiten, die Identifikation auslösen?

Ein Teil der Antwort liegt bei den Betroffenen selber, Bruns zufolge. Der Konzentration muß das Prinzip der Kooperation gegenübergestellt werden. Als unumgängliche politische Voraussetzung muß das Genossenschaftswesen wiederbelebt werden. Die institutionelle Voraussetzung ist mit den Raiffeisen-Genossenschaften nach wie vor da. Diese sind aber den Bauern entfremdet durch ein bauernfernes Management, das mehr und mehr die Bauern nur als Instrumente ihrer unternehmerischen Zielsetzungen betrachte. Hier müßten die Bauern wieder das Management übernehmen. Das ist übrigens eine herbe Kritik an der Ausbildung an den Universitäten. Deren Absolventen haben die Geschäftsführung im Genossenschaftswesen weitgehend an sich gebracht.

3.5 Betriebsgrößen – Möglichkeiten der Antikonzentrationspolitik

Der zweite Ansatz liegt für die Vertreter der SPD in der Konzentrationspolitik. Vor allem K.-H.Funke – der hier sowieso weitergehen will als Bruns – betont, daß die Förderung der Extensivierung kein hinreichendes Mittel sei, der Konzentration zu begegnen. Nun läßt sich vor dem Brüsseler Hintergrund keine Landespolitik machen, die direkt die Konzentration angeht. Sehr wohl ist aber eine Auflagenpolitik denkbar, die die großen Betriebe sozusagen in ihrer Entfaltung behindert. Hier ist vor allem an Umweltgesetze zu denken. Daneben ist das Problem von Bestandsobergrenzen oder Flächenbegrenzungen anzugehen. Die Bestandsobergrenzen sind bei den Teilnehmern dieser Tagung weitgehend akzeptiert. R.Kickel, als Vertreter des Bauernverbandes, hält sie freilich für

leistungfeindlich. Er habe den Eindruck, hier herrsche folgende Meinung vor: "Wenn man den Großen genug wegnimmt, dann geht es den Kleinen besser!" Das Problem sei aber doch, die Existenzfähigkeit der Betriebe überhaupt zu sichern im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel. Dem hält K.-H.Funke entgegen, daß eine Strukturpolitik, die diesen Namen verdiene, an einer Umverteilung nicht vorbeikomme. Sie muß seiner Auffassung nach auch als Umverteilungsprozeß innerhalb der Landwirtschaft gedacht werden, also nicht als Umverteilung zugunsten der gesamten Landwirtschaft. Die Lösung kann nicht mehr darin liegen, daß die Landwirtschaft ständig von außen subventioniert wird. Die Ansicht Kickels beruht, so Funke, auf einem der vielen ungeprüften Sätze, die Diskussionen um ökonomische Sachverhalte überhaupt bestimmen. So führt er die Beobachtung an, daß der Marktanteil der kleinen Betriebe viel höher ist als ihr Anteil am Produktionspotential, seien es Fläche, Viehbestand oder Arbeitskräfte. Auf diese Weise läßt sich auch erklären, daß die kleinen süddeutschen Betriebe relativ lebensfähig sind. Jedenfalls läßt sich kleinen Betrieben kein Mangel an Leistungsfähigkeit nachweisen. Damit entfällt auch die ökonomische Notwendigkeit, ihre Existenz in Frage zu stellen. Vielmehr muß ihre Ertragslage gebessert werden. Während diese Diskussion ganz klassisch beim Einkommen des Einzelhofes ansetzt, bringt N.Meyer eine Sicht, wie sie typisch für die AbL zu sein scheint: Beim Familienbetrieb müsse man bei der wöchentlichen Arbeitszeit ansetzen. Die Bestandsobergrenze ergäbe sich somit aus einer erträglichen Arbeitsstundenzahl, nicht aus der Erzeugermenge. Ansonsten weist das Problem der Bestandsobergrenze eine Reihe von Tücken auf: Betriebsart, regionale Vorgaben u.a.m. führen wohl dazu, daß sie kaum landeseinheitlich festlegbar ist.

3.6 Das Eingreifen der Landespolitik

Um der Zusammensicht willen seien die Positionen von K.-P.Brunn und K.-H.Funke noch einmal zusammengefaßt:

- Die Agro-Fabriken und auch die quasi industrialisierte landwirtschaftliche Produktion müssen durch eine Abgabenpolitik belastet werden. Dabei sollen die wahren Kosten der Produktion hervortreten.
- Das existierende Genossenschaftswesen (etwa die Raiffeisen-Verbände) muß sich auf seine Grundlagen zurückbesinnen. Daher muß die genossenschaftliche Verfassung politisch gestützt werden.
- Als politische Kernpunkte können die Förderung der Extensivierung der Bebauung und Grünlandprogramme betrachtet werden. In diesen drei Bereichen

gibt es einen erheblichen Spielraum der Landespolitik. Allerdings besteht ein Problem: Wie sieht eigentlich eine stabile Marktordnung aus nach den politischen Eingriffen zulasten der Großen und zugunsten der Kleinen? Vor allem: Werden die Verbraucher die damit verbundenen höheren Preise akzeptieren? Diese Anfragen sind jedoch sicherlich nicht zentral: Erst muß der politische Wille zum sozusagen sozialverträglichen Betrieb da sein und auf allen Politikebenen zur Geltung gebracht werden. Die zu bewältigenden politischen Folgen sind geringfügiger als die Auswirkungen der Brüsseler Politik in den neunziger Jahren. Dem Megatrend wird hier eine Perspektive landespolitischer Abweichung gegenübergestellt.

Auf unterschiedliche Weise wird der Kern dieser Perspektive von verschiedenen Diskussionsteilnehmern gestützt. U.Langendorf (Grüne) sieht eine Überlebensmöglichkeit für kleine Betriebe in der Spezialisierung auf ökologisch unbedenkliche Produkte. Die Erzeugnisse nach "Brüsseler Art" werden dem gewachsenen Qualitätsbewußtsein weiter Teile der Bevölkerung nicht standhalten. Demnach müßte die Landespolitik einen Schwerpunkt in der Förderung des Verbraucherbewußtseins und des ökologisch unbedenklicheren Anbaus sehen. Institutionell gesehen kommt hinzu, daß auf beiden Gebieten eine Unzahl von organisierten Gruppen arbeiten, so daß eine neue Politik nicht auf den alten Verwaltungsapparat angewiesen ist. Auch K.Wettig sieht hier das Hauptbetätigungsfeld für die Landespolitik. Auf dem Gebiet der Qualitätspolitik sei Brüssel nicht tätig, mithin werde es keine Kollisionen geben. Gerade die Niedersachsen müßten die Gefahr sehen, daß andere Anbaugebiete hier sehr rührig sind. Daher kann man Niedersachsen einen Verlust an Marktanteilen vorhersagen. Das Land muß folglich den Produzenten die Möglichkeit eröffnen, modernes Marketing für sich nutzen zu können. Das ist eine typische technokratische Verschiebung des bei U.Langendorf ganz anders gemeinten Ansatzes. Sie wollte eigentlich nach politischen Spielräumen für den Erhalt des Kleinbetriebes suchen und daher Möglichkeiten für eine Politik aufweisen, die auf soziale Kräfte als Träger rechnen kann, eine Art Mobilisierung gegen die Eurokraten. Ein vom Lande gefördertes Marketing führt aller Voraussicht nach strukturpolitisch zum Gegenteil: Sicherung großer Absatzgebiete setzt gerade die Standardisierung und nicht die Diversifizierung der Qualität voraus. Das Marketing würde bedeuten, bestimmte Komponenten des Megatrends zu verstärken.

3.7 Suche nach der Wunderwaffe oder politökonomische Realität: Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften

Die Diskussion entwickelt sich jedoch gegen diesen Zug der Zeit. Sie konzentriert sich auf die Chancen, die sich aus der Verstärkung der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften ergeben. Hierauf werden große Hoffnungen gesetzt. Die Einigkeit scheint breit: Die Gemeinschaften sollen so weit wie möglich unabhängig bleiben. Das betonen AbL, Grüne und auch der Bauernverband. Auch das hessische Beispiel (vgl. G.Schmidt) zielt hierauf ab: Laufende Kosten sollten nicht subventioniert werden. Im ersten Jahr gab es einen festen Zuschuß; bei notwendigen Investitionen sollte das Land die Hälfte der Kosten als verlorenen Zuschuß beisteuern; Eigenleistungen könnten als Kosten veranschlagt werden. Vor allem AbL und Grüne sehen in den Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften ein Instrument, aus dem Megatrend Brüssels auszuscheren. Während Wettig mit dem Marketing überhaupt Marktanteile sichern will, wollen sie über erhöhte Preise und direkten Verbraucherkontakt regionale Marktsegmente abschotten und aus dem "normalen" Markt ausgliedern. Diese neue (eigentlich alte) Art von Markt entspreche mehr dem bäuerlichen Bewußtsein. Bei den Verbrauchern ist wiederum auch das Bewußtsein vorhanden, daß bessere und lebensfreundlichere Produkte mehr kosten. Im Grunde genommen handelt es sich für die Anhänger dieser Konzeption um einen kleinen Schritt in Richtung auf die Staffelpreise (vgl. unten). Die Förderung und Initiierung derartiger Gemeinschaften ist daher in ihren Augen fast das Herzstück einer zukunftsorientierten Politik.

Die unausgesprochene politökonomische Voraussetzung für diese Art von Umdenken sind die landwirtschaftlichen Überschüsse. Alle Maßnahmen, die auf Intensivierung und Ausweitung der Produktion hinauslaufen, sind ökonomisch nicht mehr vertretbar. Wie bei jeder ökonomischen Betrachtung ist freilich der Bezugsrahmen für die Stichhaltigkeit solcher Aussagen entscheidend. Die Aussage von der Kontraproduktivität gesteigerter betriebswirtschaftlicher Rentabilität hat EG-intern ihren Sinn. In weltweiter Betrachtung ist sie schon wieder falsch (vgl. unten). Solange jedenfalls EG-intern die Überschüsse auf die Gesamtkosten drücken, gibt es einen Spielraum, über alternative Marktformen gegenüber den vorherrschenden nachzudenken. Diese Überlegung führt zu einem weiteren grundsätzlichen Aspekt: Dank der EG hat sich die Landwirtschaft in einem gewissen Maß von der EG abgekoppelt – freilich mit wichtigen Ausnahmen wie den Futtermittelpolen (vgl. unten). Immerhin gibt diese Voraussetzung die Möglichkeit, über Alternativen zum beherrschenden Marktgeschehen ernst-

haft nachzudenken. Die Schaffung neuwertiger Frauenarbeitsplätze (Brunns), der Aufbau eines Konsumenten-Produzenten-Verhältnisses (Langendorf), das alles sind bereits Realitäten, die schon lange keimhaft vorhanden sind im landwirtschaftlichen Sektor. Dasselbe läßt sich anders sagen: Dieser Bereich ist bei uns hier im Norden bereits derart an den Rand des Geschehens gerückt, daß in ihm Listen der Vernunft offenbar werden. Weil es keine Zwänge mehr gibt, Dänen, Niederländer, Nordfranzosen und schon garnicht US-Farmer (vgl. unten) kleinzukriegen – das ist sozusagen "gelaufen" im negativen Sinne –, gerade deswegen können Vorstellungen von einer neuen und anders gearteten Qualität entwickelt werden. Sie werden aber auch auf dieser Tagung nicht selbstbewußt vorgetragen, sondern oftmals aus dem Geist des Verlierers mit Ranküne gegen die Großen, die die Kleinen "unterbuttern". Demgegenüber scheint es weiterführend, den vielen Listen der Vernunft nachzuspüren und neu erwachsende Gestaltungsmöglichkeiten aufzutun (vgl. 2). Die EG-Politik gehorcht, so gesehen, einer anderen Rationalität, die nicht mehr die des Nordens sein kann. Allerdings dem "main-stream" (um einmal den überwältigenden Megatrend etwas zu entzaubern) wird man sich nicht ohne weiteres entziehen können. Die Reichweite der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften als Gegenkonzept muß daran gemessen werden, inwieweit die niedersächsische Landwirtschaft für überregionale Märkte produziert (Brunns). Die Forderung nach mehr Marketing (Wettig) weist – vor dem Hintergrund des neuen – wohl in die falsche Richtung. Trotzdem wird man an ihr nicht vorbeikommen, wenn es darum geht, in naher Zukunft Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu sichern.

Solche pragmatischen Forderungen wie die eines Marketings haben immer die Vernunft gepachtet. Daher wäre es für manchen Verbraucher lehrreich gewesen, die Äußerungen der Tagungsteilnehmer über den Produktsachverstand der Konsumenten zu hören. Da war vom "blauen Spinat" die Rede (Spinat, der nach vorgegebenen Regeln einer Tiefkühlfirma angebaut ist und mit Stickstoff überdüngt wird); erwähnt wurden antibakterielle Nackenkoteletts (der wilde Gebrauch von Antibiotika in der Tierproduktion ist weit verbreitet. Laienvertreter spritzen die Mittel in der Regel in den Tiernacken.) Folglich muß jedes Marketing heute den obligaten Veterinärmediziner aufweisen, der irgend eine Reinheits-eigenschaft des Produkts garantiert, analog dem Lebensmittelchemiker. Hier zeigen sich abstruse kulturelle Mißbräuche. Landwirte haben daher einen besonderen Eindruck von den Irrwegen unserer Gesellschaft und den Auswüchsen, zu denen der unentwegte Ruf nach einer einäugigen bis blinden Marktwirtschaft verleitet. Im übrigen ist das Expertenunwesen auch ein Zeichen der Risikogesellschaft, in der der einzelne sich nicht mehr zutrauen kann, selber die

eigenen Daseinsrisiken abzuschätzen. In diesen Einsichten liegt eine politische Chance: Um das Anliegen der Bauernschaft steht es garnicht schlecht, wenn sie immer wieder auf die Fehlentwicklungen in ihrem Bereich selber hinweist. Auch hier erweist sich die Abwehr der konservativen Führung des Bauernverbandes als letzten Endes verhängnisvoll.

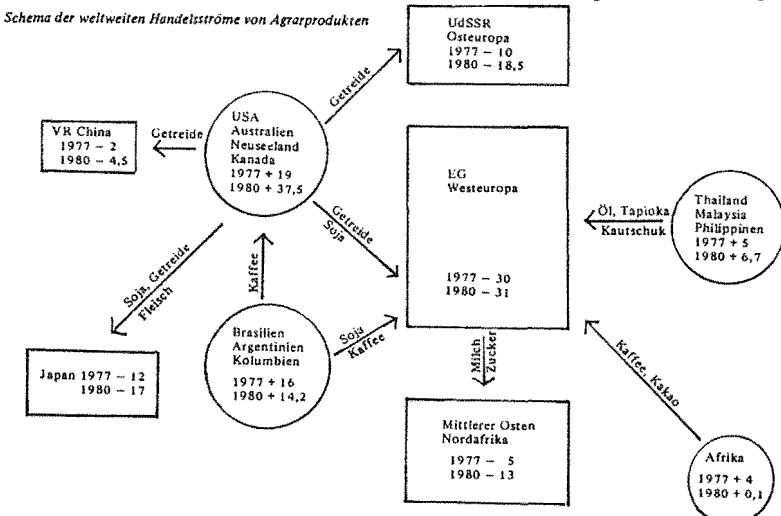
3.8 Innovation tut not: Der neue bäuerliche Betrieb

Es wäre jedoch falsch, hier einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen ABL, Grünen und SPD einerseits und dem Bauernverband andererseits zu konstruieren. Der Vertreter des Bauernverbandes konnte derartigen Gesichtspunkten in der Regel zustimmen. Allerdings geht die Diskussion innerhalb des Verbandes wohl andere Wege. R.Kickel geht auch davon aus, daß das Ausnutzen von Markt-lücken der in die Zukunft weisende Weg ist. Er plädiert daher für den Anbau industriell nutzbarer biologischer Rohstoffe, im vorliegenden Fall besonders für Rapsöl (vgl. unten). Allerdings sieht der Bauernverband die Notwendigkeit, neben marktwirtschaftliche Lösungen andersgeartete zu stellen ange-sichts der heutigen Probleme. Ein Bauernbetrieb müsse 60.000 DM p.a. vor Steuer Einkommen aufweisen, anderenfalls gebe es keine angemessene Lebensweise für die bäuerliche Bevölkerung. Der Familienbetrieb solle die Regel sein. Da man von zwei Generationen ausgehen muß, die von dem Betrieb leben, sind 120.000 DM die Einkommensgrenze nach unten. Die Forderung der Extensi-vierung ist unumgänglich; sie soll aus dem Landeshaushalt bezahlt werden. "Düngeregeln" sollten hinzutreten. Der Schwerpunkt der Zukunftssicherung liegt aber auf der Förderung nachwachsender Rohstoffe oder dem Auftun ähnlicher neuer Märkte. Dieses Konzept ist mit den Brüsseler Vorstellungen zunächst insofern wenig vereinbar, als die geplante Betriebsgröße unterhalb der zu erwartenden EG-Norm liegen dürfte. Zugleich enthält das Konzept einen wichtigen Zielkonflikt: Verträgt sich die geforderte Betriebsgröße mit den Erfordernissen des Anbaus nachwachsender Rohstoffe im großen Maßstab?

3.9 Einordnung in die Weltwirtschaft

Vielleicht stärker als in anderen Bereichen hat das Thema Landwirtschaft eine ortsnahe Komponente, die unabhängig von weltweiten Entwicklungen betrachtet werden kann. Anders gesprochen: Regionale Kreisläufe scheinen noch erstaunlich intakt. Oftmals ist das nur scheinbar, denn die EG ist - bei uns - all-

gegenwärtig. Jedoch wäre es falsch, mit der Betrachtung der EG den Horizont zu beschränken. Auch die regionale Landwirtschaft ist in der Regel weltweit bestimmt, weil der Organisationsgrad der sie bestimmenden Kräfte weltweit ist. Wenn wir im politisch-institutionellen Bereich verharren, dann greifen bereits die GATT-Verhandlungen über die EG hinaus und bestimmen die Einzumstände auch der regional orientierten Bauern. Diese Verhandlungen werden im großen und ganzen dadurch bestimmt, daß seit den späten siebziger Jahren die USA zum Hauptexporteur landwirtschaftlicher Produkte geworden sind. Die US-Farmen beherrschen das internationale Agro-Business. Den Kampf um den Weltmarkt hat die EG verloren, wie eine ältere Aufstellung von 1980 zeigt:



Quelle: A.Revel/Ch.Riboud, *Les Etats-Unis et la stratégie alimentaire mondiale*, Paris 1981, S. 94; entnommen aus: Peter Lock, *Landwirtschaft und Verschuldung in der Dritten Welt*, in: *Weltpolitik, Jahrbuch für Internationale Beziehungen* 2, Frankfurt 1982, S. 132

In der US-Administration herrscht durchaus ein gewisser Ingrimm, daß Brüssel eine Landwirtschaft konkurrenzfähig erhält durch Subventionen, die nach amerikanischen Maßstäben schon längst der US-Konkurrenz hätte weichen müssen. Man kann allerdings aus diesem globalen "Megatrend" noch zwei weitere Schlußfolgerungen ziehen: Aus Gründen des Machterhalts und aus Gründen des Funktionierens der Weltökonomie können die USA garnicht anders, als auf ihren Exporten nach Übersee zu beharren. Damit gibt es aber kein Zurück hinter die auf der Tagung so einhellig abgelehnte industrielle Landwirtschaft. Der von den Tagungsteilnehmern kritisierte Futtermittelzukauf aus der Dritten Welt mag eingeschränkt werden, weil er in den Erzeugerländern (Zerstörung herkömmlicher Landwirtschaft und Hunger in den entsprechenden Ländern) und bei uns (Intensivierung der Viehhaltung und ökologische Schädlichkeit) verheerende

Folgen hat. Die US-Importe auf demselben Gebiet wird man nicht umgehen können. In einer verallgemeinernden Sicht: Das Agro-Business ist nun einmal längst international und in die Weltökonomie verflochten. So gesehen ist auch die EG nicht groß genug, die Dinge allein politisch zu gestalten. So wird sich die von den USA ausgehende Standardisierung des Gen-Materials zum Beispiel "in the long run" nicht aufhalten lassen. Übrigens ist in dieser Sicht eine Vergrößerung des EG-Raumes und die Assoziation von afrikanischen Ländern eine sinnvolle Strategie, um Handelsströme und einen Austausch jenseits der Kontrolle durch die internationalen Agrarkonzerne aufzubauen.

Die globalen Dimensionen erzeugen Mutlosigkeit und Ohnmachtsgefühle. Dennoch ist der Befund nicht eindeutig: In dem ganz großen Agrospiel ist Niedersachsen uninteressant. Das ist der Vorteil des peripheren Raums. Daher gibt es möglicherweise mehr Spielräume für politische Gestaltung als in Dänemark oder in der Normandie.

Allerdings muß die Vermutung eines besonderen politischen Spielraums auch wieder in Frage gestellt werden durch die europäische Komponente. Die Unausweichlichkeit, die aus Wettigs Darlegungen hervorgeht, ist ein Schock für die auf der Tagung anwesenden Politiker und Landwirte. Wettig legt zwar keine politökonomische Herleitung der von ihm behaupteten neuen Konzentrationsrunde vor, aber er kann aufzeigen, daß es keine Kraft gibt, die politische Begünstigung dieses Prozesses abzubauen oder in ihr Gegenteil zu verkehren.

Man kann die Entwicklung auch mit einem Zentrum-Peripherie-Modell fassen: Die großen Betriebe der Normandie im Verein mit den Agrarfabriken werden das Geschehen diktieren, gestützt und geschützt von der Brüsseler Eurokratie. Die niedersächsische Landwirtschaft ist - aufgrund der durchschnittlichen Betriebsgröße - fehlstrukturiert.

Allerdings weist Wettigs Analyse auch eine interessante Bruchstelle auf. Immer wieder flieht er ein, "der Süden" sei ein wenig anders; doch, so versteht man, der zähle auch nicht so recht. Hierzu müssen Zweifel oder besser Fragen angemeldet werden. Wenn nicht alles täuscht, läuft die nunmehr eingeleitete Politik auf eine zwar zögerliche, aber durchaus kontinuierliche Kapitalisierung der südeuropäischen Landwirtschaft hinaus. Dabei wird eine wichtige Frage sein, inwieweit das nordeuropäische Industriekapital in die rentabel werdende Landwirtschaft hineindrängt (so, wie wir es etwa in den Edelweinbaugebieten Frankreichs beobachten). Als Gegentrend kann man sich vorstellen, daß sozialistische Regierungen in Südeuropa die genossenschaftliche Wirtschaftsweise stützen, zumal eben staatliche Gelder zur Verfügung stehen. Man wird also abwarten müssen, inwiefern sich Gegenmodelle zum Staatsrentnertum im Norden ausbilden werden.

Allerdings: Der Megatrend ist klar; der Norden schickt sich an, den Süden Europas durchzukapitalisieren und hier die Absatzmärkte für "fordistische" Produkte (Autos, Kühlschränke u.a.m.) zu schaffen, die im Norden immer schwerer verkäuflich werden. Das Bauerntum Nordeuropas ist keine sinnvolle Käufer- schicht für Autos und Elektrogeräte mehr und wird peripheriert, eben an den Rand gedrängt. Dies könnte zumindest jener geheimnisvolle Megatrend sein: Eine Verschiebung des Schwerpunktes vom Norden in den Süden.

Im Rahmen einer solchen ökonomischen Vorbestimmtheit werden wir bei uns die Verödung des "platten Landes" hinnehmen müssen. Es sollte sich im Laufe der Tagung herausstellen, daß die "harte" Opposition gegen den Megatrend nicht ökonomisch begründet werden kann. Es scheint drei Positionen zu geben:

- Das Agro-Business, das sich abzeichnet, ist ökologisch unzuträglich und macht die Landwirtschaft zum Feind des natürlichen Lebens.
- Moderne Landwirtschaft bedeutet einen Kulturverlust. Der Erhalt der "bäuerlichen Kultur" ist eine ebenso wichtige gesellschaftliche Zielsetzung wie die billige Produktion von Lebensmitteln. Erhalt der bäuerlichen Kultur ist aber ohne eine bestimmte Wirtschaftsweise nicht zu haben.
- Effektives Wirtschaften besagt nichts über Eigentumsformen. Im Genossenschaftswesen haben wir ein soziales Instrument, das zum Überleben der Bauernschaft reaktiviert werden muß.

Alle drei Positionen mögen utopisch eingefärbt sein. Sie sind aber vergleichsweise konsequent und stimmig gegenüber den konservativen Positionen: Dort wird der industrialisierte Landwirtschaftsbetrieb gefördert und zugleich die Pflege des bäuerlichen Brauchtums hochgehalten. Eine ähnliche Ambivalenz finden wir wieder, wenn die Produktion nachwachsender Rohstoffe durch die Landwirtschaft als Möglichkeit zur Rettung der Familienbetriebe hingestellt wird. Solche Vorstellungen mögen den Megatrend erträglicher machen, aber sie fördern ihn trotzdem.

3.10 Regionale Betrachtung

Es nimmt freilich nicht wunder, daß die an der Region orientierte Betrachtung zu pessimistischen Prognosen kommt. E.v.Hofe kommt zu der Voraussage, daß es eine Dreiteilung der Landwirtschaft geben werden (gegenüber K.Wettig, der eine Zweiteilung erwartet; vgl. oben): 1.) Diejenigen Bauern, die nur noch in der Landschaftspflege tätig sind, also keine eigenen Einkünfte mehr haben und von einer Art Öko-Rente leben. 2.) Die "subventionierten" Betriebe, die sich

aufgrund von Stilllegungsquoten und zum Teil "ökologischer Renten" über Wasser halten, aber ansonsten noch "normale" eigene Einkünfte haben. 3.) Die eigentlich "marktfähigen" Betriebe; sie bestehen aus Agro-Business, industrialisierter Landwirtschaft und quasi-industriellen Großbetrieben. Die Abgrenzung von Agro-Business und industrialisierter Landwirtschaft ist sicherlich noch zu leisten. Ein wichtiges Kriterium scheint der "point of no return": Lassen sich Betriebe zurückführen auf eine naturverträgliche Wirtschaftsweise oder sind sie unwiederbringlich an das internationale Agrargeschehen gekettet. In diesem Sinne ist der Bauer, der Pfanni-Normkartoffeln pflanzt nach vorgegebenen Pfanni-Regeln, rekonvertierbar; für Pohlmanns Hühner-Fabrik sieht man diese Möglichkeit nicht mehr. Eine aufzuklärende Grauzone stellt in dieser Hinsicht der Getreideanbau dar: Wo stehen die von Wasa abhängigen Betriebe zum Beispiel?

Was kann vor diesem Hintergrund eine Landespolitik bewirken? Erinnert sei an K.Wettigs Einschätzung, daß das Land höchstens zehn Prozent aller politischen Vorgänge gestalte (vgl. 3.3). Die Betrachtung K.-H.Funkes kann in dieser Hinsicht Mut machen: Die Umsätze seien eigentlich gut bei den kleinen niedersächsischen Betrieben. Allerdings könne dieser Befund nicht als Gegenargument zu einer staatlichen Umverteilung zugunsten kleinerer Betriebe herhalten. Es geht also, Funke zufolge, darum, durch die Brüsseler Beschlüsse drohende Verschlechterungen für die kleinen Betriebe zu vermeiden. Das könnte freilich eine wichtige Aufgabe für die Landespolitik sein. In dieser Version müßte die Landespolitik so lange die Auswirkungen der EG konterkarieren, bis es Verhandlungen um eine Strukturpolitik gibt, die zur Revision des Megatrends führen. Neben dieser Version einer Regionalpolitik treten Nischentheorien (Erschließung neuer Märkte; vgl. oben) oder die Durchsetzung von Mindestgarantien in Brüssel (R.Kickel). Im Grunde ist klar, daß Niedersachsen eine Oppositionsrolle auf allen politischen Ebenen wahrnehmen muß. Das ist wohl auch der politische Schwerpunkt der Landespolitik.

3.11 Politischer Konsens – Überblick

Vielleicht wird diese Aufgabe dadurch erleichtert, daß es einen großen Konsensbereich gibt, der ein breites politisches Spektrum erfaßt. Punkte allgemeiner politischer Zustimmung sind:

- Förderung ökologischen Landbaus und einer Qualitätspolitik, die sich gegen die quasi-industriellen Produkte in der Landwirtschaft richtet.

- Extensivierung des Anbaus und Erhöhung der Eigenversorgung bei Viehhaltung. Hier wird die Haupteinwirkungsmöglichkeit der Landespolitik gesehen; besonders wichtig: die Erarbeitung eines Grünlandbewirtschaftungsprogramms;
- Sicherung der Zukunft der jungen Generation in ländlichen Räumen;
- Zurückdrängen industrialisierter Agrarproduktion; Kampf gegen das Agro-Business.

Daneben werden für die Landespolitik noch eine Reihe zusätzlicher Ansatzpunkte diskutiert:

- Die Verschuldung in der Landwirtschaft ist mittlerweile außerordentlich vorangeschritten. Daher muß überlegt werden, wie die gemeinwirtschaftlichen Ansätze in den Statuten der Sparkassen und Banken genutzt werden können, um eine Verbilligung von Krediten zu erreichen. Grundsätzlich kann man sich hier mit Hilfe des Landes eine Umschuldungsaktion vorstellen, die auf eine Verringerung der Zinslast abzielt. Hinter dieser auf die nahe Zukunft gerichteten Überlegung steht ein Grundsatzproblem. Wenn es nicht gelöst wird, dann wird die Verschuldung immer von neuem sich wiederholen: Wie ist die Technisierung ohne Wachstumszwang für den Einzelbetrieb möglich? Zumindest könnte das Land auf diesem Gebiet für eine angemessene Forschung sorgen.
- Auch das Beratungssystem bedarf insgesamt einer Neuordnung. Es ist augenblicklich stark von den Interessen der Agro-Chemie beherrscht, zum Teil sogar von den großen Firmen organisiert. Im Rahmen einer solchen Neuordnung sollte die Frage angegangen werden, inwiefern Landwirten Möglichkeiten des Marketings und des verbesserten Verbraucherkontakte bereitgestellt werden können, sozusagen als staatliche Infrastrukturleistung. Schließlich fehlt auch eine Erzeugerberatung in Richtung auf Produktdiversifizierung.

Die zuletzt genannten Maßnahmen haben eine positiv gestaltende Komponente. Die anderen – vielleicht wichtigeren – sind hingegen darauf ausgerichtet, vorhandene Entwicklungen aufzuhalten. Insofern werden sie Widerstand hervorufen, denn gegen sie kann ein zentrales Argument vorgebracht werden: Bei konsequenter Durchführung laufen Umweltauflagen, Sondersteuern und Ausschöpfung von Gebührenordnungen auf eine Minderung der Konkurrenzfähigkeit der niedersächsischen Landwirtschaft hinaus. Verzichtet man auf derartige Maßnahmen, dann ist das freilich andererseits das Ende der bisherigen Wirtschaftsweise in Niedersachsen. Mittelfristig wird sich die Landespolitik hier entscheiden müssen.

Keine besondere gestalterische Bedeutung wird solchen Vorhaben wie einem niedersächsischen Strukturrahmengesetz zugemessen. Es gibt zwar Versuche, die

bäuerliche Landwirtschaft als besonderen Bereich gegenüber der industriellen dort zu verankern (vgl. oben). Das sicherlich mit der Absicht, sie als förderungswürdigen Bereich auszuweisen. Aber auch hier überwiegen Befürchtungen, daß unter der Hand Betriebsgrößen festgeschrieben werden, die eher im "Megatrend" liegen. Offensichtlich geht eine Spaltung durch die Bauernschaft: Es gibt schließlich auch Betriebe, die vom Megatrend profitieren oder deren Inhaber sich ausrechnen, daß es sie schon nicht "erwischen" werde. Diese Gruppierungen waren auf der Tagung freilich nicht vertreten.

3.12 Die Landwirtschaftspolitik aus der Sicht des Bauernverbandes

3.12.1 Vorbemerkung

Dem soeben aufgeführten politischen Konsensbereich steht die Sicht des Bauernverbandes nicht entgegen. Es ist aber nicht selten, daß ein derartiger Konsens die Probleme verhüllt. Entscheidend für den Stellenwert politischer Programmatik bleiben die Prinzipien, aus denen heraus sie kommen. Daher sei das Konzept des Bauernverbandes im ganzen dargestellt, so daß sich die Tragfähigkeit des Konzeptes überprüfen läßt. Zur Ergänzung sei darauf verwiesen, daß die Auffassungen des Bauernverbandes bereits in den Bericht eingegangen sind.

Zum Verständnis der folgenden Ausführungen scheint es nützlich, einen kurzen Blick auf die inneren Verhältnisse dieses Verbandes zu werfen. In Niedersachsen ist das "Landvolk" kollektiv Mitglied des Bauernverbandes. Das Landvolk ist eingeteilt in sechzig Kreise. Das Gremium der Kreisvorsitzenden faßt sich als das meinungsfassende Organ auf. Wichtig ist eine strikte Gleichberechtigung der Kreisvorsitzenden. Daher kann R. Kickel, der im folgenden zu Wort kommt, auch nicht für den Verband sprechen. Die von ihm vorgetragene Variante ist vielleicht auch ein wenig exquisit im Vergleich zu sonstigen Aussagen von Funktionären dieses Verbandes. Sie kann aber für sich beanspruchen, auf der Linie der grundsätzlichen Diskussion zu liegen.

3.12.2 Zusammenfassende Darstellung verschiedener Redebeiträge von R. Kickel, Vertreter des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Landvolk Niedersachsen

Für Reinhard Kickel ist es nicht einsehbar, daß die Bauern, die 5 % der Gesamtbevölkerung stellen, für die Gesamtheit eine Kulturlandschaft kostenlos

erhalten. Für ihn ist absehbar, daß bei einer Fortschreibung des jetzigen Strukturwandels in Richtung einer Industrialisierung der Landwirtschaft unsere ländlichen Gebiete und damit die von Bauern gehedte Kulturlandschaft nachhaltig sich ändern werden. Die bei dieser Entwicklung auftretenden volkswirtschaftlichen Folgekosten wie Nitrat im Grundwasser, Antibiotikarückstände im Fleisch usw. werden seines Erachtens so hoch sein, daß wir in zehn bis zwanzig Jahren beispielsweise Pohlmann-Eier nicht mehr so billig kaufen können wie bisher. So hat die Naturschutz- und Ökologiedebatte klargemacht, daß es heute schon notwendig und sinnvoll ist, steuerliche Gelder für den Erhalt der Kulturlandschaft zu mobilisieren. Wer den Erhalt der Kulturlandschaft will, muß deshalb nicht nur Subventionen an die Landwirtschaft leisten, sondern auch die weitere Ausbreitung des Agro-Business verhindern. Dies kann nur politisch geschehen, indem die bäuerliche Landwirtschaft geschützt wird.

Doch an dieser Stelle muß die Frage geklärt werden, wie bäuerliche Landwirtschaft zu definieren ist. Diese wird von Kickel folgendermaßen charakterisiert:

1. Betrieb, in dem der Landwirt oder ein(e) Angehörige(r) in eigener Verantwortung wirtschaftet;
2. wo in Anlehnung an das niedersächsische Höfegesetz eine landwirtschaftliche Betriebsstätte gegeben ist;
3. landwirtschaftliche Betriebe, die auf eigenes Risiko wirtschaften;
4. Betriebe, die Bestandsobergrenzen einhalten laut DBV (vgl. unten);
5. Betriebe, ein Landwirt oder ein landwirtschaftlicher Betrieb nicht mehr als eine Kapitalbeteiligung besitzen.

Schon diese Definition des bäuerlichen Betriebes schließt, so Kickel, zum Beispiel die sogenannten Lohnmastverträge aus. Sie werden besonders in Süddoldenburg praktiziert. Ebenfalls ausgeschlossen sind die sich ausbreitenden Schachtelbeteiligungen. Um die weitere Entwicklung des Agro-Business aufzuhalten, fordert Kickel desweiteren eine konsequente Anwendung des deutschen Grundstücksverkehrsgesetzes und des deutschen Pachtrechts. Hier würde auch die Verwaltung versagen: "Die Grundstücksverkehrsausschüsse beispielsweise müssen einfach den Schneid aufbringen, notfalls auch juristische Auseinandersetzungen zur Durchsetzung des Gesetzes zu riskieren. Dies ist heute doch nicht der Fall."

Auf diese Weise, meint Kickel, sei eine ungesunde Anhäufung von Grund und Boden in der Landwirtschaft zu verhindern. Ein Verbot für weiteren Zukauf

oder weitere Zupachtung sollte ausgesprochen werden, wenn

- die fünffache durchschnittliche Betriebsgröße eines Kreises oder einer Region von einem Betrieb überschritten wird;
- ein noch zu definierendes Verhältnis von Entfernung zu einem Feld und seiner Größe überschritten wird;
- der Pachtzins in einem ungesunden Verhältnis zum Ertrag des Bodens steht.

Gerade der letzte Punkt erscheint Kickel als ein wichtiges Instrument gegen die weitere Konzentration innerhalb der Landwirtschaft: In Südoldenburg werden Flächen zu einem "Wahnsinnszins" angepachtet, nicht wegen des zu erwartenden Ertrages, sondern wegen der Gülleverklappung, für die die Großen Möglichkeiten finden müssen.

Trotz der von fast allen Tagungsteilnehmern geäußerten Kritik an deren Höhe verteidigt R. Kickel die Bestandsobergrenzen des DBV. Diese liegen zwar mit ca. 120 Kühen/ha LNF bzw. 1.000 Mastplätzen/ha LNF auch seiner Meinung nach etwas hoch, doch haben sie gegenüber den von der ABL definierten Bestandsobergrenzen gerade aufgrund ihrer Höhe den Vorteil, innerhalb der EG diskussionswürdig zu sein. So hätten die Holländer schon in der Vergangenheit den Bestandsobergrenzen des DBV zugestimmt; auch Frankreich und Großbritanien würden sie diskutieren, so daß eine politische Durchsetzung gar nicht unrealistisch erscheint.

Wenn die EG Bestandsobergrenzen einführen würde, wäre auch die sonst zu befürchtende Gefahr gebannt, daß die schon bestehenden Agrofabriken aus der Bundesrepublik aufgrund einer konsequenten und verschärften Umweltpolitik auswandern würden. Die anderen Betriebe können heute nur über fast völlige Kreditfinanzierung die dann fälligen Aufstockungen vornehmen; gleichzeitig fehlt aber aufgrund der niedrigen Preise wie etwa in der Schweine- oder Rindermast ebenfalls die Perspektive für derartige Investitionen. Die Festlegung von Bestandsobergrenzen ist also eine Alternative zu Umweltauflagen, dieser Auffassung zufolge: Sie verhindert den zu befürchtenden Rückzug der Großen mit entsprechendem Verlust an Marktanteilen; sie übersteigt die Möglichkeiten der Kleinen, wenn sie groß genug ausgelegt wird.

Der DBV ist also auch gegen eine weitere Konzentration in der Landwirtschaft. So fordert der Verband schon seit langem, daß bei allen staatlichen Subventionen eine sogenannte Prosperitätsschwelle gelten solle, wie sie erstmals beim einzelbetrieblichen Förderungsprogramm angewendet wurde: Danach sollen Betriebe, die mehr als 60.000 DM Gewinn/Jahr haben, sehr viel weniger gefördert werden als die unterhalb dieser Schwelle wirtschaftenden Betriebe.

Außerdem fordert der DBV die Durchsetzung einer nationalen Quote für die Bundesrepublik in Brüssel, über die dann eine weitere Konzentration der Landwirtschaft verhindert werden könnte. Wegen ihres zentralen Stellenwertes fordert der DBV die Durchsetzung nach dem Motto: "Im Notfall mit dem Kopf durch die Wand - wir werden sehen, was dabei herauskommt." Große Hoffnung auf deren Durchsetzung macht sich der DBV aber nicht.

Für Kickel ist auch innerhalb der bestehenden EG-Agrarpolitik die Möglichkeit für eine gewisse Eigenständigkeit der Landespolitik gegeben. Der Bauernverband stützt die Extensivierungsbeschlüsse von Brüssel gerade auch als Instrument zum Erhalt der Kulturlandschaft. So könnte hier das Land über die Brüsseler Beschlüsse hinausgehen, indem es die Ochsen- oder die Schafhaltung als angepaßte Produktionsweisen im Vordeichland gesondert unterstützen würde. Die Flächenstillegung ist für Kickel und den DBV hingegen in Anbetracht der EG-Überschüsse und des Handelskrieges mit den USA ein nicht zu umgehendes Instrument zur Reduzierung der agrarischen Mengenproduktion. Da das Flächenstillegungsprogramm aber eine Alimentierung der Landwirtschaft darstelle, die den tüchtigen Landwirten, die etwas leisten wollen, die Perspektive nehme und sie zu Staatsrentnern degradiere, müsse das Programm möglichst bald wieder abgeschafft werden. Darüber hinaus müßten Erzeugergemeinschaften - biologische, aber auch die auf Massenprodukte ausgerichteten - staatlich verstärkt gefördert werden. Die bestehenden Genossenschaften seien degeneriert und bedürften einer Reform im Sinne Raiffeisens.

Um die Kulturlandschaft und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, fordert der DBV die Einführung einer Verpflichtung der Bauern zur flächen-deckenden Anwendung der N-Min.-Methode: Sollten mehr als 40 mg mineralisierten Stickstoffs direkt nach der Ernte im Boden sein, dann sollten die betroffenen Bauern eine Abgabe zahlen, da dann mit einer Belastung des Grundwassers zu rechnen sei. Alternativen, die aber verworfen werden im Vergleich zu diesem Instrument, sind: Eine Stickstoffbesteuerung von 600 % oder die Umstellung auf alternative Produktion. Allerdings seien die Bauern nicht allein an der Nitratbelastung des Grundwassers schuld. Ein gutes Beispiel seien die Messungen im Deister. Nitratgehalte von 90 mg/l würden hier gemessen. Da der Deister nun einmal bergig sei, für Forstwirtschaft und allerhöchstens für Weidewirtschaft genutzt werde, müsse dann wohl das Wasser von den Feldern bergauf fließen, wenn die Bauern wirklich die Verursacher seien. Neben der Kontrolle des Stickstoffverbrauchs fordert der Bauernverband ein CCC-Verbot (CCC: Halmverkürzungsmittel), das allerdings in der gesamten EG oder gar

nicht. Dieses Mittel könne einfach hergestellt werden; daher ist hier die Gefahr eines Unterlaufens sehr groß. Besser sei es daher, ökologisch wirtschaftende Betriebe zu fördern, was derartige Verbote generell überflüssig mache.

Den Megatrend (K. Wettig, vgl. 3.3) sieht der Bauernverband sehr wohl. Er kann wohl nur verlangsamt werden. Daher sind aber direkte Einkommensübertragungen für die Landwirte gefordert worden, die darauf abzielen, ein jährliches Mindesteinkommen von 60.000 DM pro Arbeitskraft im Betrieb zu fordern, wobei in jedem Betrieb mindestens zwei Arbeitskräfte vorhanden sind. Wegen der besseren politischen Umsetzbarkeit sei ein solches garantiertes Mindesteinkommen der Einführung von Staffelpreisen vorzuziehen.

In diesem Zusammenhang wendet sich R. Kickel auch gegen eine staatlich gestützte Entschuldung für Landwirte. Dabei macht er vor allem praktische Bedenken geltend: Wie läßt sich zum Beispiel klären, ob ein Landwirt selbstverschuldet in seine finanzielle Misere gelangt sei oder durch äußeren Anpassungzwang?

Einen besonderen Mangel sieht er im Fehlen eines überzeugenden Konzepts, das Junglandwirte, die heute den elterlichen Betrieb übernehmen sollen, halten oder zurückholen könne. Zumindest muß aber dafür gesorgt werden, nach Kickels Auffassung, daß dem älteren Landwirt ein anständiger Übergang zum Nachfolger hin über zehn Jahre hinweg gesichert wird. Geschieht dies nicht, werden die Jüngeren sich anderweitig umsehen; die Älteren werden weiterarbeiten, weil sie sonst den Jüngeren zur Last fallen müßten. Hier liege ein entscheidender Unterschied zwischen AbL und DBV: Der Bauernverband befürwortet daher entsprechende Programme eines vorgezogenen Ruhestandes, während die AbL behauptet, daß der Staat die Höfe herauskaufen wolle.

All das kann nicht ersetzen, daß zweifelnde Junglandwirte eine Perspektive brauchen. Da alle Programme, die die Folgen der Überschußproduktion ausgleichen, höchstens den status quo absichern, müssen dringend neue Märkte geschaffen werden. Sie sind heute bei den nachwachsenden Rohstoffen zu suchen. Auch die Bioalkoholdiskussion muß, Kickel zufolge, ernsthaft geführt werden. Ungeachtet dessen zeigt er an zwei Beispielen auf, welche zukunftsweisenden Möglichkeiten in den nachwachsenden Rohstoffen stecken. Als Beispiele wählt er Rapsöl und Flachs, also zwei traditionelle Pflanzen.

Für Rapsöl sei vor kurzem ein Verbrennungsmotor entwickelt worden, und es gäbe gute Chancen, auch Zentralheizungsöfen zu entwickeln. Viele Höfe können

dann von Holz- auf Rapsölfeuerung umstellen, ein Beitrag zur Senkung der importierten Energie, deren Anteil in der Landwirtschaft sehr hoch ist. Ein Liter Rapsöl kostet heute ohne Subvention etwa zwei Mark. Durch eine entsprechende staatliche Verteuerung der bisherigen Kraftstoffe ist Rapsöl sicherlich konkurrenzfähig. Die Energiebilanz beim Anbau von Rapsöl ist sehr positiv: eins zu drei. Der Raps läßt sich kalt pressen und als Energieträger direkt verbrauchen; daher die gute Bilanz. Flachs hat alle Aussicht, ein weltweiter Absatzmarkt der Zukunft zu werden. Der Faserlein ist ein hochwertiger Rohstoff. Neuere Entwicklungen in der Textilbranche zeigen, daß geradezu die Textilien des Mittelalters eine Renaissance erlebten, weil natürliche Rohfasern körperverträglicher sind als Kunstfasern, was jeder am eigenen Leibe spüren könne. Faserlein läßt sich darüber hinaus in Tapeten verwenden zu einem ausgesprochen konkurrenzfähigen Preis; das gleiche gilt für Sitzbezüge in der Automobilindustrie. Der zu 50 % anfallende Holzbestandteil des Flachses kann in Baumaterialien, vor allem Dämmplatten, oder als Asbestersatz verwendet werden. Eröffnung neuer Märkte und Erfordernisse des Umweltschutzes verbinden sich bei der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe.

3.12.3 Diskussion um die industrielle Landwirtschaft

Es nimmt nicht wunder, daß die von R. Kickel eröffneten Perspektiven auf Widerstand stoßen (vgl. 2.2). Schließlich war in den vergangenen Jahren die Erfahrung vorherrschend, daß Neuerungen sich prinzipiell gegen die Kleinen richten. Es ist auch klar, daß die AbL die Perspektive Kickels ablehnen muß, weil sie als der falsche Entwicklungsweg erscheint. Aus dieser Frontstellung entspinnt sich der folgende Dialog:

Reinhard Kickel

Es steht der Einwand im Raum, daß dieses Konzept der nachwachsenden Rohstoffe die Industrialisierung der Landwirtschaft vorantreibe. Diese Gefahr ist zugegeben da. Gleichwohl zeigen Beispiele wie in Melle der Bau einer sogenannten Flachsschwinge, an der die Bauern Anteilseigner sind und das Land Niedersachsen Baukosten bis zu fünfzig Prozent übernommen hat, daß über eine Rückverlagerung des Marketingbereichs zu den Höfen die Industrialisierung aufzuhalten ist und eine bäuerliche Landwirtschaft erhalten werden kann. Dies geht aber nur über den indirekten Weg, denn der einzelne Hof kann heute die gesamte Vermarktung, machen wir uns doch nichts vor, seiner Produkte nicht mehr übernehmen...

Gerhard Coldewey

... Beispiele wie der Hybridmaisanbau zeigen doch schon, was Industrialisierung heißt und worauf Ihr Vorschlag hinausläuft: Den Bauern wird beim Maisanbau für die chemische Industrie gleich vorgeschrieben, welchen Dünger, welche Düngemenge und welche und wieviel Pflanzenschutzmittel aufgebracht werden müssen. Der Rohstoff Mais wird dann ohne Weiterverarbeitung sofort direkt von der chemischen Industrie aufgenommen. Der Bauernhof ist in einer Kette industrieller Erzeugung, in der er selbst nichts mehr bestimmen kann. Und dies ist industrielle Landwirtschaft, die wir nicht wollen.

... Wenn wir (die Abl) von industrieller Landwirtschaft reden, meinen wir die ganze Form der Produktion; durchaus auch kann bäuerliche Landwirtschaft hierunter fallen. Geschlossenere Betriebskreisläufe in unserem Sinne sind heute kaum noch möglich: Saatgutproduktion zum Beispiel wird nur noch von wenigen wahrgenommen und ist im übrigen industriell bestimmt. Besonders deutlich wird dies auch im Geflügelbereich, wo schon die Firma BP Geflügel produziert, aber nicht mehr die Bauern. Im Schweinebereich ist die Shell AG schon zu ungefähr - glaube ich - dreißig Prozent des Produktionsvolumens mitbeteiligt. Alles, was hier unter dem Namen Hybolid läuft, ist fast ganz aus bäuerlicher Hand genommen.

Wenn also eine Landwirtschaft in der Produktionskette nur noch zwei Formen von Industrie zwischengeschaltet wird, dann ist dies, für uns industrielle Landwirtschaft. Kraß wird das auch unter dem Schlagwort "Landwirtschaft als Biomasseproduzent" ausgedrückt. Die Landwirtschaft als reiner Rohstofflieferant für die Industrie, wie sie heute schon sich entwickelt, hat zur Konsequenz, daß unsere heute existierende Kulturlandschaft kaputtgeht und die Landwirtschaft immer extensiver produzieren muß.

Die Biospritzdiskussion, so nachhaltig von Herrn Kickel gefordert, heißt für Rapsöl doch, daß der Bau eines großen und damit doch erst rentablen Verarbeitungsbetriebes den monokulturellen Anbau geradezu notwendig macht. Die von Ihnen (Kickel) auch unterstützten betriebsinternen Kreisläufe (Fruchtwechsel, Futterbau, Mistkette usw.) wären dann doch nicht mehr möglich.

Jürgen Wolf

Die Forderung von Ihnen nach Erhalt der Kulturlandschaft ist also so zu begreifen, daß Sie eine bestimmte Betriebsgröße mit Unter- und Obergrenze wollen. Mit dieser Betriebsgröße verbindet sich bei Ihnen eine ganz bestimmte Form der Bewirtschaftung, die langfristig darauf hinausläuft, andere Vermarktungswege als bisher, andere Zubringerwege usw. zu erschließen. Sie wollen also ein Umstellen der derzeitigen Landwirtschaft hin zu einer Landwirtschaft, die sie an einem Betrieb mittlerer Größe festmachen. Ist dies richtig?

Gerhard Coldewey

Ja! Wir wollen auch eine Rückverlagerung bestimmter Tätigkeiten zu den Höfen. Wir wollen eine Extensivierung und arbeiten deshalb zur Zeit mit dem Deutschen Tierschutzbund daran, ein neues Markenzeichen für extensive Landwirtschaft herauszugeben. Wir wollen also aus dem vor- und nachgelagerten Bereich bestimmte Teile wieder in die Höfe zurückbekommen. Das verstehen wir auch als Teil der vorhin diskutierten Betriebskreisläufe.

... Dies schließt Massenproduktion, wie sie von den Genossenschaften und der Industrie betrieben wird, wenigstens teilweise aus: Uns kommt es darauf an, für regionale Märkte zu produzieren, danach erst für überregionale. So hat doch H-Milch nichts mehr meiner Meinung nach mit Milch zu tun. Wir brauchen andere Produkte...

Strukturwandel muß nicht sein. Das ist der entscheidende Gegensatz der Abl zum Bauernverband. Wir wissen, daß wir den Strukturwandel nicht aufhalten können. Aber es ist notwendig, daß wir gegen den derzeit ablaufenden Strukturwandel vorgehen müssen, wenigstens was einige Teile angeht. Und wir meinen, daß dies möglich ist.

3.13 Staffelpreise – Prüfung eines alternativen Konzepts

Staffelpreise werden vornehmlich auf der Seite der "bäuerlichen Opposition" diskutiert. Sie laufen darauf hinaus, daß der Preis des landwirtschaftlichen Produkts vom jeweiligen Erzeuger abhängen soll. Diesem Konzept zufolge geht in den Preis entscheidend die Arbeit ein, die der Landwirt investiert hat: Daher ist Milch aus benachteiligten Gebieten teurer als in Vorzugsräumen erzeugte Milch. Notwendigerweise schließt dieses Konzept daher eine regional orientierte Preisbildung ein.

Unter heutigen Bedingungen haben der Standort und die historisch überkommene Agrarstruktur einen hohen Anteil an den Kosten und damit an der Preisbildung, wiewohl der Produzent diese Voraussetzungen der landwirtschaftlichen Produktion nicht zu verantworten hat; sehr wohl aber ist über die Preisbildung seine Arbeitskraft derjenigen eines Bauern gleichwertig, der unter anderen Bedingungen wirtschaftet. Mit der Einführung von Staffelpreisen sollen die vorgegebenen und vom einzelnen unbeeinflußbaren Kostenunterschiede in der agrarischen Produktion ausgeglichen werden (Ausgleich der Differentialrente). Dieses Konzept hat eine Stoßrichtung gegen die großen Betriebe auf guten Standorten: Deren Kostenvorteile soll die neue Preisbildung ausgleichen. Auf dieser Grundlage kann sich dann die individuelle Leistungsfähigkeit des Bauern erweisen: Derjenige, der seine Arbeitskraft von der Menge und von der Qualität her besser einsetzt, soll über die Preisbildung belohnt werden, während die Ausgangslage zunächst für alle gleich ist. Damit soll die soziale Blindheit der bisherigen Regelung von Preisen überwunden werden.

Staffelpreise sollen – dem Ansatz entsprechend – einem Bauer einen sinnvollen Stundenlohn sichern. Für das Jahr 1983/84 hätte das zum Beispiel bedeutet, daß ein Bauer je kg Milch erlöst:

1,01 DM bei einem Bestand von 10 Kühen

0,62 DM bei einem Bestand von 60 Kühen.

Auf diese Weise kommt jeder Bauer auf einen Stundenlohn von 15,00 DM.

Der Erzeugerpreis soll aus zwei Bestandteilen bestehen:

1. Der freie Preis: Erlös, der am Markt unter (voller) Konkurrenz erzielt wird;
2. Garantiert Preisaufschlag; dieser Teilpreis wird durch Verhandlungen zwischen Abnehmern und Produzenten festgelegt.

In den "Tarifverhandlungen" über den Preisaufschlag kommen die Beteiligten (Bauernvertretung, Agrarwirtschaft, Verbraucherverbände, Staat) auf regionaler Ebene zusammen und handeln die Preise aus. So könnten von Kammerbezirk zu Kammerbezirk unterschiedliche Preise entstehen. Wie man sieht, beinhaltet das Modell die Möglichkeit, organisierte Verbraucher einzubeziehen. Die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (vgl. 3.7) können als sinnvoller Zwischenschritt in dieser Perspektive gelten. Da mit Hilfe des Staffelpreises kleine oder benachteiligte Betriebe gezielt bevorzugt werden können, läßt sich mit derartigen Preisen Strukturpolitik betreiben, auch mit einer erheblichen regionalen Komponente. Diese zweite Variante des Staffelpreises, der ausgehandelte Preisanteil, ist freilich umstritten. Aus pragmatischen Gründen treten Vertreter von Staffelpreisen auch dafür ein, daß man sich auf einen Ausgleichszuschlag für Benachteiligte beschränken solle. Diesen Weg versuchte die ABL in Hessen, als sich ihr politisch die Möglichkeit dazu bot. Sie scheiterte freilich auch mit dieser stark vereinfachten Variante (vgl. 5). Dennoch läßt sich aus dieser Erfahrung nicht die Aussage ableiten, Staffelpreise seien insgesamt wenig realisierbar. Mittlerweile hat schließlich sogar bei der EG eine Annäherung eingesetzt (vgl. 3.2).

Allerdings sollte man nicht verschweigen, daß die organisatorischen Komponenten der Staffelpreise für heutige Betrachter unübersehbar sind. Man wird hier auch nicht mit theoretischen Überlegungen weiterkommen, so reizvoll das wäre. Es kommt hier wohl stark auf die jeweilige Verfassung des Teilmarktes an. Bei Milch liegen die Dinge einfacher als anderswo, da es mit den Molkereien einen faßbaren Abnehmer gibt und der Preis je nach Zulieferer gestaltet werden kann (vgl. auch 2.2). Bei anderen Produkten muß es offensichtlich einen Preisausgleich geben, dessen Folgen und genaue Gestaltung ebenfalls nicht einschätzbar sind. Schließlich müssen noch Modelle für eine sinnvolle Staffelung gebildet werden. Sie laufen wohl de facto auf eine Bestandsuntergrenze wie beim Bauernverband hinaus, allerdings dürfte sie wesentlich niedriger liegen.

Das Konzept der Staffelpreise – vor allem in seiner "Verhandlungsvariante" – läßt sich als korporatistisch kennzeichnen: Die gesellschaftlich bestimmenden

Gruppen handeln untereinander aus, welche ökonomische Entwicklung sinnvoll ist. Insofern ist der dabei entstehende Preis politisch: Den Abnehmern und Verbrauchern muß bewußt sein, welche Landwirtschaft sie wollen: eine produktivitäts- oder verbraucherorientierte (vgl. 3.7). Aus der Sicht des Verbrauchers ist daher der Übergang zum Staffelpreis zugleich der Übergang zu qualitativ besseren Produkten. Allerdings markiert dieser Gesichtspunkt die Grenze des sozialen Ausgleichs: Es geht beim Staffelpreis nicht darum, die Produktion kleinerer Betriebe zu subventionieren, sondern es geht um den Erhalt des bäuerlich wirtschaftenden Betriebes. Freilich ist bei dieser Konzeption ebenfalls offen, welche Betriebe aus welchen Gründen heraus als erhaltenswürdig gelten. Im Rahmen des Konzepts der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft wären es diejenigen, die sich durch Eigenheiten ihrer Produkte auszeichnen (vgl. 2 und 3.7). In einem anderen Rahmen sind es diejenigen, die sich auf eine bestimmte Wirtschaftsweise festlegen und damit die bäuerliche Kulturlandschaft erhalten (vgl. 3.3 und 3.4). Schließlich könnte auch der Erhalt der ganz Kleinen, also ein garantiertes Mindesteinkommen, bestimmd sein (vgl. 3.10). Im Lichte dieser verschiedenen Zielsetzungen erweisen sich Staffelpreise als ein Instrument, das politische Gestaltung möglich macht. Das ist natürlich auch bei der Preisbildung nach EG-Muster der Fall, nur daß hier einseitig auf die Konzentration gesetzt wird.

Bei unvoreingenommener Betrachtung wird man die Staffelpreise für das intelligentere ökonomische Instrument halten, weil es weitaus mehr sozioökonomische Komponenten berücksichtigt als der herkömmliche Marktpreis. Sie entsprechen auch stärker den Erfordernissen politökonomischer Transparenz. Trotz dieser Vorteile ist wenig zu sehen, wie sie in die Realität umgesetzt werden sollten, schon gar nicht angesichts des "Megatrends" (vgl. 3.2). Damit soll also nicht gesagt werden, daß die geläufigen Marktpreise weniger "politisch" wären als die Staffelpreise. Dennoch haben sie für sich alle Gesichtspunkte der vorherrschenden Ideologie und gelten als "normaler". Daher wird an den EG-Preisen mehr die Rolle der Verwaltung kritisiert und die Rückkehr zum "freien" Marktpreis von den Marktideologen angemahnt. Dies ist jedenfalls die Ausgangsposition der meisten Agrarwissenschaftler. Die Diskussion innerhalb der Landwirtschaft kann daher generelle institutionelle Probleme unserer Wirtschaft erhellen und stellt keinen Sonderfall dar. Die SPD lehnt in ihrer bisherigen Programmatik die Staffelpreise ab. Bruns begründet das damit, daß Staffelpreise Einkommenspolitik über Preispolitik bedeuteten. Die SPD forderte dagegen marktgerechtere Preise, setzte auf die Ausweitung des Marktes. Coldeyewy setzt der Ablehnung der Staffelpreise durch Bruns in mehreren Beiträgen

seine Sicht der Staffelpreise entgegen. Der Staffelpreis habe nicht nur eine einkommenspolitische Komponente. Der Kerngedanke sei, daß untere Grundmengen besser bezahlt werden, damit die konkrete Arbeit des Bauern, unabhängig von der Höhe des Viehbestandes z.B., entlohnt werden könne. Insofern habe der Staffelpreis auch eine eminent umweltpolitische Komponente, weil sich der Übergang zur intensiven Viehhaltung nicht mehr lohne. Zugleich werde damit deutlich, daß Staffelpreise und die Forderung nach Bestandsobergrenzen mit Bindung an die Fläche zusammengehörten. Funke, für den der Staffelpreis in seinen Auswirkungen noch nicht hinreichend geklärt ist, meint, die Festsetzung einer Bestandsobergrenze mit Bindung an die selbstbewirtschaftete Fläche sei für ihn momentan der richtige Weg. Dem widerspricht Coldewey. Dem Staffelpreis könnten zwei Funktionen übertragen werden, die seine Realisierung zwingend erforderlich machten. Einmal müsse er eine vernünftige Honorierung der Grundmengen leisten, zum anderen müsse die Abstaffelung so angesetzt werden, daß Überkapazitäten verhindert würden. Gerade letzteres sei allein mit Bestandsobergrenzen und Flächenbindung nicht zu leisten, während der Staffelpreis immerhin einen Ansatz zur Lösung der Überschußprobleme biete. Insofern sei und bleibe der Staffelpreis die zentrale, mittelfristige Antwort auf den Verdrängungswettbewerb bei andauerndem Strukturwandel. Die Bedenken von Wolf, die Staffelpreise seien politisch zu kompliziert, das Aushandeln der Preise durch "landwirtschaftliche Tarifverhandlungen" in abgegrenzten Regionen sei schwer vorstellbar, zumal dieser an sich richtige Grundgedanke gerade in Brüssel nicht durchsetzbar sei, werden nicht aufgegriffen.

Ob Befürwortung oder Ablehnung der Staffelpreise, der Markt als Ordnungsmodell wird in seiner zentralen Bedeutung für die Regelung von Preisen und Mengen beibehalten. Tritt im Konzept der Staffelpreise neben den unter Konkurrenzbedingungen erzielten Erlös auf dem Markt ein gestaffelter und garantierter Preisaufschlag, der tariflich ausgehandelt werden muß, so setzt die SPD neben marktgerechteren Preisen auf zusätzliche Einkommensübertragungen an die Bauern, um ein gerechteres Einkommen zu sichern. Insofern bleibt der ordnungspolitische Rahmen diffus.

3.14 Marktwirtschaft – oder was sonst?

Wenn denn schon alle Modellvorstellungen von einem irgendwie geordneten Markt ausgehen, dann muß die Diskussion immer wieder auf frei gebildete Preise zurückkommen trotz der sichtlichen Unfruchtbarkeit einer solchen Diskussion.

Überraschenderweise wagen sich die Vertreter der SPD so weit vor, daß sie in Frage stellen, wie weit überhaupt Marktmodelle nützlich sein könnten. Sie überrunden mit diesem Zweifel sogar die Vertreter der "eigentlichen" Agraropposition auf dieser Tagung.

In einer heftigen Debatte zwischen Funke und Bruns ließ sich verfolgen, wie absolet das theoretische Ordnungsmodell des Marktes eingeschätzt wird, obwohl sich die Programme darauf beziehen.

Funke eröffnet die Debatte mit einer grundsätzlichen Kritik an den gängigen Vorstellungen der Marktwirtschaft, nach denen unser Wirtschaftssystem angeblich funktionieren soll: "Wo haben wir bei uns denn noch Marktwirtschaft, d.h. wo sich der Preis auf einem Markt bildet, der im Idealfall bei einer übergroßen Anzahl von Anbietern und einer nicht definierten Zahl von Nachfragern besteht? Vielleicht noch im Handwerk. Haben wir in der Autoindustrie Marktwirtschaft? Ich lache mich tot. Haben wir im Stahlbereich Marktwirtschaft? Nein, dort verteilen wir Quoten; im Bergbau genauso. Im ganzen Energiebereich, im Einzelhandel Marktwirtschaft? Ich lache mich tot, wenn ich weiß, daß vier Einkäufer in Wirklichkeit darüber entscheiden, wie die Preise im gesamten Lebensmittelbereich aussehen sollen. Das sind Ammenmärchen! ... Ich kann nur jeden bitten, in ein Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre primitivster Aufmachung zu gucken, was Markt und Marktwirtschaft heißt, und er wird mir recht geben."

Auf den Einwand von Meyer, daß man statt Markt besser Kapitalismus sagen solle, reagiert Funke zustimmend im Rückgriff auf K. Marx, dessen Einsicht, daß der Kapitalismus den Markt auf Dauer aufhebe, noch immer richtig sei. Wer im agrarindustriellen Sektor heute Kapitalverwertung zum Zwecke der Gewinnmaximierung betreibe, sei jeder genuin bäuerlichen Produktion überlegen, wenn man – wie üblich – die gesellschaftlichen Folgekosten außer acht lasse. Seit es seßhafte Landwirtschaft gebe, hätte sie gegenüber dem Markt geschützt werden müssen mit je unterschiedlichen Maßnahmen. Daher kommt Funke zu dem Fazit: Landwirtschaft und Markt schließen sich aus! Aus seiner Sicht muß der politische Zugriff ein anderer sein. Es gilt zu klären, welche Art und Weise des Produzierens in der Landwirtschaft am ehesten geeignet sei, bestimmte gesellschaftliche Kriterien zu erfüllen. Diese seien Umweltfreundlichkeit, Verbraucherfreundlichkeit und gerechtere Verteilung von Vermögen, in diesem Falle von Grund und Boden. Aus diesen Zielvorgaben leite sich das erforderliche politische Instrumentarium her. So sollte durch die Gesetzgebung und durch die Verwaltung sichergestellt werden, daß sich bäuerliche Landwirtschaft entwickeln kann, und zwar unter Ausschluß des Marktes. So wenig wie der Arbeitsmarkt allein über bürgerliches Recht zu regeln sei, sondern Arbeiterschutzgesetze erkämpft werden müssten, muß auch die bäuerliche Landwirtschaft als besondere Produktionsform über staatliche Initiativen abgesichert werden.

Dieses Votum veranlaßt Bruns zu der Gegenthese, daß das Marktverhältnis bei aller Manipulation und Deformierung des ursprünglichen Konzepts gleichwohl bestehe. Konkurrenz im real ablaufenden Marktgeschehen leugnen zu wollen, sei abenteuerlich. Von daher kann Bruns die Position von Funke nicht mehr teilen, bäuerliche Landwirtschaft sei nur unter weitestgehender Ausschaltung des Marktes zu erreichen. Dem stehe auch das eigene Programm entgegen. Der Bitte, auf den Begriff zu bringen, welches Ordnungsmodell ihm vorschwebe, mag Funke nicht nachkommen. Er könne mit theoretischen Begriffen wie Markt nichts anfangen. Wirtschaft sei für ihn nicht Selbstzweck, sondern habe eine dienende Funktion. Es widerspreche seinem Menschenbild, den Markt als unabhängige Größe zu betrachten. Auf dieser allgemeinen Ebene gibt es keinen Dissens zwischen beiden SPD-Politikern.

Ob mehr staatliche Steuerung oder mehr Markt, ob die Leitlinien der SPD, sofern sie eine realistische Verwirklichungschance haben sollen, ein neues Nachdenken über landwirtschaftliche Ordnungspolitik erforderlich machen, bleibt Überlegung gleichsam in der Schwebе.

4. Die politischen Konzepte von AbL, Bauernverband und SPD

4.1 Vorbemerkung

Dem Betrachter der Tagung zeichnen sich drei Konzepte ab zur Sicherung der landwirtschaftlichen Zukunft. Allerdings gibt es in keiner der drei Gruppierungen eine einheitliche Sprachregelung, sondern zum Teil gravierende Abweichungen oder Vorstellungen, die man als Mischkonzepte bezeichnen könnte. Als die Antipoden erscheinen AbL und Bauernverband, die SPD hingegen ringt um einen eigenen Weg. Hier sei folgendes vermutet: Sie mag dem Bauernverband nicht folgen, weil sie die bedenklichen sozialen Blindflecke in dessen Konzepten sieht. Sie will sich nicht auf die AbL einlassen, weil zur Verwirklichung von deren Konzept die politischen Spielräume fehlen. Diese schwierige Mittelposition wird erkauft durch merkbare Widersprüchlichkeiten.

4.2 Der Bereich der Gemeinsamkeiten

Bevor die jeweils charakteristischen Schwerpunkte der einzelnen Vorstellungen herausgearbeitet werden, soll der einzige und unstrittige Bereich betrachtet werden: Allen drei Gruppierungen ist das Agro-Business ein Greuel. Den

Hormonalchimisten, Düngekombinaten, Hühner-KZ, Saatgutmonopolisten wird einhellig bescheinigt, volkswirtschaftlich, ökologisch und politisch schädlich zu sein. Vielleicht liegt hier sogar der stärkste Einwand gegen die EG-Politik: Öffnet sie doch dieser Art von Agro-Business Tür und Tor. Die ABL geht hier an einem wichtigen Punkt weiter: Sie lehnt jede Art von industrialisierter Landwirtschaft ab. Die Grenze ist freilich nicht leicht zu ziehen. Sie hängt offensichtlich von der Arbeitsteilung und Spezialisierung ab: Ein Hof, der nur noch Pfanni-Einheitskartoffeln erzeugt, fällt nach diesen strengen Kriterien darunter (andere Auffassung vgl. 3.4): Er ist restlos von Außenleistungen abhängig und kann nicht mehr die eigenen Produktionsbedingungen gestalten (Saatgut, Anbauweise, Lieferweise sind vorgeschrieben). Ähnlich ist "Fleischproduktion" zu beurteilen, deren Fortbestand von den Erzeugnissen der Pharma-Industrie abhängt. Immerhin: Diese Abgrenzungsversuche der ABL weisen sicherlich in eine wichtige Richtung, müßten aber noch schärfert gefaßt werden, damit sie nicht in Technikfeindlichkeit ausarten.

Gegen das Agro-Business ist guter Rat im Wortsinne teuer. Ihm soll durch eine Auflagen- und Steuerpolitik das Leben schwer gemacht werden. Hierbei gibt es zwei Hebel: Derartigen Betrieben sollen die Umweltschäden berechnet werden, die sie verursachen. Außerdem sollen die politisch unerwünschten Futtermittelpimporte aus Übersee unterbunden werden, auf die solche Betriebe angewiesen sind. Nicht diskutiert wird auf der Tagung die Seite der Gentechnologie: Sie dürfte am schwersten politisch beherrschbar sein.

Alle drei Gruppen sind für eine Politik der Extensivierung, insbesondere für Grünlandprogramme. Es geht auch hier darum, die Abhängigkeit von der Chemie-Industrie und den Futtermittelpolen zurückzudrängen. Für die Extensivierung spricht auch der Produktionsüberschuß in der EG. Schließlich werden obendrein Gründe des Natur- und Landschaftsschutzes angeführt. Allerdings tauchen auch gravierende Unterschiede im einzelnen auf: Sollen Extensivierungsprogramme nur für bestimmte Flächen oder allgemein ausgearbeitet werden? Hinter dieser Frage steckt, daß für Bergregionen zum Beispiel die Förderung von Extensivierung wirtschaftlich interessant ist, weil die Produktivität ohnehin niedrig liegt. In auf Zuckerrübenanbau spezialisierten Böden andererseits könnte ein solches Programm nicht als Hilfe, sondern als unnötiger Zwang erscheinen.

Die nähere Betrachtung des Zuckerrübenanbaus kann im übrigen als Warnung vor allzu globalen Ordnungsvorstellungen dienen. Dieser gesamte Bereich wird nicht subventioniert, vielmehr gibt es auch hier eine Quotenregelung der EG

bei eingefrorenen Preisen. Es wird unterschieden nach A-Rüben und B-Rüben: Erstere sind mit 8 % Abgaben belastet, letztere mit 45 %. Diese Abgaben werden wiederum in der Zuckerindustrie umverteilt. EG-weit habe, so die deutschen Bauern, die BRD überdurchschnittlich viele B-Rüben, so daß deutsche Zuckerrübenbauern stärker zur Kasse gebeten würden. Es leuchtet ein, daß vor diesem spezifischen Hintergrund die Extensivierungsdebatte wenig interessiert. Das Beispiel ist insofern repräsentativ, als es die Interessendifferenzen in der Bauernschaft selber aufzeigt. Solche Gegensätze hängen nicht nur von der Betriebsgröße ab.

Unter diesen Bedingungen muß ein Extensivierungsprogramm als Angebot konzipiert werden. Das hat eine schwerwiegende Folge angesichts der heutigen Anbaumethoden: Die Extensivierung findet nicht statt auf denjenigen Böden, die den massiven und zugleich gewinnbringenden Einsatz der modernen Techniken und Verfahren erlauben. Damit schreitet mittelfristig die ökologische Überlastung dieser Gebiete fort. Insofern ist die Extensivierung keine Patentlösung, die Sozialstaatlichkeit, Ökonomie und Ökologie miteinander versöhnt.

Einen vorangeschrittenen Diskussionsstand gibt es wohl in der Energiefrage. So war in Niedersachsen schon Ende der siebziger Jahre zu beobachten, daß mittlere Betriebe (30 bis 50 ha) sich hinsichtlich der Gewinne je Familienarbeitskraft in etwa auf ihrem Stand hielten, während große (über 50 ha) Einbußen bis zu 20 % hinnehmen mußten (allerdings lagen sie nach wie vor an der Spitze hinsichtlich der absoluten Höhe der Gewinne). Zu diesem Ergebnis hat nicht zuletzt die Erhöhung der Energiepreise beigetragen. In dieser Betrachtung wird also unterstellt, daß der Energieaufwand mit der Betriebsgröße unter den heutigen Bedingungen steigt. Für die Landwirtschaft in Niedersachsen gilt obendrein, daß sie die Energiebilanz des Landes stark belastet. Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklung der Gewinne sind Energieeinsparungen nicht umstritten. Hier zeichnet sich ab, daß ein Fehlweg der Entwicklung korrigiert wird.

Es fällt auf, daß die Gemeinsamkeiten bei sonst unterschiedlichen Auffassungen samt und sonders aus der Umweltdiskussion stammen. Deswegen scheinen auch die politischen Aussichten nicht schlecht, sie tatsächlich durchzusetzen. Es handelt sich dabei nicht um spezifische Interessen der Landwirtschaft.

4.3 "Markt" als zentrales Konzept

Eine Quelle wichtiger Unterschiede ist hingegen die Haltung zum Markt. K.-H. Funke (SPD) stellt auf der Tagung zu recht die Frage, welche Realität, oder besser, welche Realitäten sich hinter diesem Begriff verbergen. Daher scheint es auch wenig sinnvoll, eine Diskussion darüber zu führen, inwieweit die jeweiligen Vorstellungen in die Marktwirtschaft passen könnten. Immerhin fällt dennoch auf, daß die Vorstellungen zum Markt der zentrale Ansatzpunkt sind, die drei Konzepte gegeneinander abzusetzen. Das ist kein sonderlich überzeugender Befund: Wenn Funke recht hat und der Begriff des Marktes nicht mehr taugt, die Realität zu begreifen, dann bedeutet die Schlüsselposition, die dieses Konzept trotzdem innehaltet, daß alle Konzepte zu einem großen Teil auf Fiktionen aufgebaut sind, die sich schnell von der Realität entfernen können.

Der Bauernverband ist erkennbar beherrscht von Marktvorstellungen, wie sie heutzutage bei den Neokonservativen gepflogen werden. Sicherung der Zukunft heißt daher auch Eröffnung neuer Märkte. Neben einer verstärkten Propagierung von Qualität bei Nahrungsmitteln heißt das vor allem Konzentration auf nachwachsende Rohstoffe: "Das Licht am Ende eines langen Tunnels" laut Ministerpräsident Albrecht. Natürlich ist die Propagierung dieser neuen Produktion im Rahmen des Bauernverbandes die fortschrittliche Version. Immerhin ist damit eine Perspektive eröffnet, die zu den übrigen Entwicklungstrends paßt. Allerdings möchte der Bauernverband auch die Absicherung vor den Folgen des von ihm vertretenen Marktprinzips: Daher will er eine Strukturpolitik, bei der Familienbetriebe erhalten bleiben, zugleich aber ein Mindesteinkommen für die auf dem Hofe Arbeitenden garantiert wird. Auch das ist eine modernistisch-fortschrittliche Version: Das Mindesteinkommen sichert die betriebswirtschaftlich hinnehmbare untere Einheit ab. Es wird nicht offen gesagt, aber jeder weiß es wohl: Ein "Bauernsterben" wird vorausgesetzt, selbstverständlich "sozial abgefedert" über vorgezogenen Ruhestand und ähnlich wirkende Maßnahmen. Doch nach dieser Konzentrationsrunde soll der Prozeß politisch eingefroren werden. Am Ende steht eine modernisierte Landwirtschaft auf der Grundlage von Familienbetrieben. Die Anzahl derjenigen, die ausscheiden müssen, ist sozusagen politische Verhandlungsmasse.

Die SPD möchte hingegen die bedrohten Kleinen retten. K.-P. Bruns (SPD) will sogar nicht ausschließen, daß der Nebenerwerbsbetrieb eine besonders vielversprechende zukünftige Form sein könnte. Leitend für die Programmvorstellung

der SPD ist ein Markt, der von einer Fülle von kleinen Anbietern gestaltet wird, also bei vollkommener Konkurrenz, wie es so schön in Lehrbüchern heißt. Daher ist eine Konzentrationskontrolle vorrangig. Flächenbegrenzung, Bestandsobergrenzen, Extensivierung (Grünlandprogramme) sind die zentralen Instrumente. Es kann sogar offenbleiben, ob hiermit eine Verteuerung der Nahrungsmittelproduktion verbunden wäre. Da die Preise durch die EG sowieso künstlich hochgehalten werden, kann eine mögliche, aber nicht stattfindende Verbilligung der Produktion sowieso kein wichtiges Argument sein. Es ist eine folgerichtige Überlegung im Rahmen der SPD-Perspektive, daß der Staat immer dann steuernd eingreifen sollte, wenn sich Konzentrationsprozesse abzeichnen. Für die Zuliefererindustrie der Landwirtschaft und die Forschung bedeutet diese Perspektive eine Umstellung: Beide müßten sich stärker auf die Bedürfnisse des diversifizierten Mittelbetriebes ausrichten statt auf den vereinseitigen Großbetrieb. Auf EG-Ebene sind erhebliche Konflikte mit Dänemark, Holland, Großbritanien und Frankreich zu erwarten; weniger mit den anderen Staaten.

Die AbL hat dem Marktgedanken im Sinne von Adam Smith den Laufpaß gegeben. Für die konservativen Ideologien mag es allerdings verwirrend sein, daß die Alternative zum Markt nicht zentralverwaltete Wirtschaft heißt. Am ehesten könnte man von dezentraler politischer Steuerung sprechen. Das wichtigste politische Steuerungsinstrument sind die sogenannten Staffelpreise (vgl. 3.13).

Es ist wichtig, sich das sozialpolitische Ziel bei den Staffelpreisen vor Augen zu halten. Gesellschaftlich angemessene Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeit bei zusätzlichem Ausgleich von überkommenen Standortnachteilen. Diese Zielsetzung entspricht besonders sozialstaatlichen Erfordernissen. Zugleich soll das Instrument herkömmliche Marktdynamik ermöglichen. Vorrangig ist nicht, die landwirtschaftliche Produktion im ökonomischen Sinne zu effektivieren, sondern die bäuerliche Lebensweise zu erhalten. Es geht also um eine Stabilisierung des sozialen Wandels auf dem Lande: Bäuerliches Leben soll jungen Leuten als Alternative offen gehalten werden. Das setzt eine Bewahrung des Klein- und Mittelbetriebes voraus. Die AbL verteidigt eine Kultur und eine Lebensweise; sie argumentiert also nicht auf der Grundlage ökonomischer Rationalität, sondern kultureller Normen.

Auf der Tagung wurde von allen Seiten beklagt, daß es nicht gelinge, die jungen Leute auf dem Land zu halten oder aufs Land zu bringen. Daß sich hier eine düstere Zukunft abzeichnet, wird im Augenblick noch nicht recht bemerkt.

Zunächst ist es ja erwünscht, wenn Bauern, die in Rente gehen, keine Nachfolger mehr finden. Die Höfe werden einfach zusammengelegt (auch ein Aspekt des "Megatrends"). Vor diesem Hintergrund sind die Vorstellungen der AbL zu bewerten. Sie will jungen Leuten einen Lebensstil und eine Arbeitsweise erhalten, die als Alternative zur sich abzeichnenden "neuen schönen Arbeitswelt" die Lebensmöglichkeiten in einer Gesellschaft erweitert. Daher fordert die AbL auch eine Forschungs- und Hochschulpolitik, die die bisherige Einseitigkeit der Wissenschaft aufbricht. Auch hier lautet das Problem, wie moderne Techniken und heutiges Wissen dem kleinen Betrieb nutzbar gemacht werden können. Es wäre also falsch, eine rückwärts gewandte Vision oder Agrarromantik zu unterstellen. Dieses Konzept besticht unter den dreien durch seine Stimmigkeit und Geschlossenheit. Es macht ein wenig mutlos, wenn man an die Schwierigkeiten der politischen Umsetzung denkt. Nach Auffassung der GHI tut die AbL sich selber einen Gefallen, wenn sie handhabbarere Teilkonzepte entwickelt. Allerdings zeigt Götz Schmidt mit der Geschichte vom Milchpfennig (vgl. 5), daß selbst minimale Schritte in dieser Richtung zur Zeit noch das administrative und politische System überfordern.

4.4 Die Leistungsfähigkeit der Konzepte

Bei der Zusammensicht der drei Konzepte verblüfft die schiefe Schlachtordnung. Auf der politisch eher linken Seite dominieren Vorstellungen, wie sie einst Erhard propagierte, freilich nicht praktizierte: Die ordoliberalistische Vorstellung, daß sich die Marktwirtschaft politisch zähmen lasse auf dem Wege einer Konzentrationskontrolle. Die AbL will eine ständische Demokratie, wie wir sie von Otto v. Gierke und Lorenz von Stein kennen. Diese Auffassung hat unter den deutschen Agrarpolitikern eine besondere Tradition, über die verschiedenen deutschen Regime hinweg. Die neokonservative Position ist in dieser Sicht die modernste. Sie ordnet sich ein in die sogenannte Schumpeter-Perspektive: Der gesellschaftliche Fortschritt ergibt sich durch die unternehmerischen Persönlichkeiten, die neue Märkte auftun und damit den Weg freimachen für eine allgemeine gesellschaftliche Weiterentwicklung. Daher ist die Förderung des Unternehmertums identisch mit der gesellschaftlichen Wohlfahrt. Allerdings läßt sich nicht die Komponente sozialstaatlicher Absicherung übersehen.

Dieser Umstand zeigt allerdings genau, daß die neokonservative Position nur scheinbar die stimmigste und "realistischste" ist: Gleiche Erzeugerpreise bei gleichen Subventionen gelten als besonders marktkonform; so ja auch die EG-

Tabellarische Übersicht zu den drei Konzepten

	Bauernverband	Sozialdemokraten	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Verhältnis zum Markt	keine Änderung; Absicherung vor Marktfolgen; Mindesteinkommen	Dualisierung, freier Markt und Bekämpfung der Konzentration; Auflagen- und Steuerpolitik	korporatistische Einbindung der Landwirtschaft; dezentrale und politisch gesteuerte Märkte
Betriebsform	Familienbetrieb bei Festlegung einer Untergrenze	alle Formen, besondere Förderung bei Kleinbetrieben	Erhalt der bäuerlichen Wirtschaftsweise; Familienbetrieb
Zukunfts-vision	Eröffnung neuer Märkte, z.B. nachwachsende Rohstoffe	Stabilisierung/Restauration der marktwirtschaftlichen Ordnung, Entwicklungsverzicht	Stabilisierung des sozialen Wandels; Revitalisierung der bäuerlichen Lebensweise als kulturelle Alternative

"Philosophie". Solche Preise und Subventionen nützen aber vor allem den großen Betriebe auf guten Standorten und damit bereits vorhandenen Produktionsvorteilen. Sie bedeuten, daß die schlechter gestellten Betriebe ständig in der Rentabilität zurückbleiben, wobei die an die Erzeugermenge gebundenen Subventionen diesen Prozeß sogar noch verstärken. Die vom Bauernverband vorgesehene Untergrenze, derzu folge ein Betrieb als lebensfähig gilt oder nicht, führt daher dazu, daß die Anzahl der Betriebe, die unter diese Grenze erneut zu sinken drohen, ständig zunimmt, so daß ein zusätzlicher Subventionsbedarf laufend entsteht, falls diese Betriebe dennoch erhalten werden sollen. Oder aber, die Grenze wird ständig nach oben korrigiert, so daß sich das Betriebssterben fortsetzt. Angesichts der Brüsseler Vorgaben ist die zweite Variante die wahrscheinlichere. Nun soll die Eröffnung neuer Märkte neue Einkommensmöglichkeiten eröffnen. Allerdings ist gerade auf dem Gebiet der nachwachsenden Rohstoffe absehbar, daß sie den quasiindustrialisierten Betrieb voraussetzen, sobald diese Biotechniken im größeren Maßstab eingesetzt werden sollen. Insofern scheint auch in dieser Sicht das Beharren auf dem Familienbetrieb als ein fremdes Element im Rahmen des gesamten Konzepts.

Für die SPD ist die argumentative Lage aber auch schwer: Wie will sie die von den Konservativen offiziell beschworene Marktwirtschaft angreifen im Namen der Marktwirtschaft. Das überfordert vermutlich das Leistungsvermögen unserer

Politiker und Journalisten. Wie recht hat daher K.-H. Funke (SPD) mit der Überlegung, daß der Begriff Markt aufgegeben werden sollte, da er infolge der ideologischen Besetzung nur Verwirrung stifte. Allerdings hat die GHI den Eindruck, daß dieser Reflexionsstand der Partei weit vorausseilt.

4.5 Aspekte einer zukünftigen Politik

Politiker und wohl auch die interessierte Öffentlichkeit überschätzen vermutlich bei weitem den Stellenwert von politischer Programmatik. Die Überlegungen von G. Schmidt (vgl. unten) machen deutlich, daß das politische und administrative System durch ein zusammenhängendes politisches Programm völlig überfordert wäre bei der Umsetzung. Programmdebatten haben nur einen ganz geringen Stellenwert für die tatsächliche Politik. Tatsächlich werden im Politikverlauf Einzelgedanken aus einer Programmatik herausgebrochen und über viele Verschiebungen und Veränderungen hinweg in politische Akte umgesetzt. Es gehört kein großes politisches Verständnis dazu, die Voraussage zu wagen, daß etlichen Punkten aus allen drei Lagern eine Zukunft beschieden ist:

1. Förderung nachwachsender Rohstoffe;
2. Extensivierung und Förderung des Grünlandes;
3. Nachwuchsförderungsprogramm mit einer Komponente zur Stützung der Mittelbetriebe.

Wenn die Sozialdemokraten mit dem konkreten und harten Teil ihrer Programmatik zum Zuge kommen (Flächenbegrenzung und Bestandsobergrenzen), werden sie über eine ergänzende Politik der Einkommenssicherung zugleich nachdenken müssen, wohl auch über ein Entschuldungsprogramm. Für die Vorstellungen der ABL gibt es möglicherweise nur im Bereich der Milchwirtschaft eine Chance: Der Konzentrationsprozeß bei den Molkereien muß aufgehalten werden. Immerhin hat die Arbeitsgemeinschaft einen Trumpf bei ihrer Konzeption: Sie beinhaltet eine positive Arbeitsmarktkomponente, die freilich viel deutlicher werden müßte und durch andere politische Instrumente zu stützen ist (ABM, Lehrstellenzulage, Förderung von Erzeugergemeinschaften); dasselbe gilt selbstverständlich auch für die SPD.

Mit den letzten Überlegungen haben wir wahrscheinlich schon den Horizont des politisch Erwartbaren überschritten. Die Aussichten sind nicht gut, ein halbwegs stimmiges Konzept in die Wirklichkeit umzusetzen. Das können auch die hessischen Erfahrungen belegen (vgl. 5). Es werden immer nur Teile verwirklicht; mit diesem Stückwerk läßt es sich nicht ausschließen, daß die

ursprünglichen Absichten in ihr Gegenteil verkehrt werden (vgl. ebenda). So scheint es, daß gegen den "Megatrend" (vgl. 3.2) eben doch kein Kraut gewachsen ist. Die Konservativen haben es dabei gut: Das ist ihnen keine besondere Sorge; allerdings beunruhigt sie schon die Aussicht einer weitgehenden Verödung der ländlichen Regionen und einer schleichenden Vergiftung der Nahrungskette. Die Opponenten gegen den Brüsseler Kurs sollten hingegen eine politische Chance nutzen und die Bauern über die zu erwartenden Folgen aufklären. Man muß dem Kapitalismus seine eigene Melodie vorspielen, sagte schon der alte Marx. Aber es muß bedrücken, daß wir derart mit politischen Altlasten befrachtet sind, daß die entscheidenden politischen Spielräume fehlen. Daher ist der SPD unbedingt zu wünschen, daß sich zwei zentrale Einsichten durchsetzen, die K.-H. Funke auf der Tagung ausgesprochen hat: Der Markt darf nicht länger ein Tabu sein, das besseres Denken hindert. Ein Konflikt mit der EG ist unvermeidlich und entschlossen durchzustehen. Die Bevölkerung ist in ihrer demokratischen Mehrheit an einer weiteren Stelle gefordert: Sie muß die Notwendigkeit eines Kampfes gegen das Agro-Business einsehen und bereit sein, die eventuellen Folgen zu tragen. Hier sind Kirchen, Verbraucherzentralen und besonders die Gewerkschaften zu einer nachhaltigen Aufklärungsarbeit aufgerufen. Ohne diese infrastrukturelle Vorleistung für die Politik wird den Landespolitikern der Mut fehlen, den Stier bei den Hörnern zu packen. Selbst wenn es eine entsprechend aufgeklärte Öffentlichkeit gäbe, bleibt ein beunruhigendes Problem: es läßt sich nicht einmal annäherungsweise abschätzen, in welchem Ausmaß das "Agro-Business" den Nahrungsmittelmarkt bereits kontrolliert. Wenn die Macht dieser Konzerne stark genug ist, dann können sie alle Kosten der umweltbedingten Auflagen über die Preise abwälzen. Sie können also eine gezielte Politik der Erhöhung von Nahrungsmittelpreisen einleiten. Im Falle einer Politik im Landesrahmen scheint eine weitere Gefahr viel wahrscheinlicher: Die großen Abnehmer könnten - allerdings erst mittelfristig - einen Produzentenboykott machen und auf andere Produzenten ausweichen. Das würde jede Landesregierung auf die Knie bringen. Daß ein solches Vorgehen der Großabnehmer erst mittelfristig greifen kann, ist sogar ein zusätzlicher politischer Vorteil: Es genügt die Drohung, um entsprechende Unruhe in der Bauernschaft auszulösen. In diesem Zusammenhang ist es ein Manko, daß die angesprochenen Großfirmen sich außerstande sahen, an der Tagung teilzunehmen.

Manche mögen diese Überlegungen für spekulativ halten. Sie sollten aber vor dem Hintergrund der hessischen Erfahrungen gesehen werden. Götz Schmidt mußte in seinem Referat feststellen, daß die SPD den Konflikt mit den Großen ausgesprochen scheue (vgl. unten). Nun ist aber nach Bruns und Funke das Vorge-

hen gegen die Großbetriebe ein zentraler Punkt in den Ordnungsvorstellungen der SPD. Dabei ist diese Auseinandersetzung von der Sache her wichtig. Die Großabnehmer normieren die landwirtschaftliche Produktion nach ihren Vorstellungen, und diese haben wenig mit bäuerlicher Landwirtschaft zu tun. Bei Wasa in Celle lagern zum Beispiel Getreidelieferungen nicht länger als 24 Stunden. Unter Marketinggesichtspunkten hält die Firma diesen Umstand für eine Frischegarantie. In anderer Sicht wäre zu fragen: Auf wen hat der Konzern erfolgreich die Lagerkosten abgewälzt? Ein anderes Beispiel ist die Pfanni-Kartoffel. Der Vertragsbauer akzeptiert mit der Kultur dieser Frucht auch besondere Bedingungen. Das ist auch verständlich, denn angesichts der Verarbeitungsverfahren ist das Werk auf eine berechenbare Qualität angewiesen. In beiden Fällen wird klar: Eine schleichende Industrialisierung der Landwirtschaft unter Erhalt von Klein- und Mittelbetrieben ist eine überaus vorstellbare Variante. Die GHI vermutet, daß dieser Bereich dringend einer Ordnung bedarf. Jedenfalls kann man sich gut vorstellen, daß hier eine Zukunft der niedersächsischen Betriebe liegt: Sie produzieren für einen Markt, der vom Großabnehmer gestaltet wird. Zugleich treten alle Folgeerscheinungen der Peripherielage Niedersachsens auf. Wenn es dem Abnehmer paßt, stellt er die Abnahme ein. Auch in dieser Hinsicht erweist sich die Orientierung am "großen Markt" als verhängnisvoll. So gibt es wohl keine Alternative zur entschlossenen Regionalisierung.

5. Politik – Landespolitik – Landwirtschaftspolitik

5.1 Vorbemerkung

Die bisherigen Ausführungen zu der politischen Programmatik (vgl. 4.5) können hinsichtlich einer Landwirtschaftspolitik auf Landesebene eher mutlos stimmen: Politik als Ergänzungsfunktion zu dem, was sich ohnehin durchsetzt. Das Gesetz des Handelns liegt bei den Agrarfabriken, die, mit Rückendeckung aus Brüssel, die Abläufe bestimmen. Landwirtschaftspolitik hat nur noch die Aufgabe eines Reparaturbetriebes und keine Gestaltungsmöglichkeit. Diese resignative Betrachtung kommt einer Verabschiedung aus der aktiven Landespolitik gleich. Damit wird man sich nicht zufrieden geben dürfen; erst recht nicht eine Bürgerrechtsorganisation wie die GHI. Wie stark auch immer die Politik in die Rolle des Erfüllungsgehilfen getrieben werden mag – es bleibt ihre Aufgabe, die Sorgen und Interessen der Bevölkerungsmehrheit aufzugreifen und nicht nur legitimatorische Zukunftsvisionen zu produzieren.

Landwirtschaft in Niedersachsen kann durchaus aus dem Windschatten des Agro-Business heraustreten, wenn die Stärken genutzt werden, die sich aus den Schwächen der Peripherielage des Landes ergeben. Der Modernisierungsrückstand der niedersächsischen Landwirtschaft im allgemeinen, gemessen etwa an der Normandie oder dem niederländischen Limburger Raum, ist aus dieser Perspektive kein Manko, sondern ein positiver Ansatzpunkt im Widerstand gegen eine dem Strukturwandel sich willenlos fügende Agrarpolitik. In den Teilen des Landes, in denen die Industrialisierung der Landwirtschaft noch nicht vorherrschend ist, könnte Landwirtschaftspolitik den allgemeinen Modernisierungstrend mit Hilfe einer durchgreifenden Auflagenpolitik behindern. Demgegenüber wäre es verfehlt, in der Region Südoldenburg ebenso zu verfahren und deren hochindustrialisierte Landwirtschaft in eine bäuerliche Struktur zurückverwandeln zu wollen (vgl. dazu 2.1). Gerade mit Blick auf die regionalen Unterschiede in Niedersachsen müßte deshalb eine Landwirtschaftspolitik konzipiert werden, die sich in den Rahmen einer regionalen Strukturpolitik integrieren läßt. Eine entschlossene Regionalisierung der Landespolitik in diesem Sinne bedeutet, daß das Land die regionalen ökonomischen Kreisläufe so weit wie möglich fördert, indem es, je nach den Belangen und Potenzen der Region, mit seinen Instrumenten die Voraussetzungen schafft für Problemlösungen, die, standortgebunden, sehr verschieden ausfallen müssen.

Gegenüber dem, was Politik ausmacht, ist die Programmatik nur ein kleiner Ausschnitt. Sie bietet die Chance der Reflexion und der demokratischen Partizipation. Wo sonst außer in Programmdebatten werden in einer Verbindung aus Problemanalyse und Zielperspektiven politische Forderungen einer umfassenderen Klärung unterzogen? Dieser Vorgang der Selbstvergewisserung hinsichtlich des eigenen politischen Standortes darf in einer Demokratie nicht fehlen. Gleichwohl wird man um die nüchterne Feststellung nicht herumkommen, daß von den Programmfpunkten herzlich wenig übrig bleibt, wenn das politische Alltagsgeschäft beginnt. Das liegt nicht am abgefeimten Verhalten von Politikern, sondern folgt aus der Logik der bei uns vorherrschenden politisch-institutionellen Gegebenheiten: Zwischen der Programmerstellung und der erhofften Anwendung liegt ein erheblicher zeitlicher Abstand, so daß die Bedeutung einzelner Programmfpunkte in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen zunehmend verblassen kann. Erleichtert wird diese Verflüchtigung von Inhalten durch die personelle Trennung von Programmatikern und den in den politischen Alltag eingebundenen Akteuren. Mit der Einspeisung des Programms in das politische System verschiebt sich nicht nur die inhaltliche Gewichtung, sondern die spezifische Funktion von Programmen wird deutlich: Sie dienen der

Absicherung von Loyalitäten innerhalb und außerhalb der Parteien. Charakteristisch für die Wirkung von Programmen ist daher ihre Doppelbödigkeit. Der inhaltliche Gehalt ist für die politische Praxis sekundär bis überflüssig, aber dringend notwendig als demokratisch legitimierter Kitt.

Schließlich schlägt die Stunde der Verwaltung, die der Programmatik ihren Stempel aufdrückt. Wie das im einzelnen aussehen kann, hat Götz Schmidt nachdrücklich geschildert (vgl. weiter unten).

Trotzdem hat die politische Programmatik, weil sie neues verspricht, meistens eine größere Anziehungskraft auf eine interessierte Öffentlichkeit als ihre Umsetzung in politische Einzelschritte. Dieser Umsetzungsvorgang bleibt ob seiner "langweiligen" Alltäglichkeit für gewöhnlich auch von der Politikanalyse ausgespart. Nur gravierende Fehler des politischen und administrativen Apparats ziehen zeitweilig in der Verpackung von Sensationen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Ansonsten hat eine breite Öffentlichkeit bis hin zum Stammtisch ein gespaltenes Verhältnis zu der Bürokratie. Einerseits reichen die Unterstellungen von sachlicher Inkompetenz bis zur Korrumperbarkeit der Amtsinhaber; andererseits ist das Vertrauen in die Verwaltung ungebrochen. Entgegen dieser verbreiteten Voreinstellung soll im folgenden der Frage nachgegangen werden, welchen komplexen Bedingungen politisches Handeln unterliegt. Diese Bedingungen gelten auch dann, wenn Landespolitik mehr sein will als demonstrativer Nachvollzug ohne eigenen Gestaltungswillen. Selbst von Politikern wird die negative Wahrnehmung von Verwaltungen geteilt. In ihre Erfahrung gehen die Bremsspuren ein, die durch Verwaltungshandeln verursacht wurden. Die eigene Ohnmacht gegenüber nicht durchschaubaren Abläufen, die die besten politischen Absichten durchkreuzen, verstärkt die Wahrnehmung von der "Verbürokratisierung" der Politik.

Aus unserer Sicht greift die massive Kritik an der Verwaltung zu kurz. Es ist gar nicht zu leugnen, daß die negativen Folgen der Politikverflechtung (vgl. 5.4.5) allenthalben sichtbar werden. Dennoch wäre es falsch, in den Ruf nach einer Entbürokratisierung einzustimmen, einer Lösung, die häufig vorgetragen wird. Damit wird die positive Bedeutung der Verwaltung als dauerhafte Institution, die mehr bewirken kann als wechselnde Regierungsmehrheiten, verkannt. Anzustreben ist freilich eine Reform der Verwaltung, die mit der Regionalisierung der Landespolitik einhergehen müßte. So bietet der Gegenentwurf einer "politischen" Verwaltung möglicherweise einen Ausweg aus den gegenwärtig festgefahrenen Entscheidungsabläufen. Neue Behörden sowie die Durchdringung bestehender Apparate mit innovativen Elementen könnten die Landespolitik so bereichern, daß sie den Aufgaben der Zukunftsgestaltung besser gewachsen ist.

Bevor diese Überlegungen weiter verfolgt werden, wird der Versuch einer neuen Agrarpolitik in Hessen dokumentiert (5.2 und 5.3). Daran anknüpfend wird dargelegt, was sich aus diesen Erfahrungen für eine Neuorientierung niedersächsischer Landespolitik ableiten läßt.

5.2 Hessische Erfahrungen

Auf welche Weise gegenwärtig eine Verwaltung auf politische Initiativen Einfluß nehmen kann, wurde in dem Beitrag von Götz Schmidt anschaulich wiedergegeben. Der Referent war als Mitglied des Fachgebietes "Alternative Landbaumethoden" der Gesamthochschule Kassel neben dem nordhessischen "Arbeitskreis junger Landwirte" (AKjL) von den Grünen angesprochen worden, die nach der Hessenwahl 1983 fälligen rot-grünen Agrarverhandlungen im Namen der Grünen zu bestreiten. Die AKjL ist Mitglied der bundesweiten "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" (AbL).

5.2.1 Zusammenfassung des Referats: Ausgangslage und Ergebnisse

Götz Schmidt betont eingangs, daß er aus rein subjektiver Sicht seine Erfahrungen aus den Agrarverhandlungen zwischen Vertretern der AbL und Grünen auf der einen Seite und der SPD auf der anderen darstellen werde. Zum Selbstverständnis der AbL bemerkt G. Schmidt, sie verstehe sich im Gegensatz zum Bauernverband/Landvolk als unabhängige Interessenvertretung der großen Masse von Bauern kleiner und mittlerer Betriebe. Ganz im Sinne einer Gewerkschaft wolle sie die Sozialinteressen der "Kleinen" in Opposition zur EG-Agrarpolitik zur Geltung bringen.

Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit für die SPD in der Hessenwahl 1983 wurden Tolerierungsverhandlungen zwischen SPD und den Grünen erforderlich, nachdem letztere eine Koalition mit der SPD ausgeschlossen hatten, wohl aber die künftige Landesregierung unter bestimmten Voraussetzungen dulden wollten. (Damit erklärt sich der interne Sprachgebrauch der Duldungsverhandlungen.) Koalitionsverhandlungen, auch Quasi-Koalitionsverhandlungen, werden üblicherweise zwischen Fraktionen bzw. einer Fraktion und Vertretern der Ministerialbürokratie geführt. Die wunderliche Konstellation – die AbL als unabhängige Interessenvertretung wird von seiten der Grünen aufgefordert, die Verhandlungsführung für die grüne Fraktion zu übernehmen – erklärt sich aus deren

fehlendem landwirtschaftlichen Konzept. Die Übernahme dieser Rolle, im Namen der Grünen mit der Ministerialbürokratie in Wiesbaden zu verhandeln, belastete die Vertreter der AbL aus Nordhessen auf zweierlei Weise: Zum einen mußten sie mit dem Mißverständnis rechnen, mit den Grünen in einen Topf geworfen zu werden, zum anderen traf sie gänzlich unvorbereitet der politische Ebenenwechsel. Nicht mehr Analyse und Kritik an der Landwirtschaftspolitik, sondern konkrete Vorschläge für durchführbare Veränderungen mußten ad hoc entwickelt werden. Die fehlende politische Erfahrung der AbL-Vertreter auf diesem Terrain sowie zwei objektive Barrieren haben die Verhandlungsführung von vornherein negativ beeinträchtigt:

1. Der finanzielle Spielraum im 728 Millionen DM Landshaushalt ist gering (u.a. 64 % Personalkosten). Außerdem liegen Gelder wegen sogenannter Verpflichtungsermächtigungen über Jahre im voraus fest. Gleichwohl bleibe – so G. Schmidt – ein landespolitischer Handlungsspielraum, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist. Der Schlüssel für agrarpolitische Entscheidungen liege nicht nur in Brüssel.
2. Die Ämter weigerten sich, Einblick in das erforderliche Zahlenmaterial zu geben. Strukturdaten bis hin auf die Ortsebene blieben unter Verschluß.

Vor diesem Hintergrund wurden die Forderungen der AbL/Grünen auf drei Schwerpunkte konzentriert:

1. Ein gerechterer Einsatz finanzieller Mittel sollte den Kleinen zugute kommen und nicht – wie bisher – den Großen und der Agrarindustrie. Entsprechend zentral war die geforderte Einführung eines Milchpfennigs. Den Bauern sollte, abgestaffelt nach Bestandsgrößen, ein Zuschlag auf den Liter Milch gezahlt werden. Außerdem sollten die weitere Förderung der Konzentration in der Verarbeitenden Industrie sowie das einzelbetriebliche Förderungsprogramm gestoppt werden. Nicht weiteres Wachstum, sondern Erhalt der noch bestehenden bäuerlichen Strukturen als Zielsetzung.
2. Auch das rechtliche Instrumentarium des Landes sollte dafür eingesetzt werden. Mit Hilfe des Pachtrechts sollte die Entwicklung auf dem Pachtmarkt durch die Festlegung von Höchstgrenzen (bei mehr als 80 ha keine Zupacht erlaubt) behindert werden. Zukünftige Maßnahmen der Flurbereinigung sollten von der Zustimmung der Mehrheit der betroffenen Bauern abhängig gemacht werden. Der Zweckentfremdung dieses Instruments sollte damit gegengesteuert werden.
3. Mit "Hilfe zur Selbsthilfe" verbanden sich mehrere Forderungen, deren politisch bedeutendste die Einrichtung von "Aktionsfonds" war. Zu deren Aufgaben sollten gehören: die Förderung von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaf-

ten, von selbständigen Erzeugergemeinschaften, von regionsspezifischer handwerklicher Produktion, angepaßter Landtechnik, dezentraler Energienutzung u.a.m. Mit Hilfe rückzahlbarer Kredite an den Fonds sollten bereits bestehende und neue Projekte gefördert werden. Der Prozeß der Einschränkung auf die Produktion sollte damit partiell rückgängig gemacht werden: Direktvermarktung und Weiterverarbeitung wieder in bäuerliche Hand. Daneben sollte der biologische Landbau gefördert werden. Mit dem Aufbau eines Netzes von unabhängigen Beratern, die in den Ämtern arbeiten sollten, sollten insbesondere Bioberater den Bauern bei der Umstellung zur Seite stehen.

Die Verhandlungsergebnisse im einzelnen:

1. Bei der Flurbereinigung gab es keine Einigung mit der SPD. Die Zweckentfremdung dieses Instruments, nämlich die Landbeschaffung für nicht-bäuerliche Planungsvorhaben großen Stils, z.B. für den Schnellbahntrossenbau, konnte nicht rückgängig gemacht werden. Es ließ sich nur durchsetzen, daß bei den wenigen sogenannten klassischen landwirtschaftlichen Verfahren das Mehrheitsvotum der betroffenen Bauern gelten sollte.
2. Bei der Landpacht wurde eine Übereinstimmung in der Festsetzung einer Obergrenze bei Zupacht (80 ha) erzielt.
3. Bei Direktvermarktung, ökologischem Landbau u.ä. gab es eine große Bereitschaft der SPD, diesen Vorstellungen zu folgen.
4. Der unabhängige Aktionsfonds wurde abgelehnt. Der Staat müsse die Kontrolle über die Projekte behalten. Außerdem befürchtete die SPD das Entstehen einer konkurrierenden Parallelbürokratie. In einem Kompromiß wurde der Aktionsfonds in ein ländliches Regionalprogramm des Ministers umgewandelt, dessen Projekte der Kontrolle eines unabhängigen Beirats mit Vetorecht unterstellt wurden. Diese Regelung erwies sich später als sehr erfolgreich.
5. Die zentrale Forderung nach einem Milchpfennig konnte zwar nach zähen Verhandlungen durchgesetzt werden, blieb aber nach der ausbleibenden Notifizierung durch die EG und weiteren Umdeutungen auf der Strecke (vgl. dazu im einzelnen 5.3).

In der Beurteilung des Verhandlungsergebnisses durch G. Schmidt werden die Grenzen deutlich. Zwar konnten einige zusätzliche Finanzmittel im Rahmen bestehender Programme für die Kleinbauern in Bewegung gesetzt werden. Aber alle Forderungen, die Maßnahmen gegen den Wachstumstrend und gegen das Agro-Business beinhaltet hätten, kamen nicht durch. Bestehende Strukturen wurden nicht einmal im Ansatz angetastet.

5.2.2 Erfahrungen mit den Grünen und der SPD

Auf einen Nenner gebracht, war die sachliche Inkompetenz der grünen Landtagsfraktion für die AbL-Vertreter eine ebenso leidvolle Erfahrung wie der ständige Versuch der SPD, die AbL im Gestrüpp verrechtlichter Beziehungen strau-cheln zu lassen. Grüne Landtagsabgeordnete diskriminierten einerseits die Position der AbL als Lobbypolitik für Kleinbauern; andererseits erschwerte der ständige Wechsel von Indifferenz und Selbstgefälligkeit die Zusammenarbeit. An die Stelle des Sachverständes trat bei den Grünen eine schwärmerische Vorstellung über biologischen Landbau, auf den alle Landwirte eingeschworen werden sollten. Es gab also keine gemeinsame Linie, sondern eher ein Zweckbündnis von Grünen und AbL.

Die SPD war mit der Hoffnung auf schnelle Einigung in die Verhandlungen eingetreten. Man vermutete die Grünen konzeptionell "auf Linie" mit der SPD. Das Agrarreformprogramm der SPD hatte zuvor ein positives Echo bei den Grünen gefunden, unter anderem die Vorstellung von der Absenkung der Marktpreise und die der ökologischen Ausgleichszahlungen bei Erfüllung entsprechender Auflagen. Deshalb löste der Forderungskatalog zu Verhandlungsbeginn größtes Erstaunen aus. Im Verlauf der Verhandlungen mußten die AbL-Vertreter schmerzlich erfahren, wie die Härte ihrer Verhandlungsposition Punkt für Punkt mit technokratischen Argumenten ausgetestet wurde (näheres dazu unter 5.4).

5.3 Auszüge aus dem Referat

5.3.1 Vorbemerkung

Im folgenden wird dokumentiert, was von einer politischen Forderung übrig bleibt, wenn sie, nach zähen Verhandlungen mehrfach umdefiniert, schließlich in die Hände einer Bürokratie gerät, die in ihrem Geiste die Umsetzung vornimmt: Der ursprüngliche Milchpfennig wird einvernehmlich als Beitrag zur Erhaltung des Grünlands getarnt. Eine erneute Umetikettierung nach einem Einspruch aus Brüssel macht daraus ein "Grünlandbewirtschaftungsprogramm", aus dem schließlich ein "Landesmilchrentenprogramm" wird. Dieses verwandelt die Bürokratie in ein Überwachungsprogramm. Dieser Transformationsprozeß hat exemplarischen Wert: Aus einer sinnvollen Forderung kann das genaue Gegenteil werden.

5.3.2 Götz Schmidt: Vom Milchpfennig zum Landesmilchrentner

"Für uns war der Milchpfennig, also die direkte Zahlung für den kleinen Betrieb, gebunden an den Liter Milch, von zentraler Bedeutung. Und zwar deshalb: Wir sagten, wenn wir ins Ministerium kommen, werden wir alles durchsetzen, was die Agrarbürokratie zur Veränderung, zu anderen Gesetzen zwingt, wir werden aber nichts durchsetzen, was die Bauern in Mark und Pfennig in der Tasche spüren. Diese Furcht hatten wir, daß man im Grunde etwas verändert, wovon die Bauern nichts merken. Deshalb haben wir den Milchpfennig zu dem entscheidenden Punkt gemacht, zum Maßstab für den Erfolg oder das Scheitern. Die Grünen waren schließlich bereit dazu, diesen Punkt in ihr Existenzsicherungsprogramm aufzunehmen mit der Maßgabe: Entweder die SPD akzeptiert den Milchpfennig, oder die Duldungsverhandlungen sind gescheitert. Das war letztlich der Grund, warum die SPD zurückwich. Sie hat es zähneknirschend getan. Dann setzte sich etwas in Bewegung. Die Argumente waren natürlich überzeugend, die die SPD brachte: 'Was wollt Ihr mit solchen Forderungen in einem Bereich, in dem es ohnehin Überschüsse gibt? Jetzt wollt Ihr den Leuten auch noch mehr für die Milch zahlen. Das können wir den Normalbürgern nicht vermitteln, auch wenn wir Eure Absichten verstehen.' Das zweite Argument war, wenn wir staatliche Mittel ausgeben, dann bitte doch nicht für soziale Existenzverteidigung. Soziale Probleme hat doch jeder. Jeder Tante-Emma-Laden, jeder Schuster, Schreiner hat dieselben Probleme. Staatssekretär Jordan kam mit dem sicher faszinierenden Argument, wir könnten das Geld nur für Dienstleistungen geben, die die Bauern im Namen der Allgemeinheit verrichten, nicht für soziale Existenzverteidigung. Wir haben an diesem Punkt hin und her diskutiert. Diese Diskussion ist schließlich nur durch den Druck entschieden worden, der von den Grünen ausging.

Die SPD hat einem Kompromiß zugestimmt 'der gar nicht so schlecht war'. Nicht für den Liter Milch bekommt der Bauer einen Zuschlag, sondern es wurde beschlossen, daß, weil wir Grünland erhalten wollen, wir das Milchvieh brauchen. Also müssen wir den Bauern für das Milchvieh eine Stützungszulage zahlen. Es wurde beschlossen, die Landwirte erhalten je Kuh 250 DM bis 10 Kühe und weiter darunter, also gestaffelt nach Bestandsgrößen. Das war der Kompromiß, der in den Ergebnisverhandlungen festgehalten wurde. Damit glaubten wir, und glaubte die SPD, leben zu können: Die Kuh als Pfleger des Grünlandes für die SPD, die Kuh als Produzent der Milch für uns.

Diese Rechnung hatten wir ohne die EG gemacht. Die EG muß nämlich – ein Wort, das wir vorher auch nicht kannten – notifizieren. Alles, was sich ein Land ausheckt, muß sie notifizieren. Natürlich notifizierte die EG nicht. Sie sagte, das ist eine glatte Wettbewerbsverzerrung zugunsten der hessischen Milchviehhalter. Da die EG als heilige Kuh die gleichen Wettbewerbsbedingungen von Gibraltar bis sonstwo hat, mußte das untersagt werden.

Nun hat die SPD in einem für uns nicht mehr durchschaubaren Verfahren – aber vielleicht auch gar nicht anders durchführbaren – versucht, der EG dieses Programm dennoch zu verkaufen, indem sie es als ökologisches Programm umdefinierte: Grünland, das nur mit Kühen bewirtschaftet werden kann auf Dauer, das wurde als ökologisch wertvolle Produktion umdefiniert. Es wurde gesagt, mehr als 60 kg Stickstoff darf nicht gedüngt werden, und mehr als 2 Kühe je ha Grünland dürfen nicht gehalten werden, mit Ausnahme bei Festmist 2,5. Diese Umdefinierung – Bewirtschaftung von Grünland, und dann kriegt man pro ha Grünland diesen Zuschuß – ist mit der EG ausgehandelt worden, um das ganze überhaupt abzusetzen.

Erst waren 100 Mio. DM vereinbart, pro Jahr 40 Mio. Zu verteilen waren 200 DM pro ha bei der Obergrenze von 2.000 DM Gesamtzuschuß, und natürlich ohne Staffelung, sondern pro Bewirtschaftung eines Hektars Land unter bestimmten Auflagen 200 DM. Dieser Sache konnten wir nicht mehr mit der Begeisterung

zustimmen wie noch der ersten Stützungszulage. Der weitere Verlauf zeigt auch, daß das berechtigt war.

Tatsächlich sind damals nur 18 Mio. ausgegeben worden. Die Grünen drängten dann darauf, daß Geld doch auszugeben. Das ist ein wesentlicher Punkt. Bewilligte Gelder müssen ausgegeben werden, auch wenn sie für den Zweck, für den sie bewilligt wurden, aus irgendwelchen Gründen nicht mehr ausgebbar sind, muß man andere Zwecke finden. Es wurde also Geld ausgegeben für ein von uns niemals gemeinsam verabschiedetes Landesmilchrentenprogramm, das zu dem absoluten Zerwürfnis der AbL mit der SPD führte. SPD und Grüne haben sich nicht überworfen.

Ich will nur kurz andeuten, was das Landesmilchrentenprogramm bedeutete. Es war dazu gedacht, denjenigen Landwirten, die durch die Quotenregelung in Schwierigkeiten gekommen waren, zusätzliche Quoten zuzuteilen. So war der Gedanke, der irgendwo auch einen sinnvollen Inhalt hat. Die Umsetzung durch die Verwaltung führte zu folgendem Ergebnis: Nur derjenige sollte eine zusätzliche Quote zugeteilt bekommen, der nachweislich durch die Quotenregelung in Existenzbedrohung geraten war. Das hört sich noch nicht ganz blöde an. Nun muß man aber überlegen, daß Richtlinien erarbeitet wurden, in denen der Landwirt belegen mußte, daß er durch die Quotenregelung, und nur durch diese, nicht durch eigenes Verschulden, in Existenznot geraten war. Es wurde ein sage und schreibe 14-seitiger Fragebogen ausgearbeitet, in dem jedes Detail der Haushaltsführung aufgenommen wurde, z.B. auch die Ausgaben für das Taschengeld der Kinder. Es gab einen Beamten, der sich den Wäscheschrank zeigten ließ, um zu überprüfen, wieviel Unterwäsche in dem Schrank war; nur um festzustellen und zu belegen, daß der Bauer nicht durch eine zu aufwendige Haushaltsführung, also durch eigenes Verschulden, in Existenznot geraten war. Ja, die Volkszählung ist ein Witz gegenüber dem, was dieser Fragebogen an Detaillerhebung über die Haushaltsführung enthielt. Hier konnte man sehen, was passiert, wenn eine vielleicht an sich richtige Idee von einer Agrarbürokratie übernommen wird, die ja in Hessen immer noch mehrheitlich von der FDP und der CDU beherrscht wird. Der damalige Landesamtsleiter Wilke ist heutiger Regierungspräsident (nach der Wende). Dieser Agrarapparat kann aus sinnvollen Ideen das Gegenteil machen. Die Umsetzung durch die Bürokratie, die einzelnen Landesämter bei uns, die in jedem Kreis sitzen und die den Kontakt zu den Bauern haben, entscheidet letztlich darüber, was eigentlich der Geist, das Wesen dieser ganzen Geschichte ist."

5.3.3 Götz Schmidt: Ich würde es wieder tun...

"Ich will zum Ende kommen und die Frage stellen: Hat sich das gelohnt? Hat sich die Wiesbaden-Fahrerei gelohnt, die ja mit großem Aufwand aus unserer eigenen Kasse betrieben wurde? Ist etwas dabei herausgekommen?

Mit Ausnahme des ländlichen Regionalprogramms, das ich kurz zu charakterisieren versuchte, ist eigentlich sehr wenig geschehen. Es ist uns gelungen, einige zusätzliche Fördermittel in Gang zu setzen, den Ämtern einige neue Ziele vorzuschreiben, den ökologischen Landbau zu fördern und das Pachtrecht zu beeinflussen. Es ist aber überall da, wo es schmerzhafter Einschnitte bedurfte hätte, wo man der Agrarindustrie hätte in die Quere kommen müssen, wo man hätte beginnen müssen zu überlegen, wollen wir mit dem Wachstum so weitermachen, nichts bewegt worden. Bei der Unternehmensflurbereinigung haben wir nichts bewegen können. Wir haben nur an den Rändern etwas bewegt. Wir haben das Grünlandbewirtschaftungsprogramm mithelfen können durchzusetzen, das mit 2.000 DM immerhin für einige Bauern etwas bedeutete. Es ist von allen Bauern mit großer Zustimmung aufgenommen worden. Anträge wurde gestellt. Es gab wohl wenige, die es abgelehnt haben.

Es ist aber keine Veränderung gewesen. Es ist nicht das gewesen, was wir uns vorgestellt haben, daß man von der Landesebene aus Zeichen setzt in eine andere Richtung der Agrarentwicklung, daß nicht die Großen sich weiterhin als erfolgreichen darstellen können, sondern daß die Kleinen eine Existenzberechtigung haben, eine Zukunftsberechtigung.

Das Ergebnis ist durch die Hessenwahl 1987 noch einmal in einem neuen Licht zu sehen. Die Bauern und ihre Familien haben nämlich die rot-grüne Koalition abgewählt. Das ist wenigstens meine Meinung. Sie haben es getan, weil den Bauern aus zwei Anlässen heraus belegt werden konnte, vor allem im Hessischen Wochenblatt, daß diese Koalition etwas Furchtbares sei.

Das eine ist der sogenannte Misterlaß, der eine katastrophale Auswirkung hatte. Die Zwischenlagerung von Mist auf dem Feld sollte nicht mehr länger als sechs Wochen gestattet sein, es sei denn, man mache eine baurechtlich gar nicht genehmigebare Betonplatte. Dabei ist doch klar, wenn man sich die Höfe heute anguckt, daß sie auf dem Hof keinen Platz mehr für Mist haben, ihn also häufig zwischenlagern an den Feldrändern; man sieht das ja überall. Die rot-grüne Koalition hat mit diesem Misterlaß im Wochenblatt einen schweren Sturm hervorgerufen: Aha, jetzt geht es uns an den Kragen; wir dürfen den Mist, den wir auf dem Hof nicht lassen können, auch nicht auf dem Feld lagern. Damit war klar, in welche Richtung das geht. Darauf hinaus hat meiner Meinung nach auch die Naturschutzpolitik, wie sie unter dem Ministerium Fischer gemacht wurde, viele Bauern in der Richtung bestätigt, daß es mit dem Verordnungsnaturschutz so nicht weiter geht. Sie wurden darin bestärkt, daß es vielleicht nur Lippenbekenntnisse sind, daß man Verträge schließen wollte, die auf Freiwilligkeit beruhen. Es wurde eben weiterhin einstweilig verfügt, angeordnet, Gebiete ausgewiesen, Bedingungen für die weitere Bewirtschaftung auferlegt. Diese beiden Punkte, der Misterlaß und der Naturschutz, waren es, die unserer Analyse nach die hessischen Bauern, die zumindest schon weitgehend zur Wahlenthaltung neigten, an die Wahlurnen zurücktrieb und wieder CDU wählten ließ.

Es war eine wichtige Erfahrung, trotz der wenigen Erfolge. Und es wäre Ihnen hier zu wünschen, sollte eine rot-grüne Koalition in Niedersachsen anstehen, daß man vorher eine viel größere inhaltliche Klarheit mit den Grünen und mit der SPD erzielt, so daß man nicht gezwungen ist, durch Druck, durch teilweise fehlende Übereinstimmung oder auch durch Irrtümer, wie wir sie häufig hatten, sich schon bei den kleinsten Widersprüchen auseinanderzudividieren. Diese größere Klarheit muß sich auch darin ausdrücken, daß Personen zur Verfügung stehen; daß es die Grünen nicht einmal für nötig erachteten, bei sich ein Fach oder ein Agrarbüro einzurichten. Oder daß im Landwirtschaftsministerium weder ein Staatssekretärposten noch eine andere Position mit Entscheidungsbefugnissen eingenommen wird. Das ganze nur von außen kritisch zu begleiten, ist völlig unmöglich. Die Verwaltung selber muß umgekrempelt werden, und das geht nicht nur mit bestimmten Ideen und richtigen Vorstellungen, das geht auch nicht nur mit richtigen Programmen. Alles entscheidet sich, wenn diese Programme in Richtlinien gegossen werden. Letztlich entscheidet der jeweilige Amtsleiter, ob er diese Programme überhaupt zur Kenntnis nimmt oder so anwendet, daß sie in seinem Sinne sind. Insofern waren für uns diese Erfahrungen eine hoffnungsvolle Sache, und ich kann Ihnen eigentlich nur wünschen, daß Ihnen in Niedersachsen ähnliche Anstrengungen bevorstehen."

5.4 Die Möglichkeiten der Politik am Beispiel Hessens

Hessen und Niedersachsen haben eine sehr unterschiedliche Geschichte hinsichtlich der politischen Führung und des Aufbaus der Verwaltungen. Insofern sind Übertragungen von Hessen auf Niedersachsen problematisch. Es ist aber legitim, in allgemeinerer Absicht auf die hessischen Erfahrungen zurückzugreifen, um daraus Perspektiven und Möglichkeiten von Landespolitik zu entwickeln.

5.4.1 Landwirtschaftspolitik auf Landesebene

Festzuhalten sind zunächst die positiven Bedingungen, unter denen sich Agrarpolitik auf Landesebene vollziehen kann. Zielkonflikte sind weitgehend ausgeschaltet, wenn Einigkeit in der Perspektive, dem Erhalt bäuerlicher Landwirtschaft, besteht. Damit ist der Adressat eine relativ klar umschreibbare Zielgruppe kleiner und mittlerer Bauern mit einer allgemeinen, leicht nachvollziehbaren und nachprüfbaren konkreten Problemlage, auf die die Politik Einfluß nehmen will.

Da der jetzige bäuerliche Betrieb unmittelbar von politischen Maßnahmen berührt wird, treten die Bauern zwangsläufig aus der Rolle des nur die Politik beobachtenden Publikums heraus. Sie können auf Dauer nicht gleichgültig bleiben, weil sie die Politik als Eingriff in ihre Existenz erleben. Das Gemeinte läßt sich noch einmal verdeutlichen, wenn man die Landwirtschaft zu anderen diffuseren Politikfeldern, etwa der Bildungs- und Rechtspolitik, in Beziehung setzt. Im Rahmen von Parteitagen läßt sich trefflich über den richtigen Weg zur Bildung streiten. Das kümmert die Betroffenen wenig, weil sie wissen, daß der schulische Alltag davon nicht berührt wird. Neue Richtlinien oder Erlasse mögen die Freiheitsgrade des einzelnen Lehrers in der Schule einschränken; existentiell betroffen ist er davon nicht, selbst wenn er zähneknirschend und wider bessere Einsicht sich auf Verfügungen einläßt.

Demgegenüber wird es sich Landwirtschaftspolitik nicht leisten können, auf die unmittelbaren Erfahrungen der Bauern zu verzichten. Mosernde Lehrer, die auf ihre Erfahrungen hinweisen, wird man dagegen nicht sonderlich ernstnehmen müssen. Das liegt in der Natur der Sache. Die unterschiedlichsten Voraussetzungen in der bäuerlichen Produktion verbieten Lösungen vom grünen Tisch. Landwirtschaftspolitik ohne direkten Erfahrungsbezug ist wenig überzeugend. Um diese Einsicht kommen Landespolitiker nicht herum, weil die Rückmeldung

über Erfolg oder Mißerfolg politischer Maßnahmen von seiten der Adressaten nicht lange auf sich warten läßt. Die Bauern gewinnen ihren Einfluß auf die Landespolitik über die relativ hohe Organisierbarkeit ihrer Interessen. Als deutlich identifizierbare Interessengruppe, sei es als Lobby oder als kompetente Sachverständige der eigenen Problemlage, üben sie nicht nur erheblichen Druck aus, sondern ermöglichen zugleich ein überschaubares Handlungsfeld politisierbarer Forderungen. Gerade die Berücksichtigung je spezifischer Verhältnisse der bäuerlichen Produktion innerhalb eines Bundeslandes weist das Land als geeignete Politikebene aus. Allerdings soll nicht verschwiegen werden, daß die geläufige Verbandspolitik der Bauern einer derartigen Problemdefinition häufig entgegensteht. Eine sinnvolle Ergänzung findet die Politik auf Landesebene in der Übertragung politischer Entscheidungsbefugnisse auf Regionen. Deren Zuständigkeit könnte über Regionalfonds finanziell abgesichert werden.

In dieser Regionalisierung der Politik liegt die Chance, für die jeweiligen Gegebenheiten und Problemlagen in Übereinstimmung mit dem bäuerlichen Sachverstand Problemlösungen zu suchen. Die Erfahrungsberichte der Bauern (vgl. 2) ermutigen dazu.

5.4.2 Der Stellenwert der Verwaltungen

Die Erfahrungen mit der Ministerialbürokratie in Hessen eröffnen allgemeinere Einsichten in das Funktionieren von Verwaltungen, die seit einem längeren Zeitraum bestehen. Ein konstitutives Merkmal ist deren hohe Kontinuität, aus der sich ihr ausgeprägter Sinn für den Selbsterhalt ableiten läßt. Dieses Selbstverständnis verbindet sich mit einem beachtlichen Maß an Kompetenz, die aber nicht mehr innovativ eingesetzt wird, sondern der Absicherung des Apparats zugute kommt. Gerade die hessische Ministerialbürokratie überzeugte in den Anfängen der Republik durch ihre politische Gestaltungskraft, mit der sie die Landespolitik vorantrieb. Als "Hessen vorn", ursprünglich eine zutreffende Feststellung, zum Wahlslogan wurde, war die Verwaltung bereits dabei, ihre eigene Arbeit zu konservieren. Mit der Langlebigkeit von Bürokratien erlahmt deren Aktivität im Sinne politischer Innovationen. Offenbar folgen Bürokratien gleichsam biologischen Zyklen, so daß nach einer offensiv-aufbauenden Phase damit zu rechnen ist, daß ihr eigenes Wollen erlahmt und sich auf den Selbsterhalt konzentriert.

Langlebige Ministerialbürokratien begnügen sich im allgemeinen mit der Darstellung von Regierungstätigkeit. Sie vermeiden konfliktorische Verläufe,

indem sie sich bemühen, vermeintliche Störungen des normalen Ablaufs und bisheriger Problemdefinitionen auf Varianten innerhalb des herrschenden Musters zurechtzubiegen. Exemplarisch dafür ist die Abwehr des Milchpfennigs mit dem Hinweis darauf, daß Überproduktion nicht subventioniert werden dürfe, dagegen als Staatsrente für Bauern im Verbund mit ökologischen Auflagen möglich sei. Nicht die Finanzierung des Milchpfennigs in Konkurrenz zu anderen notwendigen Vorhaben ist wichtig, sondern die Rechtfertigung dieser Maßnahme im Rahmen des herrschenden Politikverständnisses. Der Milchpfennig als möglicher Ansatz für ein neues Konzept irritiert und behindert die Tätigkeit eines Apparats, der selbst nichts mehr will, weil ihm die innovative Kraft fehlt. Der Apparat exekutiert wie gehabt; das innovative Instrument wird in sein Gegenteil verkehrt (vgl. dazu 5.3).

Mit dem gekonnten Versuch, den politischen Willen ins Leere laufen zu lassen, ist auch dort zu rechnen, wo ein neuer Minister seine Vorhaben in der eigenen Verwaltung durchsetzen will. G. Schmidts Hinweis auf den Misterlaß aus dem Ministerium Fischer macht einsichtig, wo die Grenzen des "Regierens" liegen, so wie man es sich gemeinhin vorstellt. Eine eingefahrene Administration mit der Mentalität von Sozialdemokraten, die in der etatistischen Tradition der Partei stehen, beharrt auf Verordnungen, wo eigentlich Überzeugungsprozesse initiiert werden müßten. Der oktroyierte Misterlaß verprellte die Bauern, nicht aus fehlender Einsicht, die sowieso nicht gefragt war, sondern weil etwas wie üblich verfügt wurde, was aus der konkreten Situation des Betriebes heraus gar nicht zu erfüllen ist (vgl. dazu 5.3). Solange eine "politische Verwaltung" fehlt, ist die Landespolitik in ihrem Gestaltungswillen gehemmt und dementsprechend wenig wirkungsvoll. Die Grenze zwischen einer politischen und einer nicht-politischen Verwaltung ist für den Betrachter von außen verschwommen. Daß es politische Verwaltungen gibt und daß sie ausgesprochen durchsetzungsfähig sind, wurde in der Diskussion am Beispiel der Verwaltung in Vechta aufgedeckt. Dort wird der Apparat von den bestimmenden sozialen Kräften der Umgebung beherrscht. Jedermann weiß damit, wie und daß die Interessen der Agrarindustrie durchgesetzt werden. Vom Agro-Business profitiert eine ansonsten strukturschwache Region, so daß bei allem Widerwillen gegen stinkende Felder mit einem regionalen Stolz auf die europafitte Landwirtschaft zu rechnen ist. Es wäre falsch, hiervor die Augen verschließen zu wollen.

Was gemeinhin, weil nicht eingestanden, als "schwarzer Sumpf" bezeichnet wird, läßt sich in seiner strukturellen Stärke auch positiv wenden. Ohne eine bewußte Einbindung der gesellschaftlichen Kräfte in die Apparate ändert sich nichts am eingefahrenen Verwaltungshandeln. Eine der Politik verfügbare,

selbstsicher mitdenkende, aber dem unmittelbaren Interessendruck entzogene Verwaltung auf allen Ebenen wird das Regieren nicht leichter machen, wohl aber bei hinreichender Konfliktfähigkeit wirkungsvoller.

5.4.3 EG und Landespolitik

Landwirtschaftspolitik auf Landesebene kommt an den EG-Agrarbestimmungen nicht vorbei. Die Zuständigkeit der EG darf aber nicht als Totschlagargument benutzt werden, um sich vor landespolitischen Entscheidungen zu drücken.

Vielmehr setzt die EG gewisse Rahmenbedingungen für die Landespolitik, die davon profitieren kann, daß innerhalb der EG verschiedene Politiken verfolgt werden je nach Regierungsmehrheit der Mitgliedstaaten. Das macht Landespolitik durchsetzungsfähiger, als man zunächst meinen sollte.

Auffällig am hessischen Beispiel ist deshalb, daß die Landesregierung die Korrektur aus Brüssel nicht hat zu Protest gehen lassen. In der Beurteilung dieses Sachverhalts wird man sich fragen müssen, ob eine "willenlose" Verwaltung oder der fehlende politische Wille der SPD dafür verantwortlich zu machen ist. Die Vermutung liegt nahe, daß die Verwaltung einen Willen gehabt hätte, wenn die SPD es gewollt hätte. Damit hätten wir es mit einer Art "Gesetz der sich selbst verstärkenden Trägheit" zu tun, das die Nichtreaktion auf den Brüsseler Einspruch verständlicher macht. Unterstützt wird dieser Erklärungsversuch durch einen Hinweis von K.-H. Funke aus der Diskussion. Gerade in der Konfliktfähigkeit zwischen Land und Brüssel komme der politische Wille des Landes zum Tragen. Sie sei eine Art Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der Landespolitik.

5.4.4 Die politische Mehrheit als Handlungsträger

Ob in erster Linie die jeweilige politische Mehrheit die Landespolitik gestaltet, scheint nach den bisherigen Überlegungen mehr als zweifelhaft. Die Regierungen können zwar die Apparate kontrollieren; ihre Einwirkungsmöglichkeiten hören aber auf, wenn die jeweiligen Politikinhalte konkret ausformuliert werden müssen, damit sie - in Richtlinien und Verordnungen gegossen - auf den Weg gebracht werden können.

Das Verhältnis von Bürokratie und Politik wurde während der Tagung mehrfach angesprochen. Gerade die beiden Landespolitiker der SPD sahen das Problem einer ausufernden Bürokratie. Während K.-H. Funke eher darauf setzte, inner-

halb der bestehenden Verwaltungen Korrekturen anzubringen, sprach K. P. Bruns von der dringenden Notwendigkeit, eine Zunahme der Bürokratie zu verhindern. Selbst die Kontrolle der Apparate wurde von einzelnen Teilnehmern in Zweifel gezogen. Insbesondere G. Schmidt hatte leidvoll erfahren müssen, was passiert, wenn die Bürokratie ein politisches Vorhaben der eigenen Regierung boykottiert (siehe oben). Will eine Landesregierung ihre Handlungsinitiative gegenüber der Bürokratie zurückgewinnen, so bliebe als Möglichkeit die Vorgabe von wenigen Prinzipien, an denen sich Verwaltungshandeln orientieren muß. Was aus diesen Vorgaben wird, hängt aber wiederum davon ab, ob es gelingt, eine politische Verwaltung zu schaffen, die im lebendigen Austausch mit den sozialen Kräften steht. Sonst bleiben auch Prinzipien Makulatur.

5.4.5 Politikverflechtung

Die bislang behandelten Determinanten politischen Handelns erhalten eine schärfere Kontur, wenn sie unter dem Gesichtspunkt der bestehenden Politikverflechtung betrachtet werden. Was darunter zu verstehen ist, formuliert Scharpf zusammenfassend so: Im Ergebnis hat sich deshalb in der Bundesrepublik wie auch in anderen institutionell fragmentierten, politischen Systemen ein Muster faktischer Politikverflechtung herausgebildet, bei dem zwar einerseits die Entscheidungsautonomie der dezentralen Entscheidungseinheiten eingeschränkt wird, bei dem jedoch andererseits die umfassenderen Entscheidungseinheiten (Länder, Bund, Europäische Gemeinschaft) nicht die gesamten Aufgabenkomplexe an sich zogen, sondern statt dessen direkte und indirekte Einfluß- und Steuerungsinstrumente gegenüber den nach wie vor entscheidungszuständigen lokalen und regionalen Entscheidungseinheiten ausgebildet haben (Scharpf, S. 29). Folgt man seiner Einsicht (und das tun wir), dann ergeben sich daraus weitreichende Konsequenzen für die Programmatik und Durchsetzung der Landespolitik. Infolge der Gemengelage von Entscheidungsbefugnissen des Landes und direkter und indirekter Einflußnahme von Seiten der Brüsseler Behörden werden konfliktierende und offen auftretende Parteiungen vermieden. Vielmehr handelt es sich um ein Zusammenwirken von offener Politikausformulierung auf Landesebene und verdeckten verrechtlichten Vorgaben, die von der EG-Ebene an die unteren vollziehenden Behörden des Landes weitergegeben werden. Eingeklemmt zwischen diesen Mühlsteinen bewegt sich Landespolitik. Sie kann initiativ werden oder es sein lassen. Ergreift sie die Initiative, so gibt die Administration das Tempo der Durchsetzungsgeschwindigkeit einer politischen Maßnahme an. Neben der positiven Seite der Verrechtlichung, der

Verhinderung von politischen Schnellschüssen mit kaum absehbaren Folgen ist die Kehrseite die Verlangsamung. Je mehr Politikinhalte von den Behörden koordiniert werden müssen, desto länger dauert es. Und je länger es dauert, desto minimaler ist das Ergebnis. Diese langwierige Prozedur unterliegt allen Strukturmerkmalen einer negativen Koordination. Die unübersichtliche Lage von Einflußnahme und Entscheidungsbefugnis begünstigt die strukturelle Verantwortungslosigkeit. Es ist opportun, die Verantwortung an die nächste Stelle abzuschieben oder auf die eigene Nicht-Verantwortung hinzuweisen. Damit schleppt sich ein Vorgang dahin, weil er infolge unterschiedlicher Zuständigkeiten umso gründlicher bearbeitet werden muß. In diesem administrativen Durchlauf wird die politische Substanz einer Maßnahme sukzessive umetikettiert. Im Ringen um die eigene Problemdefinierung setzt sich die Verwaltung gegen die ursprüngliche Problemsicht durch, so daß grundsätzlich von einer strukturellen Unvorhersehbarkeit des Ergebnisses auszugehen ist.

An dieser ernüchternden Bestandsaufnahme der Folgen der Politikverflechtung kommt eine Landespolitik nicht vorbei, die sich nicht nur mit der Darstellung von Politik begnügt, sondern nach Problemlösungen sucht.

5.4.6 Ansätze einer neuen Strukturpolitik

Aus unserer Sicht ist es deshalb erforderlich, nach Wegen zu suchen, die im Rahmen einer regionalen Strukturpolitik auch der Landwirtschaftspolitik neue Impulse gibt (vgl. dazu Zukunft Niedersachsens II).

Für die folgenden Bemerkungen sei noch einmal auf einen in seinen politischen Aussagen relativ unbekannten J.M. Keynes zurückgegriffen: "Ich glaube, daß die ideale Größe für die Organisations- und Kontrolleinheit irgendwo zwischen dem Individuum und dem modernen Staat liegt. Daher glaube ich, daß der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt; Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln, so wie sie es auffassen, und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausscheiden - wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse oder Fakultät gewissen Vorteile belassen muß; Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen großenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen." (Mattfeldt, S. 111)

Die Körperschaft, die nach Keynes die ideale Größe hat, ist nach unserer Übersetzung in Landespolitik eine Regionalbehörde. Ihren demokratischen innovativen Stellenwert gewinnt sie dadurch, daß sie den Vertretern der sozialen

Kräfte in der jeweiligen Region die Plattform bietet, auf der in Kenntnis der regionalen Besonderheiten – natürlich kontrovers und konfliktreich – ausgehandelt werden kann, welche politischen Initiativen der Region und ihrer Bevölkerung dienlich sind. Es läßt sich unschwer vorstellen, daß Anforderungen an die Agrarpolitik für Südoldenburg anders aussehen als für Ostfriesland. Offen muß allerdings bleiben, ob der mehrheitlich zustandegekommene politische Wille immer vernünftig ist. Es gibt keine Garantie dafür, daß die vorherrschenden gesellschaftlichen Kräfte das "Richtige" wollen, auch wenn man auf die Lernfähigkeit der Menschen setzt.

Als intermediäre Institution ist die Regionalbehörde dazu in der Lage, die Initiativen der Bevölkerung zu koordinieren und mit der Verwaltungsspitze des Landes abzulegen. Um das alte Spiel der negativen Koordination partiell aufzuheben, ließe sich vorstellen, daß Wahlbeamte aus den Regionalbehörden als Beamte auf Zeit den bisherigen Verwaltungsapparat als neues Ferment durchdringen. Die Ergänzung des Berufsbeamtenstums durch Quasibeamte stört die Rationalität einer auf Selbsterhalt bedachten Behörde. Zeitbeamte unterliegen nicht der Tendenz zur Pfründenbildung, so daß sie den gesellschaftlichen Kräften der jeweiligen Region als Sprachrohr verpflichtet bleiben. Damit wäre eine wesentliche Voraussetzung erfüllt, um aus einer technokratisch festgefahrenen Verwaltung eine politische zu machen, die der Landespolitik neue Ideen und Anstöße gibt.

Wie stark der Widerstand gegen die Errichtung einer Regionalbehörde sein wird, zeigt der in den hessischen Verhandlungen abgewiesene Versuch, einen unabhängigen Aktionsfonds einzurichten. Das Mißtrauen der SPD gegenüber nicht direkt steuerbaren Initiativen einzelner Gruppen führte schließlich zu einem an das Ministerium gebundenen ländlichen Regionalprogramm, dessen Entscheidungen immerhin der Kontrolle eines unabhängigen Beirats mit Vetorecht unterstellt waren. Die gleiche Intention, nämlich die Mitwirkungsmöglichkeiten in der Region zu stärken, findet sich auch im Reformprogramm der AbL. Dort sollen u.a. die Staffelpreise "zwischen Vertretungen der Bauern, der Agrarwirtschaft, der Umweltschutz- und Verbraucherverbände und des Staates" ausgehandelt werden (Bauernblatt, Extra, S. 47).

Der spezifische Demokratisierungsimpuls, der von einer Regionalbehörde ausgeht, ergänzt um Beiräte oder auch Regionalversammlungen, darf nicht isoliert stehen bleiben, sondern muß in ökonomische Zielvorgaben eingebunden werden. Strukturpolitik für Niedersachsen, die eine Stärkung der regionalen Märkte und der regionalen wirtschaftlichen Kreisläufe anstrebt, wird es nicht zulas-

sen dürfen, daß die bäuerliche Landwirtschaft durch eine schleichende Industrialisierung verschwindet, daß ganze Landstriche veröden und zu Katastrophengebieten mit ökologischen Oasen verkommen. Die regionale "Selbstgenügsamkeit" mag von Strategen der Weltmarktorientierung voreilig belächelt werden. Sie ist eine bessere Voraussetzung für vielfältige, je regionsrelevante Lösungskonzepte, die den Megatrend einer weltmarktabhängigen, industrialisierten und krisenanfälligen Landwirtschaft aufhalten können, indem sie für die bäuerliche Produktion einen stabilen zweiten Markt eröffnen.

Wie ein Programm im einzelnen aussehen sollte, kann hier nicht dargelegt werden. Vielmehr soll an zwei Beispielen aus der Diskussion belegt werden, welche Anforderungen an die Politik zu richten wären, ohne das System der Politik und Verwaltung zu überfordern.

Der bedrohlich hohe Nitratgehalt in den landwirtschaftlichen Produkten (der Spinat ist blau vor Wut - so ein Teilnehmer), im Boden und im Grundwasser vereinte alle Teilnehmer in der Forderung nach einer Reduzierung des Stickstoffeinsatzes durch eine Besteuerung bzw. Verteuerung. Ein Vorteil dieser Maßnahme sei einerseits, daß bestimmte Pestizide bei geringerem Stickstoffeinsatz überflüssig würden und zugleich indirekt über die Verteuerung des Stickstoffs die Extensivierung der Produktion erleichtert würde. Als dergestalt wirksame Maßnahme wurde sie eingeschätzt, wenn sie im gesamten Bereich der EG eingeführt werden könnte. Während die AbL-Vertreter eine Verteuerung des Stickstoffs, auch der Futtermittel und der Pestizide, an die Fläche binden wollen, lehnte Bruns in einer schriftlich nachgereichten Stellungnahme diesen Vorschlag kategorisch ab: "Eine Flächenstaffelung ist ökologisch nicht begründbar. Die höchsten Nitratbelastungen im Grundwasser werden bei den durchweg kleinbetrieblich strukturierten Gemüsebau-, Weinbau- und Veredelungsgebieten gemessen. Bei den Pestiziden müssen alle jene Mittel verboten werden, die nachweislich oder vermutlich das Wasser gefährden. Bei den Futtermitteln besteht schon eine ausgedehnte Kontrolle auf Schadstoffe; diese Kontrolle kann noch effizienter gestaltet werden. Eine Belastung der Futtermittel würde kleine, viehstarke Betriebe am meisten treffen."

Eine Stickstoffversteuerung als Vorstoß des Landes würde aus unserer Sicht außer den von Bruns genannten unkalkulierbaren Folgen ohnehin das Schicksal des Milchpfennigs erleiden. Detailliert festgelegte Auflagen oder Verbote, deren Durchsetzung den unteren Behörden überlassen werden muß, führen zwangsläufig zu ihrer Überforderung. Eine Kontrolle etwa der Übertretung von Grenzwerten bedeutet, ständig flächendeckende Bodenmessungen durchzuführen. Das

kann keine Behörde leisten. Darüber hinaus gäbe es im Falle einer Stickstoffverteuerung die Möglichkeit, auf die preisgünstigere Gülle auszuweichen, womit das Problem der Überdüngung nur verlagert wäre. Neue Richtlinien müßten her. Die Vorstellung, damit das Gülleproblem selbst in den Griff zu bekommen, greift zu kurz. Das zeigt der Versuch, aus dem Raum Vechta die Gülle in Tanks wegzutransportieren und damit die Region zu entlasten. Dieser Versuch ist schiere Augenwischerei und keine sinnvolle Lösung. Er bedeutet, daß erneut über den hohen Energieverbrauch volkswirtschaftliche Kosten entstehen, während natürlich die einzelbetriebliche Rentabilität wächst. Die indirekte Abwälzung von Kosten auf den öffentlichen Sektor kann nicht erstrebenswert sein. Das gleiche gilt auch für die Verarbeitung von Gülle in leichter transportierbare Trockenmasse.

Unser Fazit aus der Stickstoffdiskussion: Eine Auflagenpolitik, die bis ins einzelne regeln will, was getan werden soll, ist ein eher dubioses Instrument und legt dem einzelnen nahe, Schlupflöcher zu suchen. Eine verständliche Reaktion auf die Regelwut der Behörden!

Etwas anderes lehrt die Diskussion um eine vertretbare Hühnerhaltung. Eine politische Initiative des Landes, die Hühnerhaltung aus der zentralisierten Produktion auf die bäuerlichen Höfe zurückzulenken, erscheint erfolgsversprechend. Auflagen hinsichtlich der Verwendung von Eigenfuttermitteln, verbunden mit Bestandsobergrenzen, die dem Standort angepaßt sind, sowie ein Vermarktungsprogramm fördern die bäuerliche Produktion, weil damit die betrieblichen Kreisläufe gestärkt werden. Auflagen dieser Art formulieren nur die Bedingungen für eine mögliche Umstellung der Produktion. Diese orientieren sich an wenigen Prinzipien: einer ökologisch sinnvollen und artgerechten Tierhaltung sowie einer menschenwürdigen, weil qualitativ wertvollen Produktion. In einer derartigen Auflagenpolitik wird eine Alternative angeboten und auf Einzelverfügungen verzichtet.

Andeutungsweise sei zum Schluß konkretisiert, wie in einer besonders gefährdeten Region aus der Sicht der GHI die politischen Weichen gestellt werden müßten. Bekanntermaßen erstickt der Dümmer in landwirtschaftlich erzeugtem Dreck. Damit sind die natürlichen Lebensgrundlagen in der Region nachhaltig bedroht. Den ökonomischen Interessen des Agro-Business stehen die Bedürfnisse und Interessen anderer Bevölkerungsgruppen gegenüber, die den Dümmer aus ökologischen, ästhetischen, aber auch ökonomischen Erwägungen als Anziehungspunkt eines reizvollen Naherholungsgebietes erhalten wollen. Am Erhalt der Landschaft sind auch die Landwirte interessiert, die sich, um zu überleben,

der Lohnmäst verschrieben haben. Ein Programm für den Dümmer muß aus der Region heraus entwickelt werden. Die Erfahrungen, die Existenzschwierigkeiten und die Lernfähigkeit der dort ansässigen Bevölkerung müssen in die Problemlösungen einfließen. Als politisches Instrument bedarf es einer kleinen Regionalbehörde, die im engen Austausch mit einem zu gründenden Zweckverband steht. Das Land sichert den finanziellen Rahmen des Programms, das darauf ausgerichtet sein muß, alle Probleme der Region integriert vor Ort zu lösen.

Ob es zu derartigen regionalen Entwicklungsbehörden kommen wird, ist völlig offen. Vermutlich wird es noch lange dauern, bis aus der Einsicht in die Peripherielage Niedersachsens andere politische Konsequenzen gezogen werden als die, den Süden dennoch mit einer neuen Modernisierungsoffensive einzuholen. Aus der Sicht der GHI ist die Schwerpunktverlagerung politischer Initiativen auf die regionale Strukturpolitik eine Alternative, um politische Gestaltungsmöglichkeiten zurückzugewinnen.

6. Nachlese: Grundlegende Problemzusammenhänge aus der Sicht der Gustav-Heinemann-Initiative

Die Gustav-Heinemann-Initiative ist eine Bürgerrechtsvereinigung, die sich die Festigung und den Ausbau der Bürgerrechte im Sinne unseres Grundgesetzes zur Aufgabe stellt. Eine solche Organisation muß auf den Plan treten, wenn die Zukunft eines ganzen sozialen Bereichs auf dem Spiel steht. Genau diese Befürchtung muß man haben hinsichtlich der Entwicklung unserer Landwirtschaft. Manche werden freilich diese Sicht als überzogen oder dramatisiert empfinden. Wer so denkt, dem sei entgegengehalten, daß wir nun einmal in einer "Risikogesellschaft" leben. Nur diese Risiken betreffen nie die ganze Gesellschaft, sondern sie werden gut verteilt. Uns alle betrifft sicherlich die schleichende chemische Vergiftung der Natur und damit auch der Nahrung; das nicht zuletzt infolge einer verfehlten landwirtschaftlichen Wirtschaftsweise: Aber die Erkenntnis dieser Vergiftung ist wohl dosiert und wird daher von uns allen herabgespielt. Sie bricht dramatisch ins Leben des einzelnen ein, wenn er krank wird. Aber dann ist der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung meistens nicht mehr erkennbar, so daß der "Schicksalsschlag" passiv hingenommen wird. Ähnlich "einschleichend", wie die Ärzte sagen, ist die Dosierung der sozialen und ökonomischen Katastrophen: Sie reifen langsam heran und plötzlich brechen sie mit Macht aus. So werden "über Nacht" die Schließungen von ganzen Werken angekündigt wie in Rheinhausen. Der Widerstand kommt dann zu spät. In der Landwirtschaft wird die Milchquote eingeführt und

erweist "plötzlich" und "auf einen Schlag" eine jahrelange Aufbauarbeit im Einzelbetrieb als einen Fehlweg. Zur sozialverträglichen Dosierung von Risiken gehört auch, daß die Folgen ungleichmäßig eintreten: Durch vorzeitigen Ruhestand und mögliche Zupachtung sind nur "kleine" und alte Eigentümer vorrangig von der erzwungenen Aufgabe betroffen. Außerdem: Angesichts der schrumpfenden Bedeutung des sogenannten primären Sektors ist eine Bestandskrise in der deutschen Landwirtschaft für die deutsche Wirtschaft ohne weiteres zu verkraften. Meistens sind es Hochschullehrer und Journalisten, die eine bedrohliche Entwicklung dermaßen gelassen kommentieren. Wenn demografische Vorgaben oder neue Techniken in ihrem ureigenen Bereich "zuschlagen", dann ist es mit ihrer Gelassenheit vorbei und sie erweisen sich als rabiat bei der Verteidigung ihrer Position oder sie resignieren völlig. Bei diesen "Sinnproduzenten" im Rahmen der veröffentlichten Meinung fehlt ganz erheblich das Gefühl dafür, daß wir alle "dem stummen Zwang der Verhältnisse" (Marx) in der einen oder anderen Weise zu erliegen drohen.

Das aber hat das Grundgesetz nicht gewollt. Es will den aktiven Bürger, der seine Rechte auch gegen Widerstand durchsetzt. Es ist freilich überhaupt nicht ausgemacht, ob eine Struktur- und Bestandskrise nicht zum politischen Engagement führt. Auch dafür könnte man schließlich Rheinhausen heranziehen. Diese Auffassung scheint eher frivol. Im Hinblick auf die Landwirtschaft sei nur an den berüchtigten "braunen Gürtel" von Soltau bis vor die Tore Bremens erinnert, der in den dreißiger Jahren dem Nationalsozialismus unerhörte Wahlererfolge brachte. Mit diesem Hinweis soll klar werden, daß die Hoffnung auf ein Krisenlernen der Menschen bitter enttäuscht werden kann, selbst wenn die Rechnung in Richtung auf ein größeres politisches Engagement aufgeht. Der "braune Gürtel" war jedenfalls Ergebnis des politischen Protests gegen den Strukturwandel in der Landwirtschaft. Die Tagung, auf der die vorliegende Dokumentation beruht, ging davon aus, daß es im Rahmen des Sozialstaatsgebots eine vorrangige Aufgabe sein muß, nach Konzepten für eine Landespolitik zu suchen, die in den ländlichen Regionen neue Lebensmöglichkeiten und Perspektiven der Eigengestaltung eröffnet. Daher liegt der Schwerpunkt auf der Zukunftsorientierung und auf Beispielen, die Wege zur Bewältigung der Zukunft aufweisen.

Die Begrenzung auf die Landespolitik im Tagungsthema wird nicht verständlich ohne eine Besinnung auf die besondere Ausgangslage Niedersachsens. Seit über zwei Jahren versucht die Gustav-Heinemann-Initiative, das ABC der Landesökonomie zu buchstabieren:

A: Niedersachsen ist in einer Peripherielage. Jede Politik, die die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt oder in der EG stärken will, erhöht im Lande selber die Unsicherheiten und Instabilitäten. Es ist nun einmal das typische Kennzeichen der Peripherien, daß sie Reserveräume sind. Wenn Schwierigkeiten auftauchen, bekommen sie diese als erste und verstärkt zu spüren.

B: Sicherung der Zukunft heißt Stärkung der regionalen Märkte und der regionalen wirtschaftlichen Kreisläufe, damit sie stabilisierend wirken angesichts der zu erwartenden wirtschaftlichen Schwankungen. Das bedeutet keinen Verzicht auf Weltmarkt- und EG-Orientierung. Es bedeutet aber den Aufbau einer zweigleisigen Wirtschaft mit einer verstärkten Ausrichtung auf Binnenmärkte.

C: Teilnahme an Nullsummenspielen (der Gewinn des einen ist der Verlust des anderen; Gewinne und Verluste ergeben aufgerechnet die Summe Null) ist kurzfristig und mittelfristig schädlich. Hierfür gibt es für die Landespolitik herausragende Beispiele:

- Der Ruf des Landes nach Bundeszuweisungen auf Kosten reicherer Länder kann höchstens eine akute Notlage überbrücken. Das Land muß sich eigene Finanzquellen erschließen.
- Der Aufbau von Überkapazitäten ist zu vermeiden. Er vernichtet zunächst Arbeitsplätze anderswo, dann im Lande selber. Wie in Shakespeares Dramen: Alle schaden sich gegenseitig und fühlen sich dennoch als die größten, wenn ihnen der Coup glückt. Der binnenorientierte Bedarf und Gebrauchswert muß leitend für den Einsatz von Arbeit sein.
- Die Sanierung eines Raumes darf nicht einen anderen belasten. Analog: Die sektorale Sanierung darf nicht andere Sektoren belasten. Daher: Die Landwirtschaft ist gleichzeitig in der gesamten Landesfläche zu erhalten. Die Passivierung ungünstiger Räume ist ökonomisch schädlich und verbietet sich. Ein zweites Beispiel: Die intensive Güllewirtschaft im Raum Südoldenburg muß begrenzt werden, da sie auf Kosten der Umwelt geht. Die Pläne, die Gülle in andere Räume zu fahren, müssen bekämpft werden.

Für die GHI gibt es keine Alternative zu den genannten allgemeinen Prinzipien der Landesökonomie. Alles andere mündet in Fehlschläge, deren Kosten im Jahre 2000 das Land an den Rand der Leistungsfähigkeit bringen werden. Das gilt auch und gerade für die Zukunft der Landwirtschaft. Mit Hilfe dieser Einsichten lassen sich in der Dokumentation vielleicht falsche von richtigen Rezepten trennen.

Landesökonomie in der Größenordnung von Niedersachsen scheint freilich ein Unding der welt- und europaweiten Verflechtungen dieses Raumes. Bei dem Problemfeld Landwirtschaft interessiert natürlich besonders der EG-Bezug,

schon gar vor dem Hintergrund des magischen Datums 1992. Die Betrachtung der Europa-Politik erweist, die Landwirtschaft ist nicht mehr als ein Bauer im gesamten Spiel. Die Bundesrepublik schickt sich in diesem Mammutspiel an zu einem Opferzug mit diesem Bauern. Die Stärke der DM, anlässlich der Exportüberschüsse zumeist unisono bejubelt, macht es leicht für Produktions- und Handelsunternehmen, in die südeuropäischen Länder direkt zu investieren. Vor allem Frankreich betrachtet den Zugriff des bundesdeutschen Kapitals auf den Süden mit Sorge. Nicht ohne Grund versuchte Francois Mitterand zu Anfang seiner ersten Amtszeit, eine konzertierte Zinssenkungsaktion in Europa zu starten. Dieses Vorhaben vereitelte die Bundesrepublik (damals noch unter Schmidt). So blieb die südeuropäische Wirtschaft notleidend und kam nicht an Kredite heran. Ein günstiges Terrain für Aufkäufer aus dem Norden! Der Süden gilt als ein wichtiger Zukunftsmarkt, übrigens auch den Japanern. Als Ausgleich für die wachsende Stärke des bundesdeutschen Einflusses und schwundende Konkurrenzfähigkeit bekommt Frankreich den Zuschlag bei der Landwirtschaft. Die bundesdeutsche Rechnung geht trotzdem auf: Einnahmeverzicht in der Landwirtschaft steht dem Erwerb billiger Produktionsstätten im Süden gegenüber. Der Run der Automobilfirmen auf Spanien zeigt es. Auch auf diese Weise läßt sich die Peripherielage Niedersachsens aufzeigen: Im Lande verdientes Geld fließt ab (allerdings nicht nur für die Aufkäufe in der EG), und die Landwirtschaft ist auch politisch in einer Randstellung.

Die berühmte Milchmädchenrechnung wird auch offenbar. Mittlerweile sind gerade in Niedersachsen die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie durch die spanischen Aufkäufe gefährdet, und die Rechnung für die Landwirtschaft muß jetzt bezahlt werden. Hieraus folgen zwei Einsichten: EG-Vereinbarungen zur Landwirtschaft sind im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik zu sehen, schon gar wenn "der Gipfel" sie trifft. Von der EG ist auch nichts zu erwarten, was die niedersächsische Landwirtschaft voranbringt. Zum zweiten: Diese Politik läuft insgesamt gegen die Interessen des Landes. Der Raum wird "umstrukturiert" zu einem Reserveraum. Sicherlich bleiben Inseln, die im Rahmen der europäischen Entwicklung mithalten können. Hierzu könnte auch Südoldenburg gehören, wenn es gentechnisch, produktionstechnisch und kapitalmäßig gefördert wird. Das bedeutet aber auch, daß die Industrialisierung der Landwirtschaft beschlossene Sache ist. Landwirtschaftspolitik ist demzufolge kein exotischer oder besonderer Bereich. Sie ist besonderer Bestandteil eines weltweiten ökonomischen Umbaus. Da alle Vorgaben und Rahmendaten das Land Niedersachsen für die Verliererseite vorherbestimmen, wird es höchste Zeit, die politische Initiative zurückzugewinnen. Vermutlich geht das gerade nicht mit großen Würfen.

Die dokumentierte Diskussion und vor allem die aufgenommenen Einzelberichte von Bauern weisen in eine andere Richtung. Es gibt eine erfolgreiche Neuorientierung des Wirtschaftens hin auf lokale und regionale Märkte. Hier ist keimhaft eine neue ökonomische Welt im Entstehen. Dagegen gibt es mächtige Gegner. Es ist aufschlußreich, sich deren Arsenal vor Augen zu führen:

- Gentechnologie, Saatgutstandardisierung, Medikamenteneinsatz: alles drängt auf ein von transnationalen Unternehmen dominiertes internationales Agrar-Business.
- Moderne Vermarktung, Standardisierung von Produkten ergänzt durch verblödendes Marketing: alles drängt auf die Konzentration bei den Abnehmern und deren kontrollierenden Zugriff auf die Produktion.
- Durchdringung der Landwirtschaft mit Betriebswirtschaft, gekrönt durch marktwirtschaftliches Credo: Die verbiesterten Absolventen der Hochschulen durchsetzen die Führung der Geschäfte, besonders in den mächtigen "Genossenschaften", verbreiten ihre Art von Rationalität: alles drängt auf die Entmachtung des Bauern bei der Führung seiner eigenen Geschäfte.

Aber die Gegenkräfte sind auch stark: Der "Nahrungsmittelsektor" ist - im Zuge des Übergangs zur Risikogesellschaft - stark durchsetzt mit einer mittlerweile gut organisierten öffentlichen Kritik. Die Verhältnisse sind hier sogar weiter gediehen als in anderen ökonomischen Bereichen. Vielleicht ist die Modernisierung schon bis zu einem gewissen Ende getrieben: Modernste Landwirtschaft vermag nicht zu überzeugen, weil sie die Lebensgrundlagen nachhaltig gefährdet. Diese Einsicht, daß Modernisierung sich verselbständigt und gegen ihre eigenen Ziele richtet, steht anderen Sektoren - Verkehrsgewerbe, Informationstechnik, Baugewerbe u.a.m. - in dieser Endgültigkeit noch ins Haus; die Anfänge des Umdenkens sind aber auch hier erkennbar.

Der Zweifel an der Modernisierung ist verbunden mit einem Wechsel in den wissenschaftlichen Grundlagen. Gerade an der Landwirtschaft ist das gut ablesbar. Lange Zeit galt es unumstritten als Fortschritt, sie in Richtung auf Arbeitsteilung und betriebswirtschaftliche Rationalität voranzubringen. Vor dieser Phase gab die Chemie ihren Fortschrittspfad an, dann folgten Biologie und schließlich Betriebswirtschaft. Schon unter volkswirtschaftlicher Betrachtung hielten die Wege der wissenschaftsgeleiteten Modernisierung der Landwirtschaft nicht stand: Die neuen Wege sind kontraproduktiv und führen in die Verschwendungs; ihre konsequente Endstufe ist der ruinöse Raubbau an der Natur. Die weiterführende Ausformulierung der Probleme kommt aus dem kulturellen Sektor: Wollen wir wirklich so weitermachen wie bisher, wenn Verbesser-

rung des Wirtschaftens heißt Vernichtung von Arbeitsmöglichkeiten zugunsten immer problematischerer, wenn auch billigerer Produkte?

Damit ähnelt die Situation sehr den Zeitumständen von Adam Smith: Die damalige Wirtschaftsverfassung - das Zunftwesen - war am Ende und funktionierte nicht mehr so recht. Es bedurfte einer Neuorientierung. Heute wird oft vergessen, daß auch Adam Smith ausgesprochen wertorientiert argumentierte. Er wollte ein System, das zur Steigerung des Gemeinwohls beitrug. Allerdings bringt die von Adam Smith als Problemlösung anempfohlene freie Marktwirtschaft die Konzentration hervor - von Marx schon als entscheidender Kritikpunkt erkannt. Die damit verbundenen Produktionsweisen sind notwendig; sie halten aber in der Landwirtschaft der Kritik nicht mehr stand. Daher bedarf es dringend einer Neuordnung.

Es ist völlig berechtigt, daß die Teilnehmer der Tagung immer wieder an diesem Punkt angesetzt haben. Das entsprach sicherlich weniger theoretischen Interessen, sondern der Erfahrung: Vielen Tagungsteilnehmern mag es nicht in den Kopf, daß sinnvolle Arbeit in kleineren Betrieben deshalb ein Ende finden muß, weil sie nicht in die Spiele der Euro-Strategen hineinpassen. Sie empfinden die Lebens- und Menschenferne einer solchen Ökonomie und entfalten Gegenvorstellungen.

Es fällt in den Diskussionsbeiträgen auf, daß diese Menschen von der Marktentheorie herkömmlicher Art kein Stück Brot mehr nehmen. Stattdessen stechen Rückgriffe auf Marxismen und eine Aufwertung der Arbeitswerttheorie hervor. Eher konservativ Eingestellte mögen daraus schließen, daß es sich um eine Zusammenkunft "Linker" gehandelt habe. Der Vorwurf doktrinärer Verbohrtheit sollte jedoch an die Vertreter der Marktlehre zurückgegeben werden. Wir sind freilich nicht davon überzeugt, daß man die Arbeitswerttheorie sinnvoll weiterentwickeln kann; solche Versuche sind schon seit Ricardo zum Scheitern verurteilt. Die nähere Betrachtung des Staffelpreises deutet ebenfalls in diese Richtung. Aus der Analyse des Arbeitswertes läßt sich der subjektive Faktor nicht entfernen: Wenn wie bei den Staffelpreisen die aufgewendete Arbeitszeit zählen soll, dann werden Antrieb, Geschick und Können des Arbeiters/Bauers zu wichtigen Faktoren. Mit diesem Problem hat sich schon Adam Smith herumgeschlagen; er suchte nach einer Methode, wie man solche subjektiven Faktoren ausschalten könne und fand die Lösung in der Arbeitsteilung und Dequalifizierung (in seinen Augen ein erwünschter Vorgang). Taylor nahm diesen Gedanken auf und meinte dann, die endgültige Lösung gefunden zu haben, indem er die menschliche Tätigkeit standardisierte. Vor diesem Hintergrund ist es der richtigere Weg, die Feststellung des Arbeitsmaßes nicht zur Grund-

lage der Wert- und Preisbildung zu machen. Schon das Modell der Staffelpreise sieht auch vor, daß der Preis durch Verhandlungen gefunden wird. Entscheidender Faktor ist in diesem Fall die politische Durchsetzungsfähigkeit und nicht die Suche nach Kriterien für die Vergleichbarkeit von Arbeitserträgen. In der weitergehenden Variante des Staffelpreises (vgl. 3.13) ist ja nicht die Quantität der bäuerlichen Arbeit, sondern ihre Qualität bedeutsam: Sie allein kann einen Verhandlungspartner wie den Verbraucher überzeugen. Allerdings ist Qualität kaum messbar, sondern sie kann eben nur überzeugen. Richtig an dieser Modellvorstellung ist jedenfalls, den Tausch und speziell die Preisbildung von vornherein bewußt als politischen Akt zu sehen.

Wir stehen hier freilich vor einer Fülle von ungelösten Fragen der Ökonomie und ihrer Theoriebildung. Solange diese Fragen keine Antwort finden, wird freilich die gängige Theorie die Oberhand behalten, weil sie auf der Grundlage von Quantifizierungen operiert unter Vernachlässigung der Qualität. Diese Darlegungen sollen als Appell an die Ökonomen verstanden werden, gerade dem Sektor der Landwirtschaft mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Wir haben uns im Gefolge von Fourastié zu sehr daran gewöhnt, daß der primäre Sektor, also die Landwirtschaft, nur von wenigen aufrechterhalten werden kann. So gesehen scheint der Widerstand der kleinen Besitzer nur als ein Rückzugsgefecht oder als eine Art Weberaufstand. Sie müssen weichen, bis wir die 2 % Anteil an der Erwerbsbevölkerung haben wie in den USA. Der soziale Friede ist auf diese Weise auch herstellbar, denn jene 2 % der Erwerbsbevölkerung erstellen dort auch haargenau 2 % des Bruttoinlandproduktes (BIP). In der Bundesrepublik lauten die entsprechenden Daten 4 % bzw. 2 % (alle Angaben für '86). Eine Halbierung der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft würde also den Problemen ein Ende bereiten. Vielleicht haben die Brüsseler Planer diese Vision. Dieser scheinbar nüchternen Sicht können zwei Gesichtspunkte gegenübergestellt werden: Ist die Abgrenzung der Sektoren überhaupt sinnvoll? (Vgl. 3.4) - Sollte nicht das bäuerliche Leben als Bereicherung und Kulturvorrat erhalten werden für jeden?

Auch auf diesem Wege zeigt sich, daß Landwirtschaftspolitik nicht ins Abseits gehört, sondern der Beteiligung des Aktivbürgers bedarf, dem die Zukunft unserer Gesellschaft ein Problem ist.

Helmut Arnold

Die Agrarfrage in der BRD heute – Marxistische Erkenntnisse und Positionen überholt?

1. Einleitung

Überschüsse trotz internationalem Nahrungsmittelbedarf, erhebliche und wachsende soziale Unterschiede im Agrarsektor trotz fortwährender Produktionssteigerung und Subventionen sowie nicht zuletzt ökologische Konflikte sind – nicht nur in der BRD – die wichtigsten Merkmale der gegenwärtigen Agrarkrise. Das ehemalige Zugpferd der EG scheut erheblich. Ein Ergebnis dieser zunehmenden Widersprüche ist das rasch ansteigende Interesse an der – ehemals von manchem als weitgehend gelöst angesehenen – Agrarfrage. Die gegenwärtig präsentierten Analysen wie Lösungsansätze lassen sich zumeist systemimmanenter marktwirtschaftlichen, staatsinterventionistischen oder ökologischen Positionen zuordnen (Arnold 1983).

Unkenntnis, reale agrarpolitische Schwierigkeiten sozialistischer Länder aber auch ökologische Argumente tabuisieren hierzulande weitgehend marxistische Positionen zur Agrarfrage oder erklären diese schlicht für überholt. Demgegenüber soll hier gezeigt werden, daß marxistische Erkenntnisse und Positionen nicht nur zum historischen Verständnis der Landwirtschaft wesentliches beizutragen vermögen, sondern auch wichtige Impulse – jedoch keine Rezepte – für die gegenwärtige Debatte und erörterten Lösungsansätze geben können.

2. Grundpositionen der Klassiker

Marx' und Engels' Untersuchungen gehen, entsprechend ihrer dialektischen, historischen und materialistischen Methode nicht von selbsterstellten Prämissen, sondern stets von umfassenden, konkreten, historischen wie aktuellen Analysen aus. So schildern sie – noch heute lesenswert – die Situation der Landwirtschaft an der Mosel, in Preußen, in Deutschland, in Frankreich, England, Schottland, Irland und Rußland (Marx 1853/1966, Engels 1886/1972, Kemper 1929/1973, Bergmann 1968). Besonderes Interesse erwecken aber bis heute ihre empirischen und theoretischen Arbeiten über die allgemeinen Entwicklungslien des Agrarsektors im Kapitalismus. Für Marx gelten grund-

sätzlich die allgemeinen ökonomischen und politischen Grundlagen des Kapitalismus auch für die Landwirtschaft. Seine Ableitungen des Warenwertes, Preises, Mehrwerts, Profits, Kapitals und dessen Akkumulation sind demnach grundsätzlich auch für die Agrarproduktion gültig (Marx 1873/1974).

Allerdings werden die wesentlichen Unterschiede zwischen industrieller und agrarischer Produktion – Abhängigkeit von natürlichen Bedingungen, relative Unvermehrbarkeit des Bodens und Unterschiede ökonomischer Kategorien wie Grundrente – nicht nur registriert, sondern bilden die entscheidende Basis der historisch-materialistischen Grundrententheorie (Marx 1974, Bd. 3).

Marx entwickelt diese aus der allgemeinen Kritik der politischen Ökonomie. Sie zielt auf die gesellschaftliche Bestimmung des Bodens und seines Wertes im Kapitalismus ab.

Der Bodenwert wird nach der Grundrententheorie von der

1. absoluten Rente, die letztlich im Privateigentum begründet liegt,
2. Differentialrente I, sie ist ein Ausdruck für die natürliche Bodenfruchtbarkeit und Lage und
3. Differentialrente II, sie spiegelt den Kultivierungs- bzw. Vergesellschaftungsgrad, z.B. durch Melioration, Agrochemikalien, Flurbereinigung, wider

bestimmt. Die Grundrente ist ein Monopolpreis, der durch das Privateigentum erzwungen wird. Der Bodenpreis ist dabei die kapitalisierte Grundrente.

Marx berücksichtigt bei seinen Untersuchungen das bereits von den Physiokraten formulierte "Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" nicht ausdrücklich. Dieses Versäumnis gilt zum Teil als entscheidendes Argument gegen die Grundrententheorie. Die bisherigen Ergebnisse des Produktionsmitteleinsatzes belegen jedoch, daß bei historischer Betrachtung die Prämissen dieser These allgemein unhaltbar sind. Sie treffen allerdings zu für ein Produkt oder einen Standort bei gleichbleibendem technischen Niveau und unveränderten Organisationsformen. Tatsächlich werden jedoch Produktionsmethoden und Organisationsformen beständig verändert.

Marx beschließt seine theoretischen Untersuchungen mit dem Hinweis auf die grundlegende Schranke des Privateigentums und fordert deshalb eine Bodenreform bzw. die Vergesellschaftung von Grund und Boden (Marx/Engels 1848). Marx entwickelt seine Agrartheorie in einem konkreten historischen und gesellschaftlichen Bezug: der Landwirtschaft in England. Dabei betont er stets, daß seine Ergebnisse nicht beliebig auf andere Länder übertragen

werden dürfen. Zur ursprünglichen Akkumulation schreibt er:

"Ihre Geschichte nimmt in verschiedenen Ländern verschiedene Färbung an und durchläuft die verschiedenen Phasen in verschiedenen Reihenfolgen und in verschiedenen Geschichtsepochen. Nur England, das wir daher als Beispiel nehmen, besitzt die klassische Form." (1974, Bd. 2, S. 744)

Für alle kapitalistischen Länder sieht Marx jedoch allgemeingültige Entwicklungstendenzen. Die Agrarproduktion ist für ihn die erste Quelle des gesellschaftlichen Reichtums, die aus der Natur und der Arbeit gespeist wird.

"Sobald sich die kapitalistische Produktion der Agrikultur, oder im Grad, worin sie sich derselben bemächtigt hat, nimmt mit der Akkumulation des hier funktionierenden Kapitals die Nachfrage für die ländliche Arbeiterbevölkerung absolut ab...." (1894/1973, Bd. 1, S. 671)

Diese Entwicklung ist Gegenstück und Voraussetzung jeglicher Industrialisierung. Die Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion, Warencharakter und Privateigentum, zwingen auch die Landwirtschaft umfassend in kapitalistische Produktionsverhältnisse. Profitmaximierung, Konkurrenz, Zentralisation und Konzentration des Kapitals sowie Arbeitsteilung und Kooperation innerhalb der Landwirtschaft, aber auch zwischen Industrie, Wissenschaft, Banken und Landwirtschaft setzen sich auch hier durch.

Soweit die Landwirtschaft im wesentlichen noch einfache Warenproduktion ist, d.h. Produktionsmittelbesitzer und Arbeiter in einer Person, fällt das Mehrprodukt dem Bauern selbst zu. Steuer- und Zinslast sowie niedrige Erzeugerpreise infolge weitgehend fehlender Markteinflüsse und Überproduktion begrenzen jedoch diese Möglichkeit bzw. machen sie unmöglich. Nur überdurchschnittlich große und sehr kapitalintensive Betriebe sind dann noch in der Lage, ihre Rentabilität zu erhöhen und weiter zu rationalisieren. Diese Entwicklung trennt langfristig den bäuerlichen Produzenten von seinen Produktionsmitteln. Er wird selbst zur Ware bzw. lohnabhängig. Dieser Prozeß verläuft jedoch entsprechend den historischen und ökonomischen Bedingungen in den Ländern verschieden, wie ein Vergleich der Agrarsektoren z.B. in England, USA, Italien und BRD zeigt.

Marx und Engels heben hervor, daß Industrie und Landwirtschaft letztlich Teile eines gesellschaftlichen Gesamtprozesses sind, die - wenn auch zahlreich abgewandelt - in einer gleichen Entwicklungslinie stehen. Das Durchsetzen kapitalistischer gegenüber feudaler Produktionsweisen in der Landwirtschaft wird von den Klassikern als wesentlicher historischer Fortschritt

bewertet. Dieser erfolgt jedoch nicht schranken- und krisenlos.

"Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." (Marx 1894/1973, Bd. 1, S. 530)

Sie wird demnach mehr und mehr zum Hemmnis für die Landwirtschaft selbst.

"Hand in Hand mit der Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes..."

Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. ... Die kapitalistische Produktion erzeugt notwendigerweise ihre eigene Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf der Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinschaftsbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel." (Marx 1894/1973, Bd. 1, S. 773, 791)

3. Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Landwirtschaft

Die Vorstellung von der Landwirtschaft als letztem Bollwerk gegen das zerstörerische Industriesystem entspringt eher einem ideologischen Bedürfnis nach Harmonie und Stabilität denn der Wirklichkeit. Vor allem seit der Epoche der Agrarreform im 19. Jahrhundert wurden landwirtschaftliche Produktionsmethoden und Organisationsformen so grundlegend umgewälzt, daß für die Auffassung, der Agrarsektor entwickle sich grundsätzlich nach besonderen, letztlich außerökonomischen Kriterien, kein Raum mehr bleibt. Die wesentlichen Merkmale des bisherigen Wandels sind:

1. Die Prinzipien kapitalistischen Wirtschaftens, insbesondere einzelbetriebliche Profitmaximierung, zwischenbetriebliche Konkurrenz und Warenproduktion, haben sich umfassend durchgesetzt.
2. Menschliche Arbeitskraft wird zunehmend durch wachsende Kapitalintensität ersetzt.
3. Traditionelle Produktionsverfahren werden immer stärker durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt verdrängt.
4. Die Arbeitsproduktivität erreicht zwar noch nicht absolut industrielle Höhe, steigt aber im agrarischen Bereich seit Jahren schneller als in den übrigen.
5. Die Landwirtschaft ist bereits umfassend, d.h. sozial, wirtschaftlich, technisch, politisch und ökologisch in die hochindustrialisierte Volks-

wirtschaft integriert. Die Naturabhängigkeit verliert langfristig gegenüber Einflüssen von Konjunktur und Politik an Bedeutung, wird aber dennoch nicht bedeutungslos (Arnold 1983).

Auch wenn allgemein die These von grundsätzlich anderen Entwicklungsbedingungen der Landwirtschaft als widerlegt gelten kann, so sind doch spezifische Aspekte gegenüber der Industrie zu beachten. Zum einen ergreift der wissenschaftlich-technische Wandel zumeist mit einer typischen Phasenverschiebung ("Verspätung") den Agrarsektor, wie Motorisierung und EDV-Einsatz belegen. Zum zweiten ändern sich die Agrarstrukturen (Betriebsgröße und -systeme) deutlich langsamer als in der Industrie. Diese Hemmnisse sind besonders an der relativ geringen Kapitalkonzentration und -zentralisation und dem noch Vorherrschenden der einfachen Warenproduktion (Arbeiter und Produktionsmittelbesitzer in einer Person) erkennbar. Bereits ein Blick auf die aktuelle einzelbetriebliche Situation des "klassischen" bäuerlichen Familienbetriebes, dem Kern der BRD-Agrarstruktur zwischen 10 und 30 ha LF (d.h. rund 55 % aller Vollerwerbsbetriebe), zeigt jedoch, daß sie zumeist schon in der Abstockungszone sind. Gegenwärtig liegt die Trennlinie zwischen noch akkumulierenden und allmählich aufgebenden Unternehmen bei rund 40 ha LF (BMELF 1986).

Im allgemeinen können daher die Marx'schen Erklärungen über landwirtschaftliche Entwicklungsprozesse als bestätigt gelten.

"Im ganzen ist anzunehmen, daß in der vorherigen, vorkapitalistischen Produktionsweise die Agrikultur produktiver ist als die Industrie, weil die Natur als Maschine und Organismus hier mitarbeitet, während die Naturkräfte in der Industrie fast ganz durch Menschenkraft ersetzt werden, wie in der handwerksmäßigen Industrie usw.; in der Sturmperiode der kapitalistischen Produktion entwickelt sich die Produktivität der Industrie rasch gegen die Agrikultur, obgleich ihre Entwicklung voraussetzt, daß in der Agrikultur schon bedeutsame Variationen zwischen konstantem und variablem Kapital stattgefunden hat, d.h. eine Masse Menschen von dem Ackerbau vertrieben wird. Später geht die Produktivität in beiden voran, obgleich in ungleichem Schritt. Aber auf einem gewissen Höhepunkt der Industrie muß die Disproportion abnehmen, d.h. die Produktivität der Agrikultur sich relativ rascher vermehren als die der Industrie. Dazu gehört:

1. Ersetzen des bärenhäutigen Bauern durch den Geschäftsmann, den landwirtschaftlichen Kapitalisten, Verwandlung des Ackerbauers in einen Lohnarbeiter, Agrikultur auf größerer Stufenleiter, also mit konzentrierten Kapitalien.
2. Namentlich aber entwickeln sich die Wissenschaften, die direkt in höherem Grade spezifische Grundlagen für die Agrikultur als für die Industrie sind - Chemie, Geologie und Physiologie." (Marx 1910/19)

4. Die Agrardebatte im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland

Die im 3. Teil allgemein nachgezeichneten Hauptlinien der Landwirtschaft sind keineswegs ausschließlich ökonomischen oder technischen Trends geschuldet. Jede Phase wird auch ganz wesentlich von den jeweiligen politischen Interessenkonstellationen bestimmt. Einen wichtigen Hinweis auf die politischen Machtverhältnisse liefern neben der praktischen Agrarpolitik theoretische Auseinandersetzungen über den "richtigen" Weg der Landwirtschaft. Im Mittelpunkt der Debatten stehen zumeist die optimale Betriebsgröße, das Verhältnis zum Privateigentum sowie das Bündniskonzept. Im - keineswegs homogenen - "bürgerlichen Lager" sind seit der Epoche der Agrarreformen die Dogmen Privateigentum, einzelbetriebliche Profitmaximierung und Bündnis mit dem industriellen und Finanzkapital weitgehend umstritten, wenn auch - regional sehr unterschiedlich - versetzt mit berufsständischen Elementen. Die hieraus abgeleiteten konkreten Forderungen sind jedoch in den verschiedenen historischen Phasen sehr unterschiedlich, wie vor allem die Suche nach der optimalen Betriebsgröße zeigt.

"Generell kann festgestellt werden, daß trotz der scheinbaren Widersprüchlichkeit ihrer Aussagen nahezu alle Autoren, die das Problem der optimalen Betriebsgrößengestaltung zum Teil unter sehr unterschiedlichen Fragestellungen behandeln, ein den zu ihrer Zeit erreichten Entwicklungsstand der Technisierungsstufe der Landwirtschaft entsprechendes, also phasenkonformes Urteil abgeben ... Lediglich solche Äußerungen ..., die dem ideologischen Bereich entstammen, zeigen die Tendenz zur Phaseninkonformität. Die Erklärung hierfür ist in einer Mißachtung der zeitgeschichtlichen wirksamen Gegebenheiten und in den oft utopischen Bezugspunkten von Ideologen zu suchen." (Baron 1972, S. 189)

Mit letzteren Äußerungen sollen vor allem systemkritische Positionen widerlegt werden. Dieser Versuch muß jedoch scheitern, da Baron seine eigene Ideologie verschweigt und zumeist sogenannte pragmatische, d.h. zumeist kurzfristige und an den jeweiligen Verhältnissen ausgerichtete Positionen über historische und materialistische Analysen stellt.

Die agrarpolitischen Beiträge von Marx und Engels basieren neben den politischen und ökonomischen Analysen des Kapitalismus (vgl. 2) auf den Ergebnissen des Deutschen Bauernkrieges (Engels 1870) und den Arbeiten der Frühsozialisten in Deutschland, vor allem auf Weitling (Weitling 1842/1974).

Im Revolutionsjahr 1848 erscheinen im kommunistischen Manifest auch erstmals agrarpolitische Forderungen von Marx. Er spricht sich grundsätzlich für die "Expropriation des Grundeigentums", den Großbetrieb als Leitbild und eine Vereinigung von Industrie und Agrarwirtschaft aus (Marx 1848/1970, S. 67). Entsprechend seiner materialistischen Grundposition, daß diese Maßregeln

sich in den verschiedenen Ländern unterschiedlich durchsetzen werden, paßt er sein Aktionsprogramm den deutschen Verhältnissen an.

"Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter,...werden in Staatseigentum umgewandelt. Auf diesen Landgütern wird der Ackerbau im großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit betrieben. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt. Die Interessen für jene Hypotheken werden von den Bauern an den Staat gezahlt. In den Gegenden, wo das Pachtsystem entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtshilling als Steuer an den Staat gezahlt.

Alle diese Maßnahmen werden gefaßt, um öffentliche und andere Lasten der Bauern und kleinen Pächter zu vermindern, ohne die zur Bestreitung der Staatskosten nötigen Mittel zu schmälen und ohne die Produktion selbst zu gefährden.

Der eigentliche Grundeigentümer, der weder Bauer noch Pächter ist, hat an der Produktion gar keinen Anteil. Seine Konsumption ist daher bloßer Mißbrauch." (Marx/Engels 1848/1966)

Eine sozialistische Agrarpolitik ist demnach durch das Leitbild eines modernen Großbetriebes und öffentliches - zumindest bei den Großbetrieben - Grundeigentum gekennzeichnet. Tragende soziale Schicht der neuen Produktionsverhältnisse ist der Industrie- und Landarbeiter, gegebenenfalls auch Bauern. Klein- und Mittelbauern sind nach Marx zwar ökonomisch und historisch weitgehend überholt, stehen in den Auseinandersetzungen um die künftige Landwirtschaft jedoch politisch im Mittelpunkt. Die Arbeiterbewegung hat progressive Tendenzen der Bauern zu fördern, ohne dabei deren konservative Seite zu mißachten. Er lehnt es aber ab, daß Sozialisten zum Verteidiger privaten bäuerlichen Eigentums werden.

Der Ausgang der 1848er Revolution läßt auch Engels die Agrarfrage in Deutschland verstärkt studieren. Seine agrarpolitischen Schlußfolgerungen präzisieren Marx' Verständnis von den Bauern. Er unterscheidet zwischen Klein-, Mittel- und Großbauern und sieht nur im genossenschaftlichen Eigentum und Betrieb eine Möglichkeit, bäuerlichen Besitz zu retten "... nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe ..." (Engels 1886/1972)

Die Positionen der Klassiker sind sehr bald heftig umstritten. Zum einen wenden sich Anhänger Proudhons - jedoch erfolglos - in der I. Internationale gegen die Nationalisierung von Grund und Boden. Im Privateigentum sehen sie eine wesentliche Voraussetzung zur persönlichen Freiheit. In Deutschland findet die entscheidende Debatte in der Sozialdemokratie statt. Während auf programmatischer Ebene marxistische Positionen zunächst unumstritten sind, prägen jedoch von Anfang an sozialreformerische Elemente die agrarische Praxis.

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890, die eine offene Diskussion ermöglicht, ersten enttäuschenden Wahlergebnissen – vor allem auf dem Land – aber einer immer schwierigeren sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bauern und Landarbeiter kommt es zu einer heftigen agrarpolitischen Debatte. Sie bildet einen wesentlichen Kern des Revisionismusstreites. Kautsky's "Agrarfrage" (1899) und David's "Sozialismus und Landwirtschaft" (1902/1922) sind die theoretischen Höhepunkte. Kautsky betont als Leitbilder den genossenschaftlichen modernen Großbetrieb, das gesellschaftliche Eigentum an Grund und Boden sowie das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Insgesamt steht er in der Tradition der Klassiker.

David stellt dieser eine Bauernschutzpolitik gegenüber, die er mit sozialen, ökonomischen und ökologischen (!) Argumenten begründet. David (1902/1922) meint, "... Landwirtschaft ist angewandte Physiologie ..." (S. 214). Nach ihm ist die Landwirtschaft ein organischer, die Industrie ein mechanischer Prozeß. Beide bedürfen einer völlig unterschiedlichen Integration, da die Landwirtschaft dem Bodenertragsgesetz unterliege, das im Konservatismus der Natur begründet sei. Er lehnt die modernen Produktionsmethoden nicht grundsätzlich ab, sondern macht ihre Bewertung von der Art und Weise des Einsatzes abhängig. Nur der Kleinbetrieb ist nach David imstande, die technischen Fortschritte sozial und naturgemäß zu verwirklichen.

"Je kleiner der Betrieb, um so leichter ist die naturgesetzliche Harmonie zwischen Nährstoffverbrauch und -ersatz aufrechtzuerhalten ... im Gegensatz zu dieser ... hat der Großbetrieb überall ... seinen bodenausraubenden Charakter gezeigt." (David 1922, S. 251 und 1259)

Insgesamt kommt er zu dem Schluß, daß die kapitalistische Dynamik gerade nicht zum naturnotwendigen Untergang des Kleinbetriebes führt, vielmehr ihn begünstigt.

Dieser bis heute interessante Streit wird letztlich nicht theoretisch, sondern höchst praktisch durch den noch hinter den David'schen Reformismus zurückfallenden "Agrarrealismus" gelöst. Er tritt für den Schutz der gesamten landwirtschaftlichen Produktion ein, vor allem durch Schutzzölle und staatliche Subventionen. Das Klein- und Mittelbauerntum solle erhalten und gegebenenfalls durch innere Kolonisation vermehrt werden.

"Es ist offensichtlich, daß das Programm der Agrarrealisten die völlige Abkehr von der Marx'schen Lehre bedeutet. Nicht nur jede Betonung der Klassen gegensätze innerhalb des kapitalistischen Systems ist vermieden, sondern es wird bereits jener Wirtschaftsdemokratie das Wort geredet, die das Kennzeichen jeder kleinbürgerlichen Reformbewegung ist und objektiv die Konsolidierung der bestehenden Gesellschaftsordnung bedeutet." (Kemper 1928/1974, S.59)

Diese Positionen kennzeichnen im wesentlichen die praktische Agrarpolitik der Sozialdemokratie seit 1918/19. Sie wird nur durch das Volksbegehren zur

Enteignung der früheren Herrscherhäuser (1925) und unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg von der Forderung nach einer radikalen Bodenreform unterbrochen, die jedoch nur ansatzweise durchgeführt wird (Poppinga 1983). Positive Ergebnisse sozialdemokratischer Agrarpolitik sind aber die gewerkschaftliche Organisierung der Landarbeiter und eine allmähliche Beseitigung feudaler Relikte. Auf dem Kieler Parteitag (1928) wird der "Agrarrealismus" auch programmatische Grundlage. Auch wenn in Skandinavien und Österreich (Bauer, Genner) noch Gegengewichte zu schaffen suchen, ist auch ihre Praxis "realistisch" orientiert. Die agrarmarxistische Debatte verlagert sich zunehmend auf radikal-sozialistische und kommunistische Parteien.

Auch die agrarpolitische Diskussion der Kommunisten ist zunächst kontrovers. Gestritten wird in der KPD vor allem um die Zukunft des klein- und mittelbäuerlichen Betriebes: mit Junkerland stärken oder zu Genossenschaften zusammenführen bzw. privates oder genossenschaftliches Eigentum (Ostheimer 1976). Auch in der jungen Sowjetunion ringen zunächst verschiedene Fraktionen öffentlich um den richtigen Weg (Lenin 1923/1968).

"Rußland ist ein überwiegend agrarisches Land. In der Revolution folgt die Bauernschaft, im großen und ganzen gesehen, dem Proletariat ... In diesem Kampfe werden diverse Utopien auftauchen ... Wir drucken sie (eine dieser Utopien; d. Verf.) auch deshalb, damit jeder Arbeiter und vor allem jeder Bauer ... sich kritisch und bewußt mit den Beweggründen des Gegners auseinandersetzen kann." (Orlowski 1920/1981, S. 15)

Mit der allmählichen Stalinisierung kommunistischer Parteien, der zunehmenden Agrarkrise und dem aufkommenden Faschismus erstirbt die Agrardebatte weitgehend. Die Entwicklungslinien der Sowjetunion gelten einerseits als unumstößliche Erfüllung der Theorie bzw. praktisches Vorbild, während andererseits in den kapitalistischen Ländern eine aktive Bauernschutzpolitik betont wird. Bäuerliches Eigentum und Betriebsgrößen gelten nicht mehr als zu beseitigende Größen (Hoernle 1939/1983).

Die agrarische Debatte verstärkt sich international mit der Niederlage des Faschismus, der erheblichen Vergrößerung und gestiegenen Vielfalt des sozialistischen Lagers, der chinesischen Revolution und später den Befreiungsbewegungen in Entwicklungsländern sowie der allmählich einsetzenden Entstalinisierung. Nach dem weitgehenden Scheitern der Bodenreform in den drei Westzonen, mit dem KPD-Verbot und dem Godesberger Parteitag der SPD, aber auch durch abschreckende Beispiele bei der Durchsetzung einer weitgehend auf genossenschaftlichem Eigentum beruhenden Landwirtschaft in der DDR werden agrarpolitische Debatten in der BRD zumeist ohne Vertreter historisch-mate-

rialistischer Positionen geführt.

Dieses Tabu wird zunächst durch die Student- und später vor allem durch die Ökologiebewegung entdeckt und problematisiert, aber nur selten abgebaut bzw. überwunden (Bergmann 1968 und 1973, Poppinga 1975). Während beide Bewegungen überwiegend von nichtbäuerlichen sozialen Schichten getragen werden, regen sich – wenn auch sehr wenige – mit zunehmenden Agrarkonflikten auch innerlandwirtschaftliche Kritiker. Einzelne beziehen sich dabei mehr oder weniger auf marxistisches Gedankengut.

Trägt diese Basis, auch wenn die allgemeinen Entwicklungslinien insgesamt zutreffend erkannt werden, angesichts der weitgehend veränderten Rahmenbedingungen noch heute?

5. Widerlegen agrarökologische Erkenntnisse marxistische Positionen?

Nicht selten werden marxistische Argumente mit Hinweisen auf den Wachstumsfetischisten Marx, das grundsätzliche Fehlen ökologischer Elemente in seinem Gedankengut und nicht zuletzt die Umweltkonflikte in sozialistischen Ländern zurückgewiesen.

Tatsächlich beurteilt Marx den gesellschaftlichen, insbesondere wissenschaftlich-technischen Fortschritt als Überwinder des alten und Wegbereiter des neuen sozialistischen Systems, durchweg positiv. Auch die beiden anderen Argumente sind durchaus belegbar. Allerdings sind diese drei Begründungen nur die halbe Wahrheit. Bei aller Fortschrittseuphorie, die er mit seinen Zeitgenossen, unter anderem auch Haeckel, dem Begründer der Ökologie, teilt, sehen ihn Marx und Engels – und dies im Gegensatz zu Haeckel – doch nie losgelöst von gesellschaftlichen und natürlichen Bedingungen. So definiert Marx den Menschen als "gesellschaftliches Tier", sieht keineswegs die Arbeit allein als "... die Quelle allen Reichtums. Die Natur ist ebenso Quelle der Gebrauchswerte." (Marx 1946/1972, S. 17)

Er ist sich bewußt, daß die Entwicklung von Produktionsmitteln nicht neutral erfolgt. Wissenschaft und Technik werden nach ihm nur in derjenigen Form entwickelt, die dem jeweiligen gesellschaftlichen Zweck entspricht.

Bezogen auf die Landwirtschaft bedeutet das:

"Jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in der Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeit ist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher ist dieser Zerstörungsprozeß." (Marx 1894/1973, Bd. 1, S 530)

Schließlich sieht Marx in einer veränderten, sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökologische Weiterentwicklung.

"Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsinformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen, wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen." (Zitat nach Fetscher 1984, S. 40).

Belege für ein modernes, kritisches Naturverständnis von Marx und Engels können jedoch in der Form von Zitaten nur erste Hinweise geben. Letztlich entscheidend aber dürfte sein, daß beide von Anfang an den naturwissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt nicht nur aufmerksam verfolgen, sondern auch selbst kritisch zu einem eigenen sozial-anthropologischen Ansatz verarbeiten und die klassisch-liberale Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Natur nie akzeptieren (Engels 1925/1971 und 1876/1968, Schmidt 1974, Reiprich 1969). Der historische Prozeß zwischen Mensch und Umwelt bzw. die Organisation "der Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur" bzw. die gesellschaftlich organisierten Beziehungen zwischen Menschen und Natur werden nicht nur berücksichtigt, sondern bilden den zentralen Ausgangspunkt und das Ziel ihrer Arbeiten.

Darüber hinaus zeigt auch eine Gegenüberstellung klassisch-marxistischer Positionen und bisheriger naturwissenschaftlich-ökologischer Erkenntnisse, daß zwischen beiden keine grundsätzliche Unvereinbarkeit besteht. Ökologische Ergebnisse stellen die naturgesetzlich erfaßbaren Erscheinungsformen gesellschaftlicher Naturnutzung dar, während die Polit-Ökonomen die Entwicklungslinien menschlicher Sozietäten darstellen und analysieren.

Bereits Mehring (1899/1975) formuliert diesen bedeutsamen Zusammenhang an dem wissenschaftlichen Begründer der Ökologie, E.F. Haeckel. Er stellt zunächst dessen naturwissenschaftliche Kompetenz und Bedeutung für die Sozialdemokratie heraus:

"Haben wir je aus einer einzelnen Schrift (Die Welträtsel), die in den letzten Jahren erschienen ist, einen überwältigen Eindruck davon empfangen, eine wie unübertreffliche, aber auch wie unentbehrliche Waffe der proletarische Klassenkampf im historischen Materialismus besitzt, so aus diesem Buche Haeckels." (S. 238)

Andererseits vergißt er aber nicht, auf die bis heute gültige und deshalb beachtenswerte Trennlinie zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften hinzuweisen.

"Er ist Materialist und Monist, aber nicht historischer, sondern nur naturwissenschaftlicher Materialist; er glaubt, die Gesetze, die in der Natur gelten, ohne weiteres auf die Gesellschaft übertragen zu können, und gelangt dabei zu philosophischen Resultaten, deren Dürftigkeit nahezu jeder Beschreibung spottet." (S. 238)

Seit dem vergangenen Jahrhundert ist somit die wesentliche Linie bekannt, an der sich ökologische und marxistische Positionen unversöhnlich gegenüberstehen: unzulässiges Übertragen naturwissenschaftlicher Erkenntnisse auf gesellschaftliche Verhältnisse (Biologismus) und umgekehrt. Beide Bereiche stehen dennoch in einem unauflösbar materiellen und ideellen Zusammenhang. Auch die aktuelle agrarpolitische Debatte zeigt, daß ökologische Erkenntnisse unverzichtbar sind und wichtige Diskussionsimpulse geben. Sie versagen aber bei der Ursachenanalyse und dem Aufzeigen problemgerechter Lösungsstrategien.

6. Setzt die staatliche Agrarpolitik kapitalistische Systemzwänge außer Kraft?

Nicht selten entsteht bei der aktuellen Agrardebatte um die EG-Markt- und Preispolitik der Eindruck, als ob entscheidende Mechanismen kapitalistischen Wirtschaftens durch nationalstaatliche bzw. europäische Maßnahmen unwirksam geworden seien. Würde dies zutreffen, so müßte zumindest ein zentraler Baustein des Marxismus – sein Staatsverständnis – für unbrauchbar erklärt werden. Der Staat gilt hier als historische Kategorie. Seine Entstehung, Existenzformen und Funktion werden letztlich aus der ökonomischen Gesellschaftsanalyse abgeleitet:

"Alle Regierungen, seien sie noch so unabhängig, sind en denier lieu nur die Vollstrecker der ökonomischen Notwendigkeiten der nationalen Lage. Sie mögen diese Aufgabe in verschiedener Weise – gut, schlecht oder leidlich – besorgen; sie mögen die ökonomische Entwicklung und ihre politischen und juristischen Konsequenzen beschleunigen oder hemmen, aber schließlich müssen sie ihr doch folgen." (Engels 1892, Zitat nach Butterwegge 1977, S. 40)

Die bislang vorliegenden – wenigen – kritischen Analysen staatlicher BRD-Agrarpolitik lassen den vorläufigen Schluß zu, daß in keiner Phase reichs- und bundesdeutscher Agrarpolitik die Maßnahmen nicht der jeweiligen sozialen wie politischen Machtkonstellation und ökonomischen Entwicklung entsprachen (Günnemann 1981, Jordan 1981 und Poppina 1975). Sie belegen, daß trotz der immensen EG-Agrarmarktausgaben die Prinzipien kapitalistischen Wirtschaftens wie einzelbetriebliche Profitmaximierung, Konkurrenz und Konzentration und Zentralisation nicht nur nicht außer Kraft gesetzt werden, sondern diese sogar noch grundsätzlich unterstützen. Dies gilt auch für die

jüngsten Agrarmarktbeschlüsse (Kontingente und Subventionen). Es sind somit nicht die enorm hohen Kosten an und für sich, welche die Fehlorientierung begründen, sondern die Art und Weise ihrer tatsächlichen Verwendung.

"Auf jeden Fall darf ... mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß die Steuermittel, die der Agrarprotektionismus der letzten hundert Jahre ... beansprucht hat, bei anderer Kanalisierung auch dazu ausgereicht hätten, die möglicherweise auftretenden sozialen Kosten struktureller Reformen zu decken ..." (Puhle 1975, S. 52)

Bergmann (1978) bekräftigt diesen Zusammenhang und weist darüber hinaus auf den auch in zeitlicher Hinsicht reagierenden Charakter der Agrarpolitik hin: "Insgesamt wird deutlich, daß die staatliche Agrarpolitik und die agrarpolitischen Institutionen den Strukturwandel langsamer realisiert und Konsequenzen daraus gezogen haben als die betroffenen Landwirte selbst." (S. 170)

Wesentlicher Beleg für die Behauptung, daß nationale oder internationale Maßnahmen nicht über den politischen Interessenkonstellationen und jenseits ökonomischer Gesetzmäßigkeiten stehen, sind jedoch die bisherigen Ergebnisse der Agrarpolitik und -ökonomiewissenschaft selbst. Trotz über 100-jährigen Mühens praktischer und wissenschaftlicher Agrarpolitik gelingt es bis heute nicht, die wesentlichen Ziele - Existenzsicherung, Teilnahme am sozialen Fortschritt, Aufhebung des Widerspruchs zwischen Überschüssen und Mangel - für die Mehrzahl der Bauern zu beseitigen - im Gegenteil. Auch die gegenwärtige Agrarreformdebatte läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß eine grundlegende Änderung nicht beabsichtigt ist. Allerdings werden mit der sich abzeichnenden Krise neue Methoden wirksam.

Bereits am Beispiel der Agrarkrise um 1930 arbeitet Varga (1969) das Vorherrschende polit-ökonomische Zusammenhänge gegenüber staatlichen Programmen heraus:

"Die Grundursache der Agrarkrise ist dieselbe wie die der zyklischen industriellen Krisen: der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung und die hieraus folgende Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen ... Auch die äußere Erscheinungsform (der Krisen) ist dieselbe: beide sind Überproduktionskrisen, die einen starken Preisverfall und einen Massenbankrott der Produzenten nach sich ziehen. Es bestehen aber auch wichtige Unterschiede ... wie das Vorherrschende der bäuerlichen Landwirtschaft, relativ höhere Fixkosten als in der Industrie und die Wirkungen der Grundrente ...

Daher ist die einzige im Rahmen des Kapitalismus überhaupt denkbare Lösung der Agrarkrise - Ruin und Verjagung vom Boden aller 'Untüchtigen', d.h. armen und mittleren Bauern, Übergang ihres Bodens in den Besitz kapitalkräftiger Elemente, Brachlegung ... Einschränkung der Produktion aus politischen Gründen (aus Angst vor Erstarken sozialistischer Opposition) für die Bourgeoisie ungängbar. Daher das - freilich erfolglose - Suchen nach einer anderen Lösung der Agrarkrise, die Experimente und Manöver der Bourgeoisie." (S. 262 - 274)

Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse staatlicher Agrarpolitik vermögen bislang die kapitalistischen Systemzwänge einer hochindustrialisierten Gesellschaft nicht außer Kraft zu setzen. Im wesentlichen unterstützt sie sogar diese, wenngleich sie auch um eine soziale Modifikation der Entwicklung bemüht ist. Eine kritische Analyse der Agrarpolitik darf demnach nicht mit Betrachtungen über verfügbare Finanzmittel oder einem Exkurs über mehr oder weniger Staat enden. Nach wie vor sind das Erkennen und Verändern politischer Machtkonstellationen und kapitalistischer Ökonomie zentral. Der Staat ist ein Teil dieser Elemente, ihnen aber nicht übergeordnet. Demnach widerlegt die bisherige Agrarpolitik keineswegs marxistische Erkenntnisse - im Gegen teil.

7. Marxistische Hinweise zur aktuellen Agrarpolitik

Marx' Aussagen über die Stellung und allgemeine Entwicklung der Landwirtschaft im Kapitalismus, die Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Natur in diesem Bereich und über die Bedeutung des Staates erweisen sich im ganzen als historisch zutreffend. Sie bieten bis heute eine bedeutsame diagnostische Grundlage, sind aber stets den konkreten historischen Bedingungen entsprechend zu ergänzen und gegebenenfalls auch zu verändern. Für die gegenwärtige bundesdeutsche Agrardebatte ergeben sich aus marxistischer Sicht mehrere Hinweise.

Weder aus den klassischen Schriften noch aus den - sehr unterschiedlichen - Formen der Agrarpolitik sozialistischer Länder lässt sich ein allgemeinverbindliches Modell einer sozial gerechten und umweltverträglichen, aber dennoch ökonomisch rationalen Agrarpolitik ableiten.

Es genügt nicht, auf die politischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Industrie- bzw. Finanzkapital und Bauern hinzuweisen. Auch innerhalb der Bauern bestehen grundsätzliche sozialökonomische Unterschiede. Klein- und Mittelbauern bedürfen daher einer anderen agrarpolitischen Behandlung wie Großbauern, Agrarkapitalisten und Spekulanten.

Agrarpolitische Forderungen an den Staat zu stellen, ist alleine unzureichend. Die Interessengebundenheit des Staates und die Bedeutung ökonomischer Entwicklungzyklen sind vor allem zu berücksichtigen.

Mit abnehmender Bedeutung der Landwirtschaft für die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik ist eine veränderte Agrarpolitik nur mit Bündnispartnern durchsetzbar. Die Engels'sche Auffassung, den Bauern viel Zeit für die

eigene Transformation zu lassen, kann deshalb nicht als mögliches Abkoppeln von einer allgemeinen gesellschaftlichen Veränderung interpretiert werden. Die Stellung der Landwirte als Nahrungsmittelproduzenten und bedeutendster Bodeneigentümer gebietet eine problemgerechte Berücksichtigung. Wesentlich stärker als bisher ist neben der Ökonomie die vorwiegend konservative Orientierung der Kultur im ländlichen Raum zu untersuchen und abzubauen. Eine historisch-materialistische Analyse muß ebenso die agrarökologischen Kenntnisse umfassend berücksichtigen.

Ein systemkritisches Agrarkonzept sollte sich nicht ausschließlich auf die EG-Ebene und Verwaltungsebene beziehen, sondern stärker als bisher von den unmittelbaren betrieblichen Organisationsformen, Produktionstechniken und politischen Interessenstrukturen ausgehen.

Dazu gehören insbesondere

- vorsichtige allgemeine Rahmen- und vor allem Produktionsplanung statt einzelbetrieblicher Profitmaximierung; d.h. unter anderem garantierte und kontrollierte Erzeuger- und Produktionsmittelpreise, die den Bauern ein angemessenes Einkommen sichern;
- Weiterentwicklung des bäuerlichen Familienbetriebes durch aufgabenspezifische Organisationsformen und vor allem zwischenbetriebliche Kooperation;
- Umorientierung staatlicher Agrarpolitik zugunsten eines reformierten Bodenrechts, welches grundsätzlich jedes spekulative Grundeigentum ausschließt. Struktur- und Sozialpolitik muß gegenüber der Markt- und Preispolitik wesentlich verbessert werden;
- Umweltgerechte Produktionstechnik durch verbesserte Ausbildung, Kontrolle, wissenschaftliche Beratung und nicht zuletzt eine generelle ökonomische, soziale und ökologische Buchführung;
- Wegfall der Landwirtschaftsklausel aus dem Naturschutzrecht; Entwicklung neuer agrarökologischer Leitbilder, die wesentlicher Bestandteil einer sozial und ökologisch ausgerichteten Regionalpolitik sind;
- Abbau der Marktmacht der vor- und nachgelagerten Industrien sowie der Banks durch Preis- und Zinskontrollen bzw. -festsetzungen. Ausbau der innerbetrieblichen Mitbestimmung in diesen Bereichen;
- nicht internationaler Konkurrenzkampf, sondern soziale und umweltgerechte Arbeitsteilung und Existenzsicherung.

Eine systemkritische Agrarpolitik läßt sich nur im Bündnis zwischen Arbeitnehmern, d.h. der Mehrheit der Verbraucher, und Bauern durchsetzen. Dieses erwünschte Aufeinanderzugehen stößt jedoch aus historischen wie aktuellen

Gründen auf erhebliche Hindernisse. Ein erster Ansatz hierzu könnte eine stärkere inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit der betroffenen Einzelgewerkschaften Metall (Landtechnik), Chemie (Agrarchemie), Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft sowie Handel, Banken und Versicherungen (Agrarkredit) untereinander und mit den Verbraucherverbänden sowie Bauernorganisationen sein.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (Hrsg., 1984): Zur Reform der Agrarpolitik. Verbraucher-Rundschau, Nr. 3, Bonn
- Arnold, H. (1981): Was kann Ökologie leisten?, in: BdWi-Forum 47, Marburg
- Arnold, H. (1983): Langfristige Entwicklungslinien der Landwirtschaft, 61(3), S. 321 - 345, Hamburg und Berlin
- Baron, P. (1972): Die Relativität des Urteils deutscher Agrarökonomen zum Betriebsgrößenoptimum und ihre Gründe, Bonn
- Bauer, O. (1936): Zwischen zwei Weltkriegen, Bratislava
- Bergmann, Th. (1968): Die Agrarfrage bei Marx und Engels und heute, in: Eichner, W./Schmidt, A. (Hrsg.): Kritik der politischen Ökonomie heute - 100 Jahre Kapital, Frankfurt/Wien
- Bergmann, Th. (1973): Die Landwirtschaft in der Bundesrepublik - Entwicklungstendenzen und Probleme, in: Meschkat, K./Negt, O. (Hrsg.): Gesellschaftsstrukturen, Frankfurt
- Bergmann, Th. (1978): Strukturwandel und Agrarpolitik; in: Doll, M./Stark, J. (Hrsg.): Strukturwandel und Strukturpolitik im ländlichen Raum, S. 157 - 189, Stuttgart
- BMELF (Hrsg., 1984): Agrarbericht und Materialband, Bonn
- Butterwegge, C. (1977): Probleme der marxistischen Staatsdiskussion, Köln
- David, E. (1902/1922): Sozialismus und Landwirtschaft, Leipzig
- DGB (1984): Entwurf eines DGB-Papiers zum Thema "Umwelt - Landwirtschaft - Ernährung - Verbraucher", Dezember 1983
- Fetscher, J. (1966): Karl Marx, Friedrich Engels - Studienausgabe, 4 Bände, Frankfurt
- Fetscher, J. (1984): Fortschrittsglaube und ökologisches Bewußtsein bei Marx und Engels, Hörfunksendung des HR vom 17. Januar 1984
- Engels, F. (1870/1974): Der deutsche Bauernkrieg, Berlin
- Engels, F. (1876/1968): Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, Berlin
- Engels, F. (1886/1972): Zur Bauernfrage, Berlin
- Engels, F. (1925/1971): Dialektik der Natur, Berlin

- Genner, M. (1979): Mein Vater Laurenz Genner – Ein Sozialist im Dorf, Wien/München/Zürich
- Günnemann, W. (1981): Agrarpolitik in der EG – Markt oder Lenkung? Opladen
- Hoernele (1939/1983): Deutsche Bauern unterm Hakenkreuz, Frankfurt
- Jordan, J. (1981): Ein Vorschlag für die Reform der EG-Agrarpolitik. Neue Gesellschaft, 12., Bonn
- Kautsky, K. (1899/1972): Die Agrarfrage, Graz
- Kemper, M. (1929/1973): Marxismus und Landwirtschaft, Stuttgart
- Lehmann, H.G. (1970): Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Demokratie, Tübingen
- Lenin, W.I. (1923/1969): Über das Genossenschaftswesen, Moskau
- Marx, K. (1848/1970): Das kommunistische Manifest, Düsseldorf
- Marx, K. (1894/1973–74): Das Kapital, 3 Bände, Berlin
- Marx, K. (1910/1919): Theorien über den Mehrwert, Stuttgart
- Marx, K. (1946/1972): Kritik des Gothaer Programms, Berlin
- Marx, K./Engels, F. (1848): Forderung der kommunistischen Partei in Deutschland, in: Fettscher, J. (Hrsg., 1966): Karl Marx, Friedrich Engels – Studienausgabe, Bd. 3, S. 88 – 89, Frankfurt
- Mehring, F. (1899/1975): Aufsätze zur Geschichte der Philosophie, Frankfurt
- Orłowski, P. (1920/1981): Vorwort zu Tschajonow, A.W.: Reise meines Bruders Alexej ins Land der bäuerlichen Utopie, Frankfurt
- Ostheimer, C. (1976): Vom Agrarprogramm zum Bauernhilfsprogramm, Diplomarbeit, Universität Hohenheim
- Parteivorstand der DKP (Hrsg., 1983): Demokratisches Bauernprogramm der Deutschen Kommunistischen Partei (Entwurf), Düsseldorf
- Poppinga, O. (1975): Bauern und Politik, Köln
- Poppinga, O. (1983): Bauernland in Junkerhand – Bodenreform in Hessen, Kassel
- Puhle, H.J. (1975): Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften: Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert, Göttingen
- Reiprich, K. (1969): Die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin
- Schmidt, A. (1974): Der Begriff der Natur und der Lehre von Marx, Frankfurt/Köln
- Seibert, O (1984): Bonn lobt die ländliche Vielfalt und fördert die reichen Bauern, in: FR vom 3.7.1984, S. 12
- Varga, E. (1930/1969): Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, (hrsg. und eingeleitet von E. Altvater), Frankfurt/Wien
- Weitling, W. (1842/1974): Garantien der Harmonie und Freiheit, Stuttgart

Matthias Sauer

Einzelbetrieblicher Entwicklungsweg und Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft

Der Beitrag behandelt den Grundriß zu einer agrarsoziologischen Analyse der Ursachen für die tiefe Krise der bäuerlichen Landwirtschaft in der BRD. Ausgangspunkt ist die These, daß sich der Agrarsektor am Ende der 80er Jahre in einer Umbruchssituation befindet, die in ihrem Wesen identisch ist mit den großen Krisen und Herausforderungen in anderen zentralen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft. Dazu zählen in erster Linie die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Lösung der ökologischen Probleme – einschließlich aller ökonomischen und sozialen Folgewirkungen. In der Landwirtschaft ist die Zuspitzung und direkte Konfrontation zweier grundsätzlich verschiedener agrarökonomischer und agrarstruktureller Entwicklungs- und Zukunftsalternativen der Hintergrund für die Schärfe und Dauer der politischen Auseinandersetzungen um eine Reform der Agrarpolitik. Es geht darum, ob die bäuerliche Landwirtschaft eine Chance zur Weiterentwicklung erhält und wahrnimmt oder ob ihr durch eine funktionale Aufspaltung die Existenzgrundlage entzogen wird. Es soll gezeigt werden, daß für diese Entscheidung das Selbstverständnis und die gesellschaftliche Orientierung der Bauern und Bäuerinnen von großer Bedeutung ist. Neu aufgeworfen wird am Schluß die Frage nach den Bündnispartnern und Gegnerschaften in diesem Konflikt.

1. Hintergründe und Konfliktlinien der aktuellen Agrardebatte

Ähnlich wie in anderen Wirtschaftsbereichen geht es in der Kontroverse über den Agrarsektor um die dominierenden Interessen und die Grundausrichtung der Produktion bis zum Ende dieses Jahrhunderts. Es geht im Kern darum, ob die Entwicklungslinien und Eigenschaften der bäuerlichen Landwirtschaft auch dann noch bestimmt sind oder ob sie innerhalb des nächsten Jahrzehnts abgebrochen werden. Verschiedene, direkt oder indirekt betroffene wirtschaftliche Interessengruppen sind in einen harten politischen und ideologischen Kampf eingetreten um die entscheidenden Richtlinien und Kompetenzen und um die gesellschaftliche Hegemonie in der Agrarfrage. Mit Blick auf den angestrebten einheitlichen EG-Binnenmarkt spitzt sich der Konflikt zwischen Industrie und Landwirtschaft auf neue Art zu. Eine besondere Rolle spielen die Sicherung und Ausdehnung bestehender Absatzmärkte, der Abbau angeblicher

nationaler Überkapazitäten bei gleichzeitiger verstärkter Weltmarktintegration sowie die Einführung von Bio- und Gentechnologie auf breiter Basis.

Bestimmenden Kräften wie dem BDI geht es deshalb um die Ausrichtung der Agrarpolitik auf eine volle Durchsetzung und direkte, ungehinderte Entfaltungsmöglichkeit der kapitalistischen Grundprinzipien und Strukturen auch in der Landwirtschaft. Dies wird nicht zuletzt durch die Struktur- und Konjunkturkrisen in wichtigen anderen Wirtschaftszweigen beschleunigt, wodurch gleichzeitig die Ausweichmöglichkeiten für die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte immer stärker eingeschränkt werden. Das politische Risiko einer Preisgabe der bäuerlichen Strukturen ist nicht gering, wodurch die Chancen für eine erfolgreiche Gegenwehr der Betroffenen steigen - allerdings nur, wenn sie gemeinsam erfolgt und nicht gegeneinander gerichtet ist. Nicht unterschätzt werden darf die Gefahr einer Rechtsentwicklung der bäuerlichen Bevölkerung.

Maßstab und Orientierung der angestrebten Agrarreform ist letztlich der maximale wirtschaftliche Gewinn, der im direkten Zugriff durch große Industrie- und Handelskonzerne verstärkt aus der Agrarproduktion selbst erzielt werden soll - auf nationaler und internationaler Ebene. Dementsprechend sollen die ökonomischen Zeichen gesetzt werden - ohne Rücksichtnahme auf soziale, kulturelle und ökologische Erfordernisse und Zusammenhänge.

Als Legitimation wird für diese Politik, wie für die gesamte bisherige Agrarpolitik in der BRD, die Erhaltung und Zukunftssicherung des landwirtschaftlichen Familienbetriebes angegeben. Und es ist inzwischen nicht mehr auszuschließen, daß mit einer solchen Begründung die forcierte Existenzvernichtung von weiteren Hunderttausenden von Familienbetrieben und schließlich endgültige Zerstörung und Beseitigung der elementaren Prinzipien einer bäuerlichen Agrarerzeugung herbeigeführt werden kann. Bereits heute ist es mit den bäuerlichen Eigenschaften des landwirtschaftlichen "modernen Familienunternehmens" in der Praxis vielfach nicht mehr gut bestellt. Denn eines hat die bisherige Entwicklung hinlänglich bewiesen: Der landwirtschaftliche Familienbetrieb ist aus sich heraus, sozusagen von seiner Konstruktion und seinen Elementen her, keineswegs geschützt vor kapitalistischer Anpassung oder ungeeignet für eine entsprechende Umgestaltung. Er ist selbst teilweise deren Ergebnis!

Mit den angestrebten Reformen der Agrarpolitik im Interesse der großen Handels- und Industriekonzernen und der kapitalistischen Agrarindustrie eng

verbunden ist die Befürwortung eines noch schärferen einzelbetrieblichen Konkurrenzkampfes als bisher. Dabei wird ganz offen die völlige Gleichsetzung von bäuerlicher Landwirtschaft mit "unternehmerischer", also kapitalistischer Orientierung gefordert.

Für die Befürworter von bäuerlichen Strukturen und Produktionsverfahren im Agrarsektor, und dazu zählen aufgrund ihrer objektiven Lage in erster Linie die kleinen und mittleren Bauernhöfe, kann die Konsequenz dennoch nicht im Verzicht auf den Begriff "bäuerlich" bestehen (indem man ihn etwa durch den Begriff "ökologisch" ersetzt). Notwendig ist vielmehr eine offensive Auseinandersetzung mit dem Inhalt dessen, was von verschiedener Seite mit "bäuerlich" gemeint ist, insbesondere welche gesellschaftlichen Erwartungen und Ziele daran geknüpft sind. Denn die unbestreitbaren Vorteile der bäuerlichen Landwirtschaft wollen sich viele zunutze machen. Entscheidend ist deshalb, welche Perspektiven sich daraus für die Bauern und Bäuerinnen, aber auch für den ländlichen Raum sowie für Natur und Umwelt ergeben.

2. Krise der einzelbetrieblichen Entwicklung

Der ständig steigende Anpassungs- und Leistungsdruck auf die bäuerlichen Einzelbetriebe, die zunehmende Einengung ihrer realen Handlungsmöglichkeiten und neue ökologische und Qualitätsanforderungen führen zu Konflikten, die von der großen Mehrzahl derjenigen Bauern und Bäuerinnen, die ihre Betriebe konventionell bewirtschaften, immer weniger gelöst werden können. Seit Mitte der 80er Jahre nimmt auch der Existenzdruck auf diejenigen Betriebe zu, die mit biologischen Produktionsverfahren und direkter Vermarktung einen Teil der Abhängigkeit von den Konzernen der vor- und nachgelagerten Bereiche verringern konnten.

Die Ursache liegt im wesentlichen darin begründet, daß letztlich auch die Agrarerzeugung den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der BRD unterworfen ist, und zwar bisher weitgehend auf indirekte Art und Weise. Vermittelt wurden sie vor allem über die landwirtschaftlichen Marktordnungen und die Agrarstrukturpolitik. Dies hatte ganz spezifische Folgen für das Selbstverständnis und die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft. Das herausragende Merkmal ist eine zwar schon traditionell vorhandene, jedoch seit 1949 immer stärker gewordene Abgrenzung und Isolierung der bäuerlichen Bevölkerung gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen und sozialen Bewegungen und nicht zuletzt auch untereinander. Konservative Politiker förderten die Vorstellung einer privilegierten Ausnahmebehandlung des Agrarsektors.

Besonders wirksam war die Verbreitung eines landwirtschaftlichen Standesbewußtseins auf der Basis der bäuerlichen Eigentumstitel und Vermögenswerte, verstärkt durch die Ideologie des antifaschistischen Bollwerks. Dies geschah ganz gezielt auch bei den kleineren Bauernwirtschaften zur Verhinderung der Bodenreformbestrebungen nach dem Krieg. Später knüpfte daran die Propaganda des "Wachsens oder Weichens" an zur Schaffung einer einzelbetrieblichen unternehmerischen "Mobilitätsbereitschaft".

Solange die strukturelle Anpassung, wenn auch fast immer mühevoll und widerstreitend, bis in die 70er Jahre hinein vorangebracht werden konnte, stand die wirkliche gesellschaftliche Lage und die reale Identität der Bauern im Hintergrund. Immerhin schieden bis heute 66 % aller Betriebe aus der Produktion aus. Inzwischen ist der harte Kern früherer bäuerlicher Wachstumsbetriebe bedroht. Erst seitdem der nationale und internationale Druck zunimmt und gleichzeitig die Kritik von Verbrauchern, Naturschützern und anderen an der Landwirtschaft immer lauter wird, verändert sich die Situation. Die Folgen der betrieblichen und gesellschaftlichen Isolierung werden von den Bauern und Bäuerinnen allmählich erkannt. Für viele Betroffene bedeutete die Aufkündigung der Gemeinsamkeit durch die vermeintlichen Partner in der Industrie eine große Ernüchterung. Der BDI hat 1987 erklärt, daß große Teile der Agrarproduktion stillgelegt werden sollen.

Die praktische Konsequenz aus der agrarpolitischen Propaganda für die Kontinuität der bäuerlichen Landwirtschaft in Gestalt des unternehmerisch handelnden Familienbetriebes in den vergangenen vier Jahrzehnten bestand zum einen in der Existenzvernichtung von bisher zwei Dritteln aller ursprünglich in der BRD vorhandenen Bauernwirtschaften. Zum anderen bestand sie in einer zunehmenden Auflösung der früheren hohen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Integration und Verflechtung der bäuerlichen Agrarerzeugung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

Die Struktur der heutigen familienbetrieblichen Landwirtschaft ist durch eine starke ökonomische und regionale Differenzierung, eine zum Teil drastische ökologische Vereinfachung und Zerstörung sowie durch die bereits genannte große soziale Isolierung gekennzeichnet. Daran ändert auch der hohe Nebenerwerbsanteil wenig. Darin drückt sich neben den Folgen der kapitalistischen Unterordnung eine umfassende Zukunfts- und Identitätskrise des bisher favorisierten einzelbetrieblich-standesorientierten Entwicklungsweges aus. Diese Einsicht fällt besonders den betroffenen Bauern und Bäuerinnen schwer, die in Jahrzehntelanger mühevoller Arbeit und unter hohen finanziellen Belastungen ihre Betriebe erhalten und entwickelt haben. Von

großer Bedeutung für die Ausrichtung und Aufrechterhaltung dieses Weges war ein standespolitisch verengter Interessenbegriff, der direkt an ein ideologisch überladenes und zugleich unternehmerisch modernisiertes Hofdenken gekoppelt war. In diesem Schema ist die Agrarpolitik heute festgefahren.

Von denjenigen, die als neue Verbündete und Partner der Bauern in der Auseinandersetzung um die Zukunft der bäuerlichen Agrarstrukturen in Frage kommen, seien es die Verbraucher, die Naturschützer oder gar die Gewerkschaften, wird eine standesorientierte Sonderstellung nicht länger akzeptiert.

Diese Haltung ist angesichts des Verlaufs und der Ergebnisse der bisherigen einzelbetrieblichen Agrarentwicklung nicht verwunderlich. Denn statt eines gesellschaftsbezogenen und integrativen Verständnisses von bäuerlicher Landwirtschaft dominieren in der heutigen Agrarpolitik einseitige und verkürzte Vorstellungen, in denen die Interessen der Bauern und Bäuerinnen und die der übrigen Gesellschaft konträr gegenübergestellt werden. Dies hat zur direkten Infragestellung der bäuerlichen Landwirtschaft und zur Diskussion über neue Wege geführt.

3. Ursachen einer funktionalen Bewertung der Landwirtschaft

In den 80er Jahren ist im Agrarsektor deutlich geworden, daß die einseitige Ausrichtung auf gewinnorientierte ökonomische Kriterien und Vorgaben auf Dauer in einen nicht länger tragbaren Widerspruch zu gesellschaftlichen und ökologischen Bedürfnissen und Notwendigkeiten gerät. Diese Entwicklung war schon lange vorauszusehen. Genauso wie in anderen Wirtschaftszweigen werden auch an die Landwirtschaft vielfältigere und differenziertere Anforderungen gestellt. An ihre Bewältigung ist untrennbar die Zukunft der bäuerlichen Betriebe und ihrer Wirtschaftsweise geknüpft.

Dies wird besonders deutlich an der umfassenden ökologischen Kritik an der Agrarerzeugung. Radikal werden die in der Vergangenheit immer behaupteten Vorzüge einer generellen Naturschutzfunktion, der Nachhaltigkeit und Sparsamkeit bei der Nutzung natürlicher Produktionsmittel sowie der pauschale Qualitätsanspruch bei den Erzeugnissen und letztlich auch die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit in Frage gestellt.

Auf diese Kritikpunkte konzentrieren sich die neuen erweiterten Anforderungen an die Landwirtschaft in der öffentlichen Diskussion. Die ebenso zentrale Forderung nach Erzeugung preisgünstiger Nahrungsmittel in ausreichender Menge ist durch die Überschußdiskussion in den Hintergrund gedrängt worden, gewinnt

aber durch die Flächenstillegung neue Aktualität.

Das gleiche gilt für die parallel zum Sichtbar- und Bewußtwerden der ökologischen Probleme als Folge einer neuen restriktiven Preis- und Mengenpolitik im Agrarbereich auftretende ökonomische Krise und verschärfte Existenzbedrohung bei einem großen Teil der noch vorhandenen kleineren und mittleren Familienbetriebe. Trotz steigender Verschuldung und Verarmung in vielen Betrieben und einer Zunahme der Arbeitslosigkeit gelingt es der Agrarwissenschaft und -politik, die darin zum Ausdruck kommenden sozialen Probleme als unternehmerisches Risiko der Betroffenen darzustellen und damit die Fortsetzung des einzelbetrieblichen Strukturwandels abzusichern. Erleichtert wird diese Haltung zum Teil auch durch Vertreter des alternativen Landbaus, die ebenfalls die soziale Lage der Bauern und Bäuerinnen ausblenden oder sie – als eine ökologische Variante des bereits oben kritisierten falschen Hofdenkens – den eigenen Erfordernissen unterordnen.

Gegenüber den verschiedenen gesellschaftlichen und ökologischen Vorstellungen und Erwartungen an die Landwirtschaft stehen die für die Betroffenen entscheidenden Fragen der aktiven Gestaltung einer gleichberechtigten, existenzsichernden bäuerlichen Zukunft in der öffentlichen Diskussion in einem scheinbaren Gegensatz. Darin drückt sich ein starker Zwang zur funktionalen und instrumentalen Bewertung der Landwirtschaft entsprechend der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten aus, demgegenüber etwa die Verbraucher- und Naturschutzinteressen von außen eingefordert werden müssen – und zwar aufgrund der bisherigen Erfahrungen keineswegs in einem harmonischen Abstimmungsprozeß, sondern in einer konfliktreichen und konträren Auseinandersetzung.

Das Gleiche gilt aber auch für die sozialen und humanen Ansprüche der bäuerlichen Bevölkerung. Hier ist die weitgehende Akzeptanz des einzelbetrieblichen Strukturwandels über einen langen Zeitraum und die Dominanz von ökonomischen Effizienzkriterien gleichfalls Ausdruck eines funktionalen Verhältnisses zur Agrarproduktion, allerdings konzentriert auf Fragen des Überlebens und der Anpassung des Familienbetriebes. In Wirklichkeit gab es also keine Privilegien für den Agrarsektor, wenngleich die Politik zahlreiche Verzögerungen und Verzerrungen bewirkte.

In der Landwirtschaft der BRD wurden in der Vergangenheit wesentliche Elemente und Zusammenhänge einer bäuerlichen Agrarproduktion ausgeblendet, mißachtet und zerstört. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die zentrale Vorstellung bäuerlichen Wirtschaftens, nämlich die Koppelung und Verzahnung von Landwirtschaft, Landschaftspflege, Umweltschonung und Naturschutz sowie die

gesellschaftspolitische Forderung nach einer Einkommenserzielung und sozialen Absicherung der Bauern und Bäuerinnen durch die Bezahlung ihrer Arbeit über die Erlöse der Nahrungserzeugung erheblich an Gewicht verloren haben.

Auf der Seite der traditionellen bäuerlichen Interessenvertretung drückt sich die dadurch ausgelöste Orientierungslosigkeit in einer Verstärkung standespolitischer Forderungen aus, die jedoch lediglich zu einer weiteren gesellschaftlichen Isolierung und politischen Schwächung der Landwirtschaft beitragen. Das gilt sowohl für die unternehmerische Strategie des Deutschen Bauernverbandes als auch für eine perspektivlose Strukturkonservierung, wie sie teilweise von Gruppierungen der Agraropposition gefordert wird. Beiden gemeinsam ist die nach wie vor überwiegende Abgeschlossenheit gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen, die ebenfalls für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Existenzen kämpfen. Damit ist der Weg einer weiteren Polarisierung der Agrarstruktur vorgezeichnet und der Verlust der sozialen Substanz der bäuerlichen Landwirtschaft in der BRD eine reale Gefahr. Die herrschende Agrarpolitik ist offensichtlich bereit, diese Entwicklung noch zu fördern.

4. Strategie der herrschenden Agrarpolitik

An die durch Kontinuität und Differenzierung, durch Wachsen oder Weichen geprägte Situation der landwirtschaftlichen Familienbetriebe in der BRD knüpfen die Bemühungen der herrschenden Agrarpolitik an, mit gezielten Maßnahmen die Weichen für eine neue Dimension der Unterordnung des Agrarsektors unter die Interessen der Handels- und Industriekonzerne und der Banken zu stellen und gleichzeitig der Ökologiekritik in bestimmter Weise Rechnung zu tragen.

Auf einen kurzen Nenner gebracht läuft die manchmal auch als "Jahrhundervertrag für die Landwirtschaft" bezeichnete Konzeption auf eine politische Doppelstrategie hinaus, mit der einerseits die Produktionsanpassung und andererseits die Naturschutzprobleme bewältigt werden und damit letztlich der noch vorhandene Widerstand der Familienbetriebe gegen eine Auflösung der bäuerlichen Landwirtschaft überwunden werden sollen. Der Kern dieser Strategie besteht in der Förderung einer zunehmenden Funktionsaufspaltung und -ausgliederung auf der Basis der Einzelbetriebe mit dem Ziel einer konsequenten Durchsetzung des Warencharakters in der Landbewirtschaftung und im Natur- und Umweltschutz und anderweitiger Nutzung von Landschaft und ländlichem Raum. Das bedeutet konkret: Die größeren und großen Betrieben sollen Träger

einer leistungsfähigen, durch keine produktionshemmenden Vorschriften eingesengten agrarindustriellen Nahrungs- und Industrierohstoff-Erzeugung werden, während die kleineren und mittleren Betriebe die Agrarerzeugung reduzieren oder aufgeben und stattdessen weitgehend die Erfüllung der genannten neuen Anforderungen im Bereich von Naturschutz und Landschaftspflege übernehmen sollen - wenn sie aufgrund sozialer oder wirtschaftlicher Probleme nicht gleich ausscheiden können oder wollen. Hierbei will man sich gezielt auf die Nebenerwerbsbetriebe stützen.

Bereits realisierte Elemente dieser agrarpolitischen Strategie sind die fortgesetzte schrittweise Senkung der Erzeugerpreise, die Einführung von Produktionsobergrenzen und einzelbetrieblichen Quoten, die Flächenstillegungs- und Extensivierungsprogramme und die Vorruhestands- und Rentenangebote. Geplant ist die Einführung handelbarer Produktionskontingente und die Zulassung gentechnischer Verfahren und Produkte. Die wirtschaftliche Existenzbedrohung vieler Bauernbetriebe, das weitgehende Fehlen einer Diskussion über Alternativen zu dieser Entwicklung und die gesellschaftliche Isolierung der Landwirtschaft begünstigen in hohem Maße die Durchsetzbarkeit einer solchen Agrarpolitik - auch gegen den Widerstand einzelner Gruppen und Organisationen.

Besonders schwerwiegend und folgenreich ist der Angriff auf die noch vorhandenen bäuerlichen Erzeugungsstrukturen durch die angestrebte Auflösung des Zusammenhangs von Bauer und Nahrungsmittelerzeugung. Damit würde allen Vorstellungen einer bäuerlichen Landbewirtschaftung, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Leistungen in einem integrierten Konzept zusammenfaßt, im wahren Sinne des Wortes der Boden entzogen. Gleichzeitig hätte dies eine definitive Festbeschreibung und Unumkehrbarkeit der bereits heute großen einzelbetrieblichen Spezialisierung und Differenzierung und der starken regionalen Ungleichgewichte als Merkmale und Tendenzen der Agrarentwicklung zur Folge. Die Familienbetriebe würden funktionale Anhänger des Agrobusiness bzw. neu entstehender Landschaftspflege-Verbände. Die Landwirtschaft wäre nicht länger wirtschaftliche Grundlage des ländlichen Raumes.

Für die betroffene bäuerliche Bevölkerung wird zunehmend klarer, daß es bei den eingeleiteten agrarpolitischen Initiativen um mehr geht als um die Zukunftssorgen einiger Betriebe oder einzelner Betriebsgruppen, nämlich um die Existenzgrundlage der bäuerlichen Landwirtschaft insgesamt. Die daraus abgeleitete politische Gegenforderung nach ihrer Erhaltung ist entscheidend auf eine breite gesellschaftliche Unterstützung angewiesen. Diese hängt

nicht zuletzt davon ab, ob eine Perspektive entwickelt werden kann, die mit dem bisherigen Prinzip des "Wachsen oder Weichen" bricht und die statt eines isolierten und funktional verkürzten Hofdenkens die konkreten Interessen aller direkt und indirekt Betroffenen in die Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft einbezieht. Weder die Entwicklung in der Vergangenheit noch einzelne Bereiche oder Ansprüche der gegenwärtigen Situation können dabei ausgeklammert werden.

Dazu bedarf es eines erheblichen "Auf-einander-zu-bewegens" in dem Sinne einer betrieblichen Öffnung und einer neuen gesellschaftlichen Integration der bäuerlichen Landwirtschaft. Ohne einen Prozeß gegenseitiger Annäherung und einer gleichgerichteten Orientierung breiter Kreise der Bevölkerung wird es nicht gelingen, die agrarpolitische Strategie und die wirtschaftlichen Bedingungen so zu verändern, daß die bäuerliche Landwirtschaft eine Zukunft hat. Darin liegt eine größere gesellschaftspolitische Wirksamkeit und Mobilisierungskraft als in der Entwicklung starrer Alternativmodelle oder der Neuberechnung volkswirtschaftlicher Kosten, die bisher dominieren. Eine wirksame Abstimmung der Interessen von Bauern, Verbrauchern, Naturschützern, Gewerkschaften, Dritte-Welt-Gruppen u.a. steht noch aus.

Dies ist besonders wichtig, um die Bauern und Bäuerinnen selbst wieder von der Sicherheit und Perspektive ihrer Familienbetriebe zu überzeugen. Denn nur so kann die Akzeptanz einer funktionalen kapitalistischen Strategie durch die direkt Betroffenen, und damit die Zielsetzung der herrschenden Agrarpolitik verhindert werden. Ein Bauernschutz, wie er von konservativen Politikern und Standesideologen gefordert wird, wird dagegen das Engagement der Betroffenen in die falsche Richtung lenken. Darin liegt keine Zukunftschance für die bäuerliche Landwirtschaft.

5. Zukunftschancen der bäuerlichen Landwirtschaft

Es gibt aus ihrer jeweiligen Interessenslage heraus genügend Gründe für Bauern, Verbraucher, Gewerkschaften, Naturschützer usw., sich gemeinsam zu engagieren für eine vielfältige, intensive und leistungsfähige landwirtschaftliche Produktion in der BRD, die den gesamten ländlichen Raum nutzt und gestaltet, die allen bäuerlichen Familien eine sichere Zukunft bietet, die mit preisgünstigen und hochwertigen Erzeugnissen die Ernährung der Bevölkerung garantiert und damit ein integrierter und anerkannter Bestandteil der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft ist. Die daraus abgeleitete Forderung nach der Gestaltung einer sozial- und umweltverträglichen Agrar-

struktur bietet Anknüpfunkte für die verschiedenen Erwartungen und Interessen.

Zugleich wächst die Skepsis und Ablehnung nicht nur in der Landwirtschaft gegenüber instrumentellen und funktionalen Zukunftsstrategien, die lediglich auf dem ökonomischen Kalkül derjenigen basieren, die gleichzeitig die ökonomischen Daten setzen bzw. manipulieren und selbst davon am meisten profitieren. Ein Zeichen dafür ist im Agrarbereich die Wiederbelebung und Verwendung des Begriffs "bäuerlich" in der gesellschaftlichen Diskussion als Abgrenzung bzw. als Alternative zu einer Fortsetzung und Verschärfung des bisherigen Entwicklungsweges. Zugleich ist damit mehr gemeint als die bloße "Existenzsicherung" der jetzigen widersprüchlichen bäuerlich-unternehmerischen Verhältnisse. Einfache lineare Preiserhöhungen werden diesem Anspruch keineswegs gerecht, es geht vielmehr um eine Neubestimmung und neue Formen der Preisfestlegung insgesamt. Hierzu ist eine Ausgleich von Interessen und Leistungen der Landwirtschaft mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen erforderlich, wozu alle Beteiligten als gleichberechtigte Partner und Verbündete anzusehen sind.

Die bisherigen Erfahrungen und Regelungen in der alternativen Landwirtschaft zeigen hierfür einige praktische Ansatzpunkte auf, die bisher in ihrer allgemeinen Bedeutung noch nicht vollständig erfaßt sind und deshalb auch nicht politisch nutzbar gemacht werden können. Dies betrifft die Produktionsverfahren ebenso wie die Verarbeitung und Vermarktung. Ein Umdenken hat auch in den konventionell wirtschaftenden Betrieben eingesetzt. Hierzu haben zum einen die bauernfeindlichen Maßnahmen der Agrarpolitik und die zunehmenden staatlichen Beschränkungen der versprochenen "unternehmerischen Freiheiten" und zum anderen die schlechte wirtschaftliche Lage vieler Betriebe, ihre hohe Verschuldung und Abhängigkeit von den großen Konzernen in den 80er Jahren erheblich beigetragen. Hinzu kommen die niedrigen Einkommen, die psychische und soziale Belastung der Familien, insbesondere der Bäuerinnen, und die ständige Unsicherheit der gesamten Existenz.

Im Unterschied zum Produktionsbereich und in der Vermarktung, wo es vor allem im Biolandbau zahlreiche Versuche zur Weiterentwicklung und Intensivierung bäuerlicher Verfahren und eine große Experimentierfreude bei der Suche nach Alternativen und Auswegen gibt, fehlt etwas Ähnliches im betrieblich-organisatorischen Bereich bis heute. Hier stehen die bäuerlichen Familien immer noch weitgehend alleine mit ihren Betrieben da, was vielfach zu einer erheblichen Lähmung und Resignation geführt hat. Es ist notwendig, daß von den Bauern und ihrer Interessenvertretung selbst differenzierte Kriterien entwickelt und offensive Forderungen abgeleitet werden, in denen neben der Pro-

duktion selbst die konkreten Arbeits-, Einkommens- und Lebensverhältnisse im Mittelpunkt stehen. Die unter den Bauern und Bäuerinnen weit verbreitete Diskussion über die Staffelpreise je nach Betriebsgröße hat bereits die alte defensive Haltung aufgebrochen. Sogar erste Bündnisannäherungen gibt es. In Zukunft bekommt die Qualitätsfrage eine entscheidende Bedeutung.

In der landwirtschaftlichen Bevölkerung wächst insgesamt die Erkenntnis, daß ohne Verbündete und Ansprechpartner aus anderen Bereichen der Gesellschaft ihre Vorstellungen und Forderungen nicht realisierbar sind, ebensowenig wie ohne größere politische Solidarität und mehr praktische Kooperation der bäuerlichen Betriebe untereinander. Die wichtigste Perspektive liegt im Aufbau neuer Kooperationsformen und -einrichtungen zwischen Erzeugern und vorn- und nachgelagerten Bereichen auf regionaler und Dorf-Ebene. Auf die Handlungsbereitschaft und das Selbstbewußtsein der Betroffenen kommt es in der Auseinandersetzung um die agrarpolitische Weichenstellung für die Zukunft entscheidend an. Gemeinsam können sie ihre sozialen und kulturellen Bedingungen verbessern und die an das Agrobusiness abgegebenen Kompetenzen zurückgewinnen. Dann kann das Ziel einer gesellschaftlichen Gleichstellung des Agrarsektors und die wirtschaftliche und soziale Emanzipation der Bauern und Bäuerinnen erreicht werden – wie es seit 1955 vom Landwirtschaftsgesetz gefordert wird. Ohne eine Interessenvertretung, die entsprechende politische und praktische Ziele verfolgt und Initiativen ergreift, wird es nicht gelingen.

Das Ergebnis der agrarsoziologischen Analyse läßt sich wie folgt zusammenfassen: Eine bäuerliche Landwirtschaft wird es in der BRD in Zukunft nur noch geben, wenn das starre Festhalten oder Rückorientieren an einer isolierten einzelbetrieblichen Perspektive in der Agrarpolitik und gleichzeitig die gesellschaftliche Isolierung der Landwirtschaft überwunden werden kann. Andernfalls wird es unweigerlich immer wieder zu einer Unterordnung und Anpassung der Landwirtschaft entsprechend der Interessen großer Konzerne, Banken und Genossenschaften und zur weiteren Verschärfung des Konkurrenzkampfes der Bauern untereinander kommen. In dessen Ergebnis werden nur diejenigen Betriebe überleben können, denen es am besten gelingt, kapitalistisch-unternehmerische Verhaltensweisen zu übernehmen, sei es nun mit konventioneller oder alternativer Wirtschaftsweise, im Rahmen des Familienbetriebes oder mit Lohnarbeitskräften. Das, was heute als bäuerliche Landwirtschaft noch umkämpft ist, bliebe dann in wenigen Jahren auf der Strecke. Die Alternative heißt: Neue kooperative Strukturen auf der Basis der Familienbetriebe und neue Bündnispartner in der politischen Auseinandersetzung.

Willem Günemann

Zum Problem der Landwirtschaft und der Agrarpolitik in der BRD und EG

1. Zur Situation

Die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft geht weiter und beschleunigt sich wahrscheinlich noch. In den letzten zehn Jahren (1976 bis 1986) ist die Produktivität in der Landwirtschaft um durchschnittlich 5,1 % gestiegen, in der übrigen Wirtschaft dagegen nur um 1,8 % pro Jahr. Unterstützt durch Billigimporte von Futtermitteln aus Drittländern ist die Produktion landwirtschaftlicher Produkte zusätzlich gestiegen. Die EG ist längst zu einem bedeutenden Nahrungsmittelexporteur geworden. Mit erheblichen Subventionen werden Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig gemacht. Die sogenannte Dritte Welt wird dadurch doppelt geschädigt: Zum einen werden Futtermittel und Rohstoffe zu Billigstpreisen abgenommen, zum anderen können sie keine Nahrungsmittel konkurrenzfähig produzieren, verarbeiten und anbieten. Die steigende Produktivität innerhalb der EG macht die bestehende Marktordnung unbezahlbar, die größtenteils darin besteht, Produkte der Großhandelsstufe in dem Maße aus dem Markt zu nehmen, daß die Preise für die Produkte der landwirtschaftlichen Erzeuger das Niveau der von der EG festgesetzten Richt- bzw. Orientierungspreise erreichen. Dies ist bisher fast nicht gelungen. Es gibt deshalb auch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bei denen für bestimmte Kontingente der Erzeuger feste Preise existieren, keine festgesetzten Preise für Landwirte, wie dies irrigerweise in der öffentlichen Diskussion immer wieder behauptet wird.

Die Ausgaben der EG für den Agrarsektor flossen bisher zu rund 80 % nicht an die Landwirte, sondern an andere Bereiche wie z. B. Verwaltung, Lagerhaltung und an den Großhandel (weil beim Großhandel und nicht bei den Landwirten interveniert wird). Von den verbleibenden 20 % flossen wiederum 80 % in die Regionen und an die Landwirte, die auch ohne diese Unterstützung weiterexistieren und -prosperieren würden.

2. Wie geht es weiter?

Die drohende Zahlungsunfähigkeit der EG, die durch diese irrationalen Lenkungsversuche entstanden ist, fordert nun eine Ausgabenkürzung. Niedrigere

Preise für landwirtschaftliche Produkte sollen das Marktgleichgewicht wieder herstellen. Die Folge ist eine Beschleunigung der Konzentration. Nur etwa 20 % der heutigen Vollerwerbsbetriebe in der Bundesrepublik können längerfristig überleben. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schlägt eine rein marktwirtschaftliche Lösung vor. Er hält "eine immer weitere Perfektionierung der Mengensteuerung mit zusätzlichem bürokratischen Aufwand ... (für) kein geeignetes Mittel zur Lösung der drängenden Agrarprobleme."¹⁾ Die EG plant dagegen, daß die ohnehin absehbare und vom Marktmechanismus diktierte Entwicklung durch staatliche Maßnahmen unterstützt wird. Ein Beweis dafür, daß die EG nicht in der Lage ist, sich den Gesetzmäßigkeiten einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu widersetzen. Denn alle vorgeschlagenen Maßnahmen unterstützen in Wirklichkeit den Konzentrationsprozeß. So ist beabsichtigt, unrentable Flächen stillzulegen, für ältere Landwirte vorzeitiges Altersruhegeld einzuführen und ihre Flächen entweder zur Aufstockung bestehender Betriebe zu verwenden oder sie aus der Produktion zu nehmen. Die früheren Bewirtschafter erhalten dafür eine Entschädigung. Das angepeilte Ziel ist: Die verbleibenden Betriebe sollen wieder "vernünftige" Preise für ihre Produkte erhalten. Dies schließt sicherlich eine weitere Produktivitätssteigerung in diesen Betrieben nicht aus. Nur in den klimatisch und bodenmäßig begünstigten Regionen bleibt die Landwirtschaft erhalten und wird hier mit verstärktem Technik-, Energie-, Dünger- und Pflanzenschutzeinsatz ihren Gewinn noch zu steigern versuchen bzw. den Marktzwängen entsprechend eine möglichst hohe Produktivität und Überlebenschance suchen. Diese Entwicklung vor Augen wird oft gefordert, das Größenwachstum der Betriebe abzublocken.

Abgesehen davon, daß dies kaum möglich sein dürfte, muß eingestanden werden, daß das Größenwachstum, sofern es sich nur auf die Fläche bezieht, nicht unbedingt negative Auswirkungen auf Ökologie und Landschaft haben muß. Denn es trifft per se sicherlich nicht zu, daß Großbetriebe ökologisch schlechter wirtschaften als Kleinbetriebe; auch die Landschaft leidet nicht unbedingt dadurch, daß 100 ha zukünftig von einem und nicht mehr von 5 Betrieben bewirtschaftet werden. Etwas anderes ist es allerdings, wenn die flächenunabhängige Veredelungsproduktion in Größen hineinwächst, wo sie nur noch industriemäßig betrieben wird. Hier stehen dann für die Exkremente keine ausreichenden Flächen zur Unterbringung zur Verfügung und wird Boden und Landschaft übermäßig geschädigt.

1) vgl. BDI-Positionspapier zur Agrarpolitik, Köln, im September 1987, S. 13

3. Was wäre zu tun?

Die grundsätzlichen Tendenzen zur weiteren Konzentration lassen sich kaum beeinflussen, solange insgesamt marktwirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten die Produktion bestimmen. Es fehlt jedoch in politischen Diskussionen überwiegend die Ehrlichkeit, die Fakten auch so anzusprechen, wie sie sind. So muß zum Beispiel auch gesagt werden, daß die Instrumente der EG zur Regelung des Agrarsektors fast ausschließlich systemkonform sind. Die Maßnahmen der EG-Agrarpolitik zur Regelung des Agrarmarktes, der Agrarstruktur und des Einkommens, die ohnehin nur einen Teil der Ziele erreichen können, sind durchweg Reaktionen auf systembedingte und marktwirtschaftliche Erscheinungen. Ganz augenscheinlich wird dies bei der augenblicklichen Preisempfehlung der EG-Kommission, die mit den wachsenden Überschüssen und den damit verbundenen Beseitigungskosten begründet werden. Diese Empfehlungen zeigen deutlich, daß eine Preispolitik zur Stützung der Einkommen nur temporär wirksam sein kann und langfristig den marktwirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt werden müssen.

Unter dieser Prämisse wären Forderungen zur Verbesserung der Situation auf dem Agrarsektor zu formulieren. Hierzu gehört vor allem, daß die Landwirte und die Regionen, die aufgrund der Konzentration der Produktion in begünstigten Lagen und Betrieben benachteiligt werden, Unterstützung erhalten. Es ist klar, daß auch damit nur eine Benachteiligung gemindert, nicht jedoch die Existenz aller bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe dieses Gefahrenbereichs gesichert werden kann. Gesichert werden müßte jedoch, daß die aus der Produktion zwangsläufig ausscheidenden Landwirte keine sozialen Härten erleiden, daß in Zukunft keine Steuergelder mehr darauf verwandt werden, langfristig existenzfähige Betriebe zu fördern, die dann beschleunigt die Betriebe mit ökonomisch schwächeren Ausgangspositionen zur Aufgabe zwingen, und daß für die ausscheidenden Landwirte, vor allem in benachteiligten Regionen, alternative Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit anderen Worten, die Nachteile unseres Wirtschaftssystems dürfen nicht denen aufgebürdet werden, die bereits erheblich mit diesen Nachteilen belastet werden.

Darüber hinaus müßte die Belastung der Böden und der Umwelt durch die zunehmende Intensivierung der Produktion dadurch verringert werden, daß Dünger- und Pflanzenschutzaufwand je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche ebenso begrenzt wird wie die Tierhaltung, wo es notwendig ist, Bestandsobergrenzen bei ausreichender Flächenausstattung festzulegen. Ebenso ist der die Bodenfruchtbarkeit schonende alternative Landbau zu unterstützen, da sonst die Produktionskosten einen Erzeugerpreis verlangen, der nur von einem begrenzten Kundenkreis gezahlt werden kann.

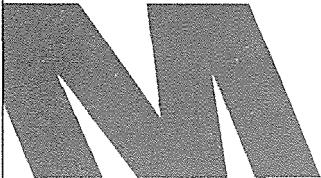
Gegensteuern

Alternativen zur Wirtschaftspolitik

Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM '88

Im Abschwung: Gegensteuern statt Steuerreform –
Alternativen der Wirtschaftspolitik
mit Schwerpunktthemen
– Regionalpolitik
– Internationale Verschuldungskrise



PAHL-RUGENSTEIN

Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik

WIRTSCHAFTSMACHT IN DER MARKTWIRTSCHAFT

Zur ökonomischen Konzentration
in der Bundesrepublik

PAHL-RUGENSTEIN

Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik
Memorandum '88

Im Abschwung: Gegensteuern statt Steuerreform – Alternativen der Wirtschaftspolitik.
Schwerpunkte: Regionalpolitik – Internationale Verschuldungskrise
Kleine Bibliothek 490. 331 Seiten, DM 14,80

Aus dem Inhalt:

- Die Konjunktur: Abschwung mit unkalkulierbaren Risiken
- Finanzpolitik in der Krise: Falsche Steuerreform statt wirksamer Beschäftigungspolitik
- Regionen in der Krise: Untaugliche Konzepte – Vorschläge für eine beschäftigungsorientierte Regionalpolitik
- Für eine alternative Rentenreform
- Für eine alternative Strukturreform im Gesundheitswesen
- Wege zur Lösung der internationalen Verschuldungskrise

Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik
**Wirtschaftsmacht in der
Marktwirtschaft**

Zur ökonomischen Konzentration in der Bundesrepublik
Kleine Bibliothek 479. 260 Seiten, DM 16,80

Das Buch gibt einen Überblick über Stand, Entwicklung und Folgen von Unternehmenskonzentration und privater Wirtschaftsmacht in der Bundesrepublik. Die Gewinnstrategien der großen Konzerne fördern volkswirtschaftliche Stagnation und Strukturkrisen. Beides wird durch die technologische Entwicklung verstärkt. Der vielfach belegte politische Einsatz privater Wirtschaftsmacht untergräbt die parlamentarische Demokratie.

Bearbeitet von Arno Gottschalk, Jörg Huffschmid, Hildegard Kaluza, Josef Kemeny, Angelina Sörgel, Claire Stockmann.

Unsere Bücher
sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN

MEMO-FORUM

Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Nr. 4, Oktober 1984 (88 S.)

- * Pro und Kontra wertschöpfungsbezogener Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung
- * Die Militarisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen
- * SCHWERPUNKTTHEMA:
„FRAUENARBEIT IN DER KRISE“
 - Aspekte gegenwärtiger Frauenarbeitsarbeit;
 - Besondere Betroffenheit von Frauen durch Sozialabbau;
 - Sozialabbau und „neue Mütterlichkeit“: Das Patriarchat verteilt die Arbeit um

Nr. 6, Juni 1985 (70 S.)

- * Entkopplung von Arbeit und Einkommen?
 - Zur Diskussion über Mindesteinkommen
- * SCHWERPUNKTTHEMA:
VERGESELLSCHAFTUNG
 - Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung und alternative Wirtschaftspolitik
 - Vergesellschaftung: objektive Tendenz, systemstabilisierende Funktion, Kampfforderung der Arbeiterbewegung; oder was?
 - Dokumentation: Stahlpolitisches Programm der IG-Metall

Sonderheft Nr.2, Februar 1986 (82 S.)

10 JAHRE ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

– Erfahrungen, Wirkungen, Aufgaben – mit Beiträgen von Jörg Hufschmid, Rudolf Hickel, Herbert Schui, Margit Scherl, Michael Müller, Hubert Kleinert, Detlef Hensche und Heinz Jung
Buchbesprechung

Nr. 9, Oktober 1986 (88 S.)

- * Stellungnahme: Die Werften haben eine Zukunft – Alternativen zum Arbeitsplatzabbau
- * SCHWERPUNKTTHEMA:
SOZIALPOLITIK
 - Sozialpolitische Umverteilung und private Produktion
 - Grundsicherung statt Erwerbsbeteiligung? – Arbeitsmarktpolitische Aspekte der Diskussion um die Grundsicherung
 - Krankenversicherung und Gesundheitspolitik – Zur Einführung in Strukturen und Probleme
 - Bevölkerungsentwicklung und Alterssicherung – Argumente und Scheinargumente
 - Begriff, Ideologie und Bedeutung des kapitalistischen Privateigentums – Zur Kontroverse um die Forderung nach Vergesellschaftung

Einzelheft: jeweils DM 3,-; ab 10 Exemplare DM 2,50

zu bestellen bzw. abonnieren bei:

**ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE
WIRTSCHAFTSPOLITIK**

Postfach 330447, 2800 Bremen 33

Nr. 5, Februar 1985 (76 S.)

- * Weltmarktabhängigkeit: Damoklesschwert über einer alternativen Wirtschaftspolitik (II)
- * SCHWERPUNKTTHEMA: GIBT ES TECHNOLOGISCHE ARBEITSLOSIGKEIT?
 - R. Hickel, Technologische Arbeitslosigkeit – Gibt's die?
 - J. Hufschmid, Technologische Arbeitslosigkeit als Zukunftsperspektive des Kapitalismus?
 - K. G. Zinn, Technologische Arbeitslosigkeit – Analytischer Irrtum oder neue Erkenntnis?
 - J. Priebe, Technologischer Fortschritt als Wachstumsbremse?

Nr. 7, November 1985 (110 S.)

- * Grundzüge arbeitnehmerorientierter Kommunalpolitik in Großbritannien
- * Frauen als Arbeitsmarktreserve oder Gewinner der Krise?
- * Ansätze alt. Verfassungsinterpretation als Element zur demokratischen Umgestaltung der Wirtschaft?
- * Selbstkostenpreisbildung – ein Mittel zur Kosten- und Preissenkung bei Rüstungsgütern?
- * Wege zur Vollbeschäftigung: Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen für Österreich
- * Rüstungsausgaben und wirtschaftliche Stagnation – zur Position der Memoranden

Nr. 8, Juli 1986 (68 S.)

- * Solidaritätsaufruf: Gegen Arbeitslosigkeit, für Vollbeschäftigung
- * Profitratene Entwicklung und Krisenzyklus
- * Zum wirtschaftspolitischen Leitantrag der SPD
- * Regionale Disparitäten und Süd-Nordgefälle in der BRD
- * Bestellung von Sachverständigen nach § 80 (3) Betriebsverfassungsgesetz
- * Selbstorganisationen – zu einigen Rezeptionsdefiziten der Memoranden

Nr. 10, Dezember 1986 (72 S.)

- * SONDERMEMORANDUM – Vor dem Abschwung: Schönfärberei und wirtschaftspolitisches Versagen
- * Weiterhin Vorrang für die militärische Aufrüstung – Zum Bundeshaushalt und der Entwicklung der Militärausgaben im Zeitraum 1982 - 1987
- * Wirtschaftsrecht in der ökonomischen Krise
- * Alles wieder im Lot? – Anmerkungen zum West-Berliner „Wirtschaftswunder“

Nr. 11, Juni 1987 (112 S.)

- * Stellungnahme: Gegen Massenentlassungen und regionale Zerstörung: Gesellschaftliche Steuerung der Stahlindustrie – Vorschläge zur Sicherung der Stahlstandorte
- * Ökologischer Umbau der Wirtschaft – Strategien einer neuen Strukturpolitik
- * Beschäftigungs- und Qualifikationsprogramme gegen Berufs- und Arbeitsnot junger Menschen – Perspektiven statt Maßnahmen
- * Überlegungen zur materiellen Grundsicherung von Frauen
- * Privatisierung der Bundespost verfassungswidrig?